

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 1)

Liebe Leser

hier ist die zweite Ausgabe des Wandelsblatt. Grund genug, eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen.

Über 5.000 Exemplare der ersten Ausgabe sind verschickt und verteilt worden. Die Reaktionen auf das Wandelsblatt sind durchweg positiv. So gibt es schon ca. 400 Abonnenten, die zum Teil auch schon bezahlt haben (für die, die es noch nicht wissen, ihr braucht nicht auf eine Rechnung zu warten - einfach auf das Konto überweisen) und es gibt Spendeneingänge (ca. 500 DM).

Der Verein "Freunde und Förderer der Ökobank" verzichtet auf ein eigenes Organ und bringt seine Vereinsnachrichten im Wandelsblatt und demnächst gibt es noch eine Branchenseite mehr, die Schreinereigruppen redaktionell erstellen wollen.

Probleme, die Zeitung voll zu kriegen, haben wir wirklich nicht. Im Gegenteil - es gibt immer mehr Artikel, als wir unterbringen können. Deshalb hier auch ein Appell an die Schreiber/innen: faßt euch kürzer, dann können nämlich mehr Artikel in die Zeitung und sie wird noch interessanter und lesbarer. Eine Zeitung ist kein Buch, gelle!

Nach den guten Nachrichten eine Schlechte: Die begonnene Serie über Mondragon müssen wir leider aus urheberrechtlichen Gründen abbrechen. Die Rechte an diesem Referat wurden verkauft. Interessierte an dem letzten Teil dieser Berichterstattung, indem es auch um eine kritische Auseinandersetzung geht, können eine Fotokopie anfordern. Geld für Porto und die Kopie bitte nicht vergessen. So, das wäre es für dieses Mal.

Die Redaktion

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 1)

In dieser Ausgabe:

Der Sack ist auf: Staatsknete für alternative Projekte

Wie Weihnachten und Ostern auf einen Tag? - Sicherlich nicht! Der Bericht aus Bremen zeigt: Staatsknete gibt es nicht ohne Mühe. Meist geht ein monatelanges Hick-hack sowohl zwischen den Projekten als auch mit den Politikern voraus. Was unterm Strich in Bremen übrig blieb, ist ein Sack voller Erfahrungen und weniger Geld als gebraucht wird mit anderen, schlechteren Vergabekriterien als gefordert wurde. Vielleicht sind diese Erfahrungen aber nutzbar, damit es in anderen Bundesländern besser läuft?

Die große AN-Mache

Einen Kollektivbetrieb zu gründen, ist schon eine Sache für sich. Einen Kollektivbetrieb sozial, politisch und ökonomisch lebendig oder gar lebensfähig zu halten, ist eine ganz andere Sache. Eine wieder ganz andere Sache ist es, einen "ganz normalen Betrieb" in die "ganz normalen Hände" seiner "ganz normalen Belegschaft" überführen zu wollen.

Außerdem: Drucker-Info, Neues von der Ökobank, aus den Regionen, von verschiedenen Branchen, Selbstdarstellungen, Termine und Berichte von Seminaren, Stellenanzeigen ...und ...und...

Lieber arm, aber sauber...

Was ist die Zukunft eines selbstverwalteten und unabhängigen Zentrums, das seit 10 Jahren existiert und davon lebt, Bestandteil und zugleich Träger von Gegenkultur und politischer Kultur von unten zu sein? Wie stellt sich ein selbstverwaltetes Zentrum heute dar, welches jederzeit im Brennpunkt der Höhen und Tiefen der Bewegung(en) der letzten Jahre stand?

Ein Dorn im Auge derer, die die Hebel der Macht bedienen, war es wohl immer, und dennoch: Klein zu kriegen war es bisher nicht, vielleicht gerade deswegen, weil Auseinandersetzungen ausgetragen und als Bestandteil existenzieller Bedrohung des Hauses aufgefaßt wurden.

Exemplarisch für andere Zentren und dennoch mit einem eigenen außergewöhnlichen Werdegang versehen, bringen wir in dieser Ausgabe, auf **Seite 8 und 9**, eine Bestandsaufnahme des Eschhaus in Duisburg.

Die nächsten WINTERTAGE kommen bestimmt:

Das Berliner Organisationskomitee hat jetzt den Termin für die 2. Berliner Wintertage festgelegt: Vom **24. bis 27. Januar 1985** soll es wieder einen großen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Betrieben und Projekten geben.

Wer an der inhaltlichen Vorbereitung mitwirken will, sollte uns das bitte mitteilen - vor allen Dingen - ein kurzes Papier für die Dezember-Ausgabe vom Wandelsblatt machen, die gleichzeitig "Vorbereitungsbroschüre" für die Wintertage ist. Also, wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß nur solche Themen zu kurz kommen, die keiner vorbereitet. das bestimmte Themen wieder ein Übergewicht bekommen, liegt dann nicht an der Organisationsgruppe.

Meldet Euch bei: STATTwerke, Paul-Lincke-Ufer 44a, D-1000 Berlin 36, Tel. (0 30) 611 59 04.

Redaktionsschluß für die Vorbereitungspapiere ist der 15. November 1984.

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 1)

Schwerpunktthema November 1984:

Frauen in selbstverwalteten Betrieben

Emanzipation oder Doppelrolle?

Das Interesse an der diesjährigen Projektmesse auf dem Gelände der ASH Krebsmühle (Arbeiterselbsthilfe) in Oberursel war enorm. Vielfältige "Alternativen" im Bereich der Produktion und Dienstleistungen, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, stellten sich der Öffentlichkeit vor. Jenseits von Maschinen- und Müsli-Trubel setzten sich erstmals die Frauen aus den angereisten Alternativbetrieben täglich einmal zum Erfahrungsaustausch zusammen. Außerdem hatten einige Frauen zu diesem Treffen einen Fragebogen speziell zur Arbeitssituation von Frauen ausgearbeitet, der dort die Runde machte. auf dem Gelände der ASH Krebsmühle (Arbeiterselbsthilfe) in Oberursel war enorm. Vielfältige "Alternativen" im Bereich der Produktion und Dienstleistungen, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, stellten sich der Öffentlichkeit vor. Jenseits von Maschinen- und Müsli-Trubel setzten sich erstmals die Frauen aus den angereisten Alternativbetrieben täglich einmal zum Erfahrungsaustausch zusammen. Außerdem hatten einige Frauen zu diesem Treffen einen Fragebogen speziell zur Arbeitssituation von Frauen ausgearbeitet, der dort die Runde machte.

Die Antworten der Frauen sind nicht zuletzt deswegen spannend, weil man bisher nur vage über die Arbeitsplatzsituation in Alternativbetrieben Bescheid weiß. Allgemein wird angenommen, daß die meisten von ihnen dort arbeiten, weil sie aus der Enge typischer Frauenberufe raus wollen bzw. erst gar nicht hinein. Ein Sekretärinnenlächeln wird mit Sicherheit nicht den ganzen Tag erwartet. Wie aber sind die Arbeiten in diesen Betrieben tatsächlich verteilt? Die kleine Umfrage ergab z.B., daß in der Schlosserei deutlich die Männer überwiegen und im sozial-pflegerischen Bereich die Frauen. Dazwischen sind die "Grauzonen": in den Druckereien, bei einigen Schreinereien und der Fahrradwerkstatt ist das Verhältnis ausgewogener.

Empfinden die Frauen in den Alternativbetrieben ihre Situation als gleichberechtigter als in normalen Betrieben? Diese Frage ist noch nicht abschließend beantwortet. Die Gruppe der Frankfurterinnen aber, die den Fragebogen vorbereitet hatte, trifft sich sowieso schon seit über einem Jahr, um ihren Alltag zu besprechen, die Rollen zu reflektieren. Diese Frauen aus der "ASH-Krebsmühle", dem Kulturzentrum "Batschkapp", dem "Club Voltaire" und der Druckerei "Blätterwald" sind sich natürlich darin einig, durch Arbeit keine Profite zu machen, sondern einer befriedigenden Arbeit nachgehen zu wollen. Der Konsum wird klein geschrieben, die kollektive Arbeit groß.

Die Erschöpfungszustände der Frauen ähneln sich allerdings auch; über mangelnde Arbeit beklagt sich keine. Die Diskussionen im Kollektiv "kosten" Zeit und Nerven, eine Verständigung aller als angestrebtes Ziel ist schwer. Sachzwänge und die Anstrengung, keine hierarchischen Strukturen im Projekt aufkommen zu lassen, machen es den Frauen nicht leicht, den Frauenterrain immer einzuhalten. Allerdings beschränken sich die Frauenverabredungen längst nicht mehr nur darauf, sich zweimal im Monat von Frau zu Frau auszuweinen, um dann doch wieder isoliert in's alternative Leben zurückzukehren. Die Frauen sind längst über die Phase reiner "Selbsterfahrung" hinaus gewachsen. So arbeiten sie jetzt an einem Buch. Die Weitergabe ihrer Erfahrungen als "Frauen in Alternativbetrieben" ist ihnen wichtig. Hier muß **Wilma Mohr** erwähnt werden. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin, die nicht in der alternativen Geschäftswelt lebt und arbeitet, ist Hochschulassistentin an der Frankfurter Universität. Sie ist der "akademische Teil" der Gruppe. Ihre Forschungsarbeit konzentriert sich auf den Teil der Bevölkerung, der bis dato nicht erforscht, nicht als gesellschaftlich relevante Gruppe statistisch "erfaßt" wurde: die Frauen in den Alternativbetrieben, ein wirtschaftlicher Sektor, der stetig wächst. Eine Prognose, die angesichts des "offiziellen" Arbeitsmarkts niemanden überraschen wird.

Auch deshalb genießen Alternativbetriebe inzwischen gesellschaftliche Anerkennung. Eigeninitiative wird gefördert. Nicht nur in Hessen und Berlin werden Staatsgelder zur Arbeitsplatzsicherung bei den Alternativen locker gemacht. Die wissenschaftliche Bestandsaufnahme zum "Frauenanteil" in den Alternativbetrieben, zur "geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung", zu den "Kindern im Projekt" und den "Wünschen für die Zukunft" hat auch in dem Zusammenhang ihre Bedeutung.

Auf **Seite 6** beschreibt **Wilma Mohr** die Schwierigkeiten, die sie als Feministin mit dem "Objekt-Verhältnis" bei Untersuchungen hat, die die herkömmlichen Forschungsmethoden mit sich bringen. Neben dem Forschungsinteresse war es ihr wichtig, die Frauen nicht als "Rohmaterial" für sich zu benutzen, sondern eine Arbeitsmethode mit den Frauen zu entwickeln, von der die Gruppe auch etwas hat: es entsteht ein Buch.



(Foto: Fragebogenbesprechung)

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 1, 3, 4)

Kollektivbetriebe und soziale Absicherung

Wenn im folgenden von Kollektivbetrieben die Rede ist, so werden hierunter die Betriebe gefaßt, die von ihrem Selbstverständnis sowie ihren Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen her selbstverwaltet arbeiten. Die gewählte Rechtsform ist hier uninteressant, da sie steuerrechtliche, haftungsrechtliche oder auch versicherungsrechtliche Ursachen hat.

Zu den Problembereichen dieser Betriebe gehören nicht nur die Finanzierung, Gesellschaftsform, bzw. -vertrag, usw..., sondern genauso die soziale Absicherung bei Krankheit, Unfall, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge.

Von Harald Deerberg, Bremen - Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß der Bereich der sozialen Absicherung ziemlich im Argen liegt. Bestimmte Vorsorgebereiche sind schlecht oder sogar gar nicht abgesichert.

Dieses ist aber nicht nur ein Problem der Kollektivbetriebe, sondern ein Problem des "Kleinunternehmertums" überhaupt. Die soziale Absicherung kostet Geld, dieses aber ist, insbesondere in diesen Betrieben, durchweg knapp, so daß vielfach nur eine Mindestabsicherung erfolgt oder nach anderen Möglichkeiten gesucht wird.

In der Regel wird das naheliegendste abgesichert, was jeder in der Vergangenheit mehr oder weniger schon erlebt hat, nämlich der Krankheitsfall. Alles andere kommt erst in zweiter Linie und wird oft vor sich hingeschoben, weil bisher nicht selbst erfahren oder auch nicht akut sichtbar, wie da sind die Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, der Unfall und die Altersvorsorge. Letzteres spielt die geringste Rolle. Daß die Altersversorgung an letzter Stelle liegt, hat meist wohl weniger finanzielle Ursachen. Abgesehen davon, daß manche aufgrund der politischen Lage (Kriegsgefahr) ein Erreichen des Rentenalters überhaupt anzweifeln, ist das Rentenalter in aller Regel noch soweit weg, daß man sich hierüber auch später noch Gedanken machen kann.

Hinzu kommt, daß im Bereich des Kleinunternehmertums die Altersvorsorge im Wesentlichen mit der Bildung von Vermögen verbunden ist. Dieser Gedanke ist natürlich vielen ein Greuel, insbesondere bei denen, die idealistisch an der Schaffung und Erhaltung eines eigenen, selbstverwalteten Arbeitsplatzes herangegangen sind und nicht vor Augen hatten, Vermögen zu bilden.

Letztlich spielt im gesamten Versicherungswesen der Punkt "Staatskritik" noch eine Rolle. Geld an die Sozialversicherungskassen zu zahlen, heißt, "dem Staat" Geld zu geben. Geld an private Versicherungskassen zu zahlen, bedeutet, mit den größten Kapitalgeber des Staates zu finanzieren. Ohne an dieser Stelle inhaltlich darauf einzugehen, geht es nur darum, den Widerspruch aufzuzeigen, den viele darin sehen: auf der einen Seite Staatskritik und auf der anderen Seite ein wie auch immer finanziertes, mit dem Staat verbundenes Versicherungswesen.

Verzicht auf Absicherung oder schlechte Absicherung haben zur Folge, daß Kollektivmitglieder dabei auf der Strecke bleiben. Folglich wird auch nach Alternativen gesucht und nicht nur in Richtung Umgehung von Zwangsversicherungen, wie z.B. die Pflichtversicherungen bei Hausgewerbetreibenden, die Versicherungspflicht bei den Berufsgenossenschaften oder die Versicherungspflicht von Arbeitern und Angestellten, wobei letztere durch die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung begrenzt ist. Dieses hat zur Folge, daß Gesellschaftsform, Gesellschaftsvertrag, Finanzierung und soziale Absicherung miteinander verknüpft sind.

Krankenversicherung

Aktueller Stand

Der in erster Linie abgesicherte Bereich ist der Bereich der Krankenversicherung. Nun bieten sich bislang zwei Alternativen an, nämlich einerseits die gesetzliche Krankenversicherung und andererseits die private Krankenversicherung, wobei an beide bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.

Aus haftungsrechtlichen Gründen wird, wenn das notwendige Haftungskapital von 50.000 DM gezeichnet werden kann, die GmbH als Gesellschaftsform gewählt. In aller Regel sind dann die Kollektivmitglieder Beschäftigte der GmbH. Wird die Grenze der geringfügigen Beschäftigung von 390 DM im Monat überschritten, dann bedeutet das, daß neben einer Belastung für die gesetzliche Krankenversicherung, die je nach Kasse zwischen 10,4 und 13% liegt, noch zusätzlich 18,5% Rentenversicherung und 4,6% Arbeitslosenversicherung derzeit zu zahlen sind. Mit anderen Worten, unterstellt man bei der Krankenversicherung einen Mittelwert von 12%, beläuft sich für das Kollektiv ohne Steuern die Belastung auf insgesamt 35,1% oder 351 DM auf 1.000 DM Lohnsumme.

Das ist für diese Betriebe, die in aller Regel unter chronischer Kapitalknappheit leiden und meist weit unter dem allgemeinen üblichen Einkommensniveau liegen, nur schwer oder gar nicht mehr tragbar.

Haben die Kollektivmitglieder den Status eines Selbständigen, was ja auch bei der GmbH möglich ist, dann muß sich jeder selbst versichern. Für das Kollektiv sinken die Kosten, hingegen steigt der Bilanzgewinn.

Das hängt damit zusammen, daß die Lohnkosten von Beschäftigten in die Gewinn- und Verlustrechnung eingehen, den Gewinn also mindern. Selbständige, die nicht Angestellte sind, können zwar monatlich Geld aus der Firma ziehen, diese jedoch nicht als Personalkosten buchen, sondern als Vorwegentnahme von zu erwartendem Gewinn. Im Rahmen der Einkommenssteuererklärung können diese Kosten steuerlich abgesetzt werden.

Auch für den Einzelnen tauchen Probleme auf. Zum einen kann er sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichern. Er zahlt damit zwar auch wieder die 10,4% bis 13%, spart hingegen, sofern er nicht Handwerksmeister ist und dem Handwerkerversicherungsgesetz unterliegt, die 18,5% Rentenversicherung sowie die 4,6% Arbeitslosenversicherung.

Auch bei der freiwilligen Versicherung gilt der Grundsatz, daß die Einkommenshöhe für den Beitrag entscheidend ist. D.h., der Selbständige muß sein voraussichtliches Einkommen angeben und zahlt hierauf zwischen 10,4 und 13%. Da die Kassen von den branchenüblichen Einkommensverhältnissen ausgehen und dazu noch unterschiedlich, gibt es keine festen Beiträge. Der Monatsbeitrag kann 160 DM betragen, genauso aber auch 220 DM oder 450 DM.

Die zweite Möglichkeit ist die private Krankenversicherung. Der Beitrag der privaten Krankenversicherung richtet sich entgegen der gesetzlichen nicht nach dem Einkommen, sondern nach dem Eintrittsalter, Geschlecht, der Risikoeinschätzung aufgrund von früheren und vorhandenen Erkrankungen, und den vereinbarten Leistungen.

Durch die Möglichkeit, die Leistungen frei vereinbaren zu können, insbesondere durch eine Selbstbeteiligung an den Kosten im ambulanten Bereich, läßt sich so der Beitrag zur privaten Krankenversicherung nicht unwesentlich gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung senken.

So zahlt beispielsweise ein 29-jähriger mit einer Selbstbeteiligung im ambulanten Bereich von jährlich 900 DM, vereinbarten Regelleistungen im stationären Bereich, sowie Zahnbehandlung 100% Ersatz, Zahnersatz 80% in der privaten Krankenversicherung nur 100 bis 120 DM. Die Ersparnis beträgt optisch erst einmal 50% und mehr. Damit sind zwar die Kosten für Behandlung, Medikamente, Heilmittel, Operationen etc. minimal abgesichert, jedoch muß fairerweise die Selbstbeteiligung in diesem Fall auf das Jahr umgelegt werden, so daß effektiv maximal 200 DM aufzuwenden sind. Bleibt am Jahresende etwas über, dadurch, daß der Betreffende die 900 DM Selbstbeteiligung nicht ausgeschöpft hat, ist die Ersparnis entsprechend höher.

Die Selbstbeteiligung senkt zwar die laufenden Kosten und ansonsten sind die großen finanziellen Risiken (Operation, Zahnersatz) abgesichert, jedoch kann die Selbstbeteiligung dazu führen, daß der Betreffende weniger zum Arzt geht oder auf Medikamente verzichtet, einfach um Geld zu sparen, was gesundheitsbelastende Spätfolgen nach sich ziehen kann. Ein weiterer für das Kollektiv wichtiger Punkt ist

die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ist das Kollektivmitglied angestellt, dann unterliegt es der Versicherungspflicht und erhält ab der 7. Woche Krankengeld von der gesetzlichen Krankenkasse.

Derjenige, der sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichert, der muß die Krankengeldleistung extra vereinbaren, ebenso wie der privat Versicherte über eine Krankentagegeldversicherung. In der gesetzlichen Krankenkasse erfolgen die Leistungen aber meist ab der 4. oder 5. Woche, in der privaten Krankenversicherung können sie auch früher vereinbart werden. Damit aber die ganze Sache noch finanzierbar bleibt, wird die private Krankentagegeldversicherung ebenfalls erst ab der 5. oder 7. Woche beginnen können. Eine Krankentagegeldversicherung ab der 7. Woche, mit welcher 1.500 DM im Monat abgesichert werden sollen, kostet, um bei dem Beispiel des 29jährigen zu bleiben, nochmals rund 11 DM im Monat.

Für das einzelne Kollektivmitglied werden über die private Krankenversicherung die Kosten gesenkt, damit auch die Belastungen für das Kollektiv insgesamt, andererseits gewisse Risikobereiche - Selbstbeteiligung im ambulanten Bereich, Lohnfortzahlung in den ersten 6 Wochen - erst einmal in Kauf genommen, vielleicht insgesamt oder teilweise über das Kollektiv abgesichert.

Für Kleinbetriebe bis 20 gewerbliche Beschäftigte gibt es noch die sogenannte Ausgleichskasse in der gesetzlichen Krankenversicherung. Für einen erhöhten Beitrag zur Krankenversicherung - die Erhöhung trägt der Arbeitgeber - trägt diese Ausgleichskasse bei gewerblichen Pflichtversicherten in den ersten 6 Wochen 80% der Lohnfortzahlung. Diese Form mindert das finanzielle Risiko für das Kollektiv, belastet es aber durch zusätzliche Beiträge.

Probleme ergeben sich, wenn ein Kollektivmitglied arbeitslos wird. War es pflichtversichert, so hat es - vorausgesetzt die Mindestbeschäftigungszeit ist erfüllt - Anspruch auf Arbeitslosengeld und ist pflichtversichert über das Arbeitsamt. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld dürfte, bedingt durch die vorherrschende geringe Einkommenshöhe, nicht hoch sein.

Freiwillig und privat Versicherte erhalten kein Arbeitslosengeld, bzw. keine Arbeitslosenhilfe - der Tatbestand, daß noch Ansprüche bestehen, dürfte kaum vorkommen -, sind folglich auch nicht pflichtversichert. Der freiwillig Versicherte kann seinen Beitrag auf den Erwerbslosentarif senken. Auch hier gilt das Prinzip der Relation von Beitrag und Einkommen.

Die Krankenkasse kann Einkommensnachweise verlangen. Wann sie das machen wird, wird unterschiedlich gehandhabt. Das kann bereits noch zwei oder drei Monaten sein, genauso nach einem Jahr.

Der privat Versicherte wird kaum erreichen, daß sein Beitrag gesenkt wird. Auch er kann im Falle der Arbeitslosigkeit seine Mitgliedschaft nur kündigen oder den hohen Beitrag in Kauf nehmen. Ansonsten bleibt nur noch die Möglichkeit, ebenfalls zum Sozialamt zu gehen oder anderweitig einen Zustand herzustellen, über den er wieder

versicherungspflichtig wird.

Ein weiteres Problem in der privaten Krankenversicherung kann auftauchen, wenn die Ehefrau oder der Ehemann und Kinder mitversichert sind.

(...) die den einzelnen oder das Kollektiv wenig belasten, werden die damit zusammenhängenden Probleme durchaus in Kauf genommen. So ist eine Variante die Immatrikulation an einer Universität. Derjenige wird versicherungspflichtig und kann sich in der gesetzlichen Krankenversicherung für rund 55 DM versichern. So lange der/die Betreffende nicht über den Rahmen der geringfügigen Beschäftigung hinzuverdient, ergeben sich auch keine Probleme. Handelt es sich aber um einen Selbständigen, der überwiegend sein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bezieht, so muß er sich freiwillig oder privat versichern.

Kommt die Krankenkasse dahinter, daß die studentische Krankenversicherung nur vorgeschoben ist und ein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bezogen wird, so kann sich diese Variante als unangenehm und teuer erweisen.

Die zweite Variante ist die Anstellung des Kollektivmitgliedes. In diesem Fall wird ein Einkommen bezahlt, welches über dem zulässigen Einkommen der geringfügigen Beschäftigung liegt und für welches keine Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen sind, aber maximal 10% der gesetzlichen Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt, in diesem Jahr folglich 520 DM. Das Kollektivmitglied hat nur die Steuern zu zahlen, der Arbeitgeber, das Kollektiv, trägt die Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 35,1%, also rd. 120 DM. Das hierin liegende Problem ist lediglich, daß von 520 DM abzüglich Steuern keiner leben kann, zwangsläufig noch anderweitig Einkommen bezogen werden muß.

Berufs- und Erwerbsunfähigkeit

Die Tatsache, durch Unfall oder Krankheit berufs- oder erwerbsunfähig zu werden, wird oft weit von sich geschoben. Von daher spielt dieser Bereich der Absicherung in Kollektivbetrieben oft eine untergeordnete Rolle. Hinzu kommt, daß eine vernünftige Absicherung, die einem die Erhaltung des Lebensstandards ermöglicht, nicht wenig Geld kostet, was beim geringen Einkommen der Kollektive ziemlich zu Buche schlägt.

Versicherungspflichtige Beschäftigte in Kollektiven sind über die gesetzliche Rentenversicherung gegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit versichert, sofern sie die Wartezeit und Voraussetzung erfüllen, in den letzten fünf Jahren (60 Kalendermonate) mindestens 36 Pflichtbeiträge geleistet zu haben. Die Voraussetzung ist, schaut man sich die soziale Zusammensetzung der Kollektive an, sehr oft überhaupt nicht gegeben. Viele Kollektivmitglieder haben nie in die Rentenversicherung einbezahlt. Da die Leistungen auch von der Höhe der geleisteten Beiträge abhängen, wird auch der verbleibende Rest kaum mit nennenswerten Leistungen zu rechnen haben. Hier kommen verschiedene Faktoren zusammen:

- Versicherungspflichtige Kollektivmitglieder erhalten i.d.R. ein geringes Einkommen, so daß die Beiträge an die BfA/LVA verhältnismäßig niedrig sind, folglich auch die Leistungen.
- Die Kollektivbetriebe sind überwiegend noch nicht sehr alt. Selbst wenn in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wurde, dann ist die Zahl der Beitragsjahre noch sehr niedrig, auch wenn Jahre vor dem Einstieg in das Kollektiv mit angerechnet werden.

Die wenigsten Kollektivmitglieder erfüllen erstens die Zahl der Beitragsjahre, die notwendig sind, eine höhere Rente zu bekommen, und zweitens werden nur wenige die im Beispiel angenommene Einkommensgrenze erreichen. Selbst bei den abhängig Beschäftigten lagen am 1.1.1982 89,2% aller gezahlten Berufsunfähigkeitsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung unter 900 DM. Es scheint von daher nicht sinnvoll, daß Kollektive ihre Mitglieder per Arbeitsverhältnis zwangsversichern oder anraten, sich freiwillig zu versichern und hierfür 18,5% ihres Einkommens abzuführen. Es bleibt nichts anderes übrig, als den Weg der privaten Absicherung zu gehen, zumal aufgrund der Änderung der Sozialgesetzgebung zum 1.1.1984 auch alle die Ansprüche auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung verloren gehen, die in den letzten zwei Jahren keine Beiträge mehr abgeführt haben, bzw. die in den letzten 60 Kalendermonaten die notwendigen 36 Pflichtbeiträge nicht aufgebracht haben. Handwerksmeister in Kollektiven können es sich allerdings nicht aussuchen, ob sie sich freiwillig privat versichern oder in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Eine Umgehung ist nur dann möglich, wenn sie die Rechtsform einer GmbH wählen, denn eine juristische Person kann nicht zwangsversichert werden. Die GmbH-Gründung setzt aber wiederum das notwendige Haftungskapital voraus, woran viele Kollektive scheitern.

Eine Alternative zur Umgehung dieser Regelung ist die Anstellung eines Meisters mit einem Einkommen von unter 520 DM (10% der Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung).

Die private Absicherung ist individuell regelbar und auch optimaler und zudem preiswerter. Der Vorteil einer Unfallversicherung ist, dass sie bereits bei einem Invaliditätsgrad unter 50 % zahlt. Die Summe muß jedoch so hoch gewählt werden, daß man über die Verzinsung der erhaltenen Kapitalsumme eine Unterhaltsbezuschussung sichert, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Zinserträge versteuert werden müssen. Der Nachteil der Unfallversicherung besteht darin, dass sie nicht bei Berufs oder Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit zahlt. Hierzu ist der Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung notwendig, die wiederum üblicherweise erst ab 50% Berufsunfähigkeit zahlt.

Die Belastung, die monatlich auf das Kollektivmitglied zukommt, sieht wie folgt aus:
 Monatliches Einkommen 2.900 DM, 28 Jahre alt:

- a) Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung 536,50 DM

b) Beitrag zur privaten Berufsunfähigkeitsversicherung 45 DM.
Leistung ab dem ersten Tag bei Berufsunfähigkeit monatlich
1.200 DM.

Bei erhöhten Risiken, wie z.B. Tischlern, Dachdeckern, etc. kann der Beitrag höher liegen, jedoch zeigt das Preis/Leistungsverhältnis eine absolute Schlechterstellung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bei einer zusätzlichen Absicherung durch eine Unfallversicherung mit einer Versicherungssumme von 400.000 DM würde die Belastung etwa um 35 bis 40 DM monatlich steigen.

Altersvorsorge

Das Problem wurde bereits in der Einleitung angesprochen. Angestellte und Arbeiter sind pflichtversichert. Angestellte solange, als sie die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 5.200 DM nicht überschreiten. Dies fällt bei Kollektivbetrieben wohl flach. Als Selbständiger kann ich mich freiwillig versichern. In der gesetzlichen Rentenversicherung ist das Problem Altersvorsorge, sprich Rente, ebenso gelagert, wie das Problem Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente.

Bei den in Kollektiven vorherrschenden Einkommensverhältnissen wird keine akzeptable Rente erworben.

Die Kollektive stehen damit, wie jeder Kleinunternehmer, vor dem Dilemma – sofern sie sich bereits Sorgen um ihre Absicherung im Alter machen – dass sie Vermögen bilden müssen, d.h. entweder durch eine private Rentenversicherung (nicht Lebensversicherung!), Haus- und Grundbesitz oder andere Anlageformen.

Hierfür fehlt aber wiederum das Geld, womit die Frage der Alterssicherung erneut offen bleibt.

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 2)

RECHTLICHE PROBLEME IN UND MIT KOLLEKTIVEN

Man versteht sich ja so gut ...

Wenn in Kollektiven ein Bereich im Argen liegt, dann ist es neben der fehlenden sozialen Absicherung der Bereich des Rechts. Spätestens nach der Firmengründung ist die Lust vergangen, sich mit Rechtsproblemen herumzuschlagen, zumal oft noch ein Anwalt von Nöten ist und dieser hin und wieder noch Geld kostet. Spätestens aber, wenn ein Kollektivmitglied einsteigt oder ausscheidet, wenn es Probleme mit Lieferanten oder Kunden gibt oder im Kollektiv der große Krach angesagt ist, dann ist es mit dem "sich ja so gut verstehen" nicht selten aus. Neben den traditionellen gesellschaftsrechtlichen Regelungen mangelt es an rechtlichen Vereinbarungen, die Lösungsmöglichkeiten für diese Fälle vorsehen und bürgerliche Gerichte außen vor lassen. Dies gilt sowohl für das Innenverhältnis von Kollektiven, wie auch für das Außenverhältnis. Die Gefahr bei diesen Auseinandersetzungen liegt zum einen darin, daß plötzlich lang gehegte Ansprüche über Bord geworfen werden und zum anderen intern regelbare Differenzen nach außen getragen werden.

Von Harald Deerberg, Bremen

Der Gesellschaftsvertrag

Für das herrschende Recht gilt, daß sich aus der Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages ergibt, daß die Grundlage ein gegenseitiges Treueverhältnis der Gesellschafter untereinander ist, bei dem die Sonderinteressen der einzelnen Gesellschafter sich dem Gesamtinteresse unterordnen müssen.

Dieser gesellschaftsrechtlichen Konzeption liegt aber der Grundgedanke des traditionellen Unternehmens zugrunde. Hierunter wird verstanden, daß die Intension des Gesellschaftsrechts die Interessenregelung nur auf Unternehmenseite, also unter wenigen, stattfindet. Für die Beschäftigten, also die Nicht-Gesellschafter, gelten im herrschenden Recht individual- und kollektivrechtliche Regelungen. Da aber der Begriff "selbstverwaltetes Unternehmen" impliziert, daß es in diesem Unternehmen keine, oder wenn, nur aus haftungs-, steuer- oder versicherungstechnischen Gründen, Arbeitnehmer im traditionellen Sinn gibt, muß der

Gesellschaftsvertrag besonderen Ansprüchen gerecht werden.

Er muß demokratische, kapitalneutrale Entscheidungs- und Mitwirkungsstrukturen garantieren können, für alle geltende Informations- und Kontrollmöglichkeiten regeln, den gleichberechtigten Status jedes Kollektivmitgliedes manifestieren und besondere Ansprüche, die sowohl das Innen- wie auch Außenverhältnis betreffen, festschreiben können. Das sind die Mindestvoraussetzungen, die in traditionellen Verträgen und ihren Vorlagen nicht zu finden sind.

Weiterhin unabdingbar sind eindeutige, klare Regulatorien, was die Erweiterung des Kollektivs und auch das Aussteigen Einzelner betrifft. Da die wenigsten Unternehmer auf kapitalneutraler Basis arbeiten, treten besonders an diesen Punkten die meisten Auseinandersetzungen auf, insbesondere beim imaginären Firmenwert, eventuellen Einlagen und Abfindungen.

Der am meisten vernachlässigte Punkt scheint mir die Schiedsgerichtsvereinbarung zu sein, die eine außergerichtliche Einigung interner Auseinandersetzungen zwingend vorschreibt. Obwohl selbst von Handwerkskammern empfohlen, wird bei Kollektivbetrieben oft darauf verzichtet, obwohl die Ausschaltung bürgerlicher Gerichtsbarkeit im Interesse aller sein sollte.

Bei Kollektiven, die zwar selbstverwaltet arbeiten, aber aus verschiedensten Gründen "Arbeitnehmer" beschäftigen, kommen zusätzlich noch arbeitsrechtliche Problematiken hinzu.

Arbeitsrecht und Selbstverwaltung

Wir messen die selbstverwalteten Betriebe an ihren Ansprüchen und ihrer Umsetzung in die Realität und nicht an der Rechtsform, die aufgezwungen ist.

Bislang hat man sich aber wenig Gedanken darüber gemacht, was bei Auseinandersetzungen zwischen Kollektivmitgliedern die Gesellschafterstatus haben und den Mitgliedern, die offiziell Arbeitnehmer sind, passieren kann und wie es sich eventuell regeln läßt. Selbstverwaltung heißt, Gleichstellung aller im Kollektiv tätigen Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Nur dieses kann allzu leicht in Vergessenheit geraten, wenn es kracht. Dann greifen in der Regel nur die individualrechtlichen Regulatorien für den "Arbeitnehmer" und die stellen ihn natürlich alles andere als dem "Unternehmer" gleich.

Das gleiche gilt auch für die andere Variante, wenn nämlich die "Arbeitnehmer" sich eines Gesellschafters "entledigen" wollen.

Der ideologische Anspruch der Gleichstellung ist hierbei sehr schnell vergessen und wenn es hart auf hart kommt - und das soll ja schon vorgekommen sein - dann greift nur noch das herrschende Recht, was nicht unser Recht ist, unbestritten zumindest, was den Selbstverwaltungssektor angeht.

AGB, Dienst- und Werkvertragsrecht

Die ersten beiden Punkte betrafen vertragliche Regelungen, die das Innenverhältnis des Kollektivs betreffen. Was aber ist mit dem Außenverhältnis? Gemeint sind die Allgemeinen Geschäfts- und Lieferbedingungen, Dienst- und Werkverträge.

Auch in diesem Bereich ist bislang viel vernachlässigt worden und das hat schon so manchem Kollektiv Geld gekostet.

Wer meint, innerhalb der linksgrün-alternativen Szene ist man unter sich und dort ist alles ohne Verträge regelbar, der irrt meiner Meinung nach gewaltig. Nicht umsonst berichtet so manches Kollektiv, daß der beste Kunde immer noch der "Normalbürger" und nicht die Szene ist.

Viele Auseinandersetzungen ließen sich vermeiden, wenn es Liefer- und Geschäftsbedingungen gäbe, ebenso, wie korrekte Dienst- und Werksverträge. Aber ich begreife diese Regulatorien nicht nur als Schutz, sondern andersherum genauso als Schutz für die Kunden, die Anspruch auf korrekte Vereinbarungen haben.

Kollektivbetriebe und Recht

So ärgerlich, wie es auch sein mag, sich mit dem herrschenden Recht und seine Benutzung und Anwendung für uns herumschlagen müssen, so notwendig halte ich es, es zu tun. Bevor sich jedoch jedes Kollektiv selbst hierüber den Kopf zerbricht oder teure Anwälte einschaltet, sollte überlegt werden, inwieweit es möglich ist, zusammen mit den Netzwerken kollektiv diese Bereiche einmal anzugehen.

Es gibt noch keine Patentrezepte und man wird noch Erfahrungen sammeln müssen, nur man muß irgendwann einmal damit anfangen. Die angesprochenen Punkte waren auch Hintergrund der Gründung einer Arbeitsgruppe „Recht“ in der Arbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Betriebe in Bremen. Die ursprünglich von zwei juristisch Interessierten gegründete Arbeitsgruppe hat inzwischen von außerhalb der Arbeitsgemeinschaft viel Zuspruch erhalten und juristisch ausgebildete Personen haben ihre Unterstützung zugesagt. Man wird sehen, ob es eine theoretisch arbeitende Arbeitsgruppe bleibt. Die AG hofft jedoch, daß die Kollektivbetriebe sich einmal Gedanken über die Argumente machen und bereit sind, in Zusammenarbeit mit dieser AG die Probleme anzugehen. Vielleicht regt dieser Artikel auch in anderen Regionen einmal Menschen an, diesen Bereich ernsthaft zu diskutieren.

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 2)

Selbstverwaltung und Selbsthilfe im sozialen Bereich

Selbsthilfegruppen

Im Sozialbereich (eigentlich wäre Solidarität viel besser) gibt es ja seit längerer Zeit schon das Bemühen, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen, was jedoch gerade hier besonders schwierig ist, viel schwieriger als z.B. in Handwerk und Industrie oder sonstigen Branchen.

Von Gerhard Kern - Im Bemühen (man/frau muß sich tatsächlich mühen) mit Marginalisierten, an den Rand gedrängten solidarisch zu sein, steht uns das Paradigma dieses Jahrhunderts knallhart im Wege und kann auch wiederum nur von subkulturellen Gruppen geändert werden. Diese entwickeln ein Wertsystem welches folgende "kompakte Mehrheiten" bestimmt. In der Regel wird Not und die in dieser schlummernden revolutionäre Potenz von subkulturellen Individuen und Gruppen erkannt, aufgegriffen und unter äußerstem Einsatz als Ventil für eine Veränderung der Zustände eingesetzt. Das Engagement für die Beseitigung von Not wird jedoch meistens von der Staatsmaschinerie vereinnahmt, perfektioniert, bürokratisiert und schließlich zu einer Hilfe für diejenigen, die sie gar nicht brauchen, nämlich für alles was etabliert, satt und zufrieden ist. Behinderte, Alte, Kranke, Arme und Süchtige werden abgeschoben in eigens dafür eingerichtete Anstalten. Hier nun hilft letztlich nur ein "Ausbruch aus dem Irrenhaus".

Für die sozialisierenden Machthaber sind aber gerade Entfesselungsbestrebungen der unterdrückten Individuen, wie z.B. der Kinder (Indianerkommune), der Alten (Graue Panther), Arbeitslosen (ASH), Behinderte und Psychiatrisierten (Antipsychiatrie) viel gefährlicher als ähnliche Bestrebungen aus anderen Bevölkerungskreisen, da die ersteren viel eher bereit sind, alles aufs Spiel zu setzen, ihre ganze Existenz zur Disposition zu stellen, wie ja die Geschichte es immer wieder zeigt. Der gegängelte, bevormundete Mensch trägt tief in sich die positive Utopie der Selbstbestimmung und -verwirklichung und je größer das Leid durch Fremdbestimmung, desto explosiver ist die Kraft, wenn es gelingt, das Ventil der Unterdrückung zu lösen, Widerstand gegen die Herrscher zu fördern. Der oben geforderte "Ausbruch aus dem Irrenhaus" gelingt nun nicht immer gleich auf Anhieb, sondern geschieht oft in mehreren Anläufen. Manche Initiativen bleiben dann auch unter Umständen in einem systemkonformen Zustand stecken, während es durchaus Selbsthilfen gibt, die revolutionären Charakter haben.

Hans Dietrich Engelhardt stellt im **Forum der AG SPAK** 24/84 eine Typologie der

Selbsthilfegruppen dar, die in folgendem Schaubild in ihren verschiedenartigen Wirkensweisen dargestellt sind:

H. D. Engelhardt schreibt: "Obwohl die Typologie von der Anlage her statisch ist, läßt sie sich im Rahmen der gewählten Kriterien als Schema verwenden, mit dem die Entwicklung einer SHG bezüglich ihrer Veränderungsziele und ihrer Einstellung zum für sie relevanten Teilsystem des Versorgungssystems beschrieben werden kann..."

So ist m.E. diese Typologie eine Möglichkeit zur Reflexion über den eigenen Standpunkt und kann helfen, darüber aus einer reformistischen zu einer revolutionären Haltung zu kommen.

Damit aber die Tendenz zu einer tatsächlichen Strukturveränderung nicht gleich im Keim erstickt wird, genügt es nicht in Branchen zusammenzuarbeiten, obgleich dies ein erster notwendiger Schritt ist, sondern es muß der Sub- oder Gegenkultur gelingen, interdisziplinär Zusammenschlüsse zu konstruieren. Im sogenannten sozialen Bereich gibt es ja Ansätze zum ersten Schritt, wie z.B. in der Jugendzentrumsbewegung, der Antipsychiatrie, u.a. Doch ist dieses Bemühen noch ganz anfänglich und sollte mit Vehemenz weiterbetrieben werden und branchenübergreifende Kontakte im gleichen Zuge aufgenommen werden.

Die Selbstverwaltungsbewegung kann eine Chance der fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte sein und Verhältnisse ändern, wenn sie nicht in kleinlichen Quereleien und individuellen Profilneurosen zum erbärmlichen Opfer des kapitalistischen Staates wird. Ich sehe gute Chancen für beides in unserer augenblicklichen Situation, gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, eine echte alternative Ökonomie oder auch eine "Nacht über Deutschland" anzulegen. Und ich denke da mit **Rolf Schwendter** gleich, wenn er z.B. sagt: Es geht nicht darum, sachbezogen und nicht parteikonform zu arbeiten, (sinngemäß). Eine Ökobank wird von all denen gegründet und betrieben und verkommt nicht zu einer BfG, wenn es denen um Alternative Ökonomie geht und nicht um Marxismus, Anarchismus, usw...

Allerdings geht es um Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und damit um Freiheit eines jeden Menschen und grenzt Fremdbestimmung und Staat aus, ist somit anarchistisch und marxistisch zugleich. Eine bewaffnete Revolution ist m.E. heute nicht möglich und sinnvoll, daher gibt es nur den Weg der permanenten Revolution, in diesem durch Gewalt entstandenen Gebilde, was sich Modell BRD nennt. Unsere Bewegung wächst langsam, doch sie wächst und es ist besser, wenn sie nur langsam, dafür aber sicher wächst.

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 2)

Eine Tagung in Berlin

Die Zukunft der Selbsthilfe

Das Netzwerk Berlin, "Kooperatives Planen, Bauen und Leben" und der Wohnbund e.V. hatten zu der Tagung eingeladen, und wie es in Berlin kaum anders sein kann, fühlten sich einige Projekte in ihrem Alleinvertretungsrecht beeinträchtigt und riefen zum Boykott der Tagung auf. Wortführer des Boykotts waren die Nobelalternativbetriebe um den "Lundkreis" und ihrer Beratungsfirma Stattwerke; aus welchen Gründen sich die ASH Frankfurt abwechslungsweise wieder mal auf die Stattwerkseite schlug, war nicht zu erfahren. Die Boykottgründe liessen an Fadenscheinigkeit nichts zu wünschen übrig, auch wenn die TAZ in ihrem Dreispalter vom 18.10. so tat, als gehe es um Grundsatzfragen. Es war ganz einfach der abgeschmackte Gegensatz von Stattwerken und Netzwerk Berlin, der in dem Boykottaufruf eine neue Blüte trieb. Es wird wahrscheinlich noch eine Weile brauchen, bis die Alternativen begreifen, daß ihre Gegner nicht die anderen Alternativen sind, sondern die Kapitalisten und der Staat und ideologische Debatten um die wahre Alternativität, das unbefleckte Bankkonzept, die schönste Form der Regionalität und die moralischste Weise der Finanzierung, Luxusartikel darstellen, auf die man eine Weile lang verzichten sollte, um nicht nur einen Fuß, sondern beide Beine auf die Erde zu bekommen.

Michael Berger, Freiburg - Gekommen waren dann doch etwa 150 Teilnehmer aus der BRD und Westberlin, die meisten aus sozialen Projekten und Netzwerken, selbstverwaltete ökonomische Betriebe und Finanzierungsgruppen waren in der Minderzahl. Die Tagung sollte freitags und sonntags Bedingungen der inneren Organisation der Selbsthilfebewegung diskutieren und samstags Forderungen an mehr oder minder prominente Politiker auf dem Podium stellen. Themen waren die Bau- und Wohnungspolitik, die Sozial- und Gesundheitspolitik sowie die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In den Samstag hatten die Veranstalter etwas viel hineingepackt, sodaß kaum eine Diskussion mit den Politikern zustande kam, sondern diese nach einigen Statements wieder das Podium für die nächste Gruppe räumen mußten. Dennoch waren diese Stellungnahmen aufschlußreich und zum Teil

eindrucksvoll. Der Alternativsektor wird insoweit akzeptiert, wie er ein Teil des Wirtschaftsförderungsprogramms der Länder sein kann. Wo glaubhaft gemacht werden kann, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden, oder vorhandene Arbeitsplätze erhalten und erweitert werden, sind auch staatliche Mittel zu bekommen. Nicht selten scheinen Aufträge an ungeschickter Antragstellung und allzu schlichten Begründungen zu scheitern. Olav Sund, Chef des Landesarbeitsamtes von NRW, erzählte beispielsweise, er habe seine Ämter jetzt angewiesen, Beratungshilfe bei Anträgen zu geben. Insgesamt wurde vom Podium viel guter Wille demonstriert, die Alternativwirtschaft zu fördern, vorausgesetzt sie paßt sich den Verfahrensregeln an. Die wichtigste Frage, inwieweit die Staatsknechte die Betriebe korrumpiert, wurde auf der gesamten Tagung nur ansatzweise diskutiert. Am aufschlußreichsten war der Bericht des Netzwerks Bremen. Als der Senat die Bereitstellung von Wirtschaftsförderungsmitteln signalisiert hatte, wurden vom Netzwerk 100 Projekte angeschrieben, 26 reagierten und brachten Forderungen von 5,7 Millionen M zusammen, mit der Aussicht 200 Arbeitsplätze zu schaffen. Der Senat stellte jedoch nur 1,2 Millionen zur Verfügung, und versäumte auch noch, die Verdoppelung dieser Mittel durch den EG Sozialfond in Brüssel zu beantragen. Die Vergabebedingungen des Netzwerkes waren beim Senat nicht durchsetzbar, im Gegenteil, es begann ein Wettlauf der Projekte zum Senat der gerissenerweise festgelegt hatte, daß Anträge auch unabhängig vom Netzwerk gestellt werden könnten. Als Trost erhielt das Netzwerk eine ABM-Stelle, um Antragsberatung durchführen zu können. Ab Juli '84 wurden nun unter dem Titel "Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen" ein Betriebsverbund (Kneipe, Druckerei, Elektrowerkstatt) mit 50.000 DM, ein Buchladen mit 38.000 DM, eine Fahrradwerkstatt mit 30.000 DM und ein Kino mit 40.000 DM gefördert. Gegen selbstschuldnerische Bürgschaft der Belegschaft erhielten sie Darlehen auf maximal 10 Jahre zu 6% Zinsen, wobei bei vorzeitiger Rückzahlung innerhalb von 6 Jahren das Darlehen zinsfrei bleibt. Ein glücklicher Zufall, daß die entscheidende Sachbearbeiterin des Senats dem Netzwerk ideologisch nahesteht.

Im Ergebnis hat eine linke SPD-Fraktion unter strikter Einhaltung von Wirtschaftsförderungsrichtlinien politisch werbewirksam selbstverwaltete Betriebe gefördert und dem Netzwerk nur die Ehre überlassen, diese Förderung angeregt zu haben, ohne bestimmenden Einfluß zu erhalten. Die Förderung hält sich in Größenordnungen, die den Namen "Beschäftigungsinitiativen" verdient. Selbstverwaltete Betriebe sollen nicht wirklich konkurrenzfähig zur mittelständischen Wirtschaft werden, sondern die Arbeitslosenhilfe entlasten. Da ein Arbeitsloser nach Olav Sund im Jahr 24.000 DM kostet, kommt der Staat bei dieser Art Förderung wirklich billig weg. Bezeichnenderweise ressortiert die ganze Förderung beim Sozial- und nicht beim Wirtschaftssenat.

Trotz solcher Perspektiven der Staatsknete konnte sich auf der Tagung kaum jemand für das Projekt Ökobank erwärmen. Die Querelen des letzten halben Jahres um Dezentralität waren zu recht kaum noch jemand zu vermitteln. Wichtiger war jedoch

der Eindruck, daß, angeregt durch das Ökobankprojekt, allerorten sich lokale Finanzierungsgrüppchen auf die Socken machen und ihre "Privatbank" durch Eigenkapitalsammlung organisieren wollen, und wenn das nicht klappt, soll das gesammelte Geld der Ökobank angeboten werden mit der Gegenforderung, plötzlich als regionale und alleinbestimmende Ökobankinitiative anerkannt zu werden. Besonders in Süddeutschland (Franken und München) spuken solch kühne Pläne durch die Köpfe der hoffnungsvollen Betriebsberater. Wieder einmal wurde deutlich, daß von den Projekten und Betrieben wenig materielle und ideelle Unterstützung des Ökoproyektes zu erwarten ist. Schade, aber die Ökobank wird sich nach einem anderen Unterstützerkreis umsehen müssen und ihn hoffentlich bei den Leuten finden, die nicht nur ihren Kleinstbetrieb am Laufen halten, sondern eine machtvolle Gegenökonomie ins Leben rufen wollen..

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 3/4)

Kollektivbetriebe und soziale Absicherung

Wenn im folgenden von Kollektivbetrieben die Rede ist, so werden hierunter die Betriebe gefaßt, die von ihrem Selbstverständnis sowie ihren Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen her selbstverwaltet arbeiten. Die gewählte Rechtsform ist hier uninteressant, da sie steuerrechtliche, haftungsrechtliche oder auch versicherungsrechtliche Ursachen hat.

Zu den Problembereichen dieser Betriebe gehören nicht nur die Finanzierung, Gesellschaftsform, bzw. -vertrag, usw..., sondern genauso die soziale Absicherung bei Krankheit, Unfall, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge.

Von Harald Deerberg, Bremen - Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß der Bereich der sozialen Absicherung ziemlich im Argen liegt. Bestimmte Vorsorgebereiche sind schlecht oder sogar gar nicht abgesichert.

Dieses ist aber nicht nur ein Problem der Kollektivbetriebe, sondern ein Problem des "Kleinunternehmertums" überhaupt. Die soziale Absicherung kostet Geld, dieses aber ist, insbesondere in diesen Betrieben, durchweg knapp, so daß vielfach nur eine Mindestabsicherung erfolgt oder nach anderen Möglichkeiten gesucht wird.

In der Regel wird das naheliegendste abgesichert, was jeder in der Vergangenheit mehr oder weniger schon erlebt hat, nämlich der Krankheitsfall. Alles andere kommt erst in zweiter Linie und wird oft vor sich hingeschoben, weil bisher nicht selbst erfahren oder auch nicht akut sichtbar, wie da sind die Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, der Unfall und die Altersvorsorge. Letzteres spielt die geringste Rolle. Daß die Altersversorgung an letzter Stelle liegt, hat meist wohl weniger finanzielle Ursachen. Abgesehen davon, daß manche aufgrund der politischen Lage (Kriegsgefahr) ein Erreichen des Rentenalters überhaupt anzweifeln, ist das Rentenalter in aller Regel noch soweit weg, daß man sich hierüber auch später noch Gedanken machen kann.

Hinzu kommt, daß im Bereich des Kleinunternehmertums die Altersvorsorge im Wesentlichen mit der Bildung von Vermögen verbunden ist. Dieser Gedanke ist natürlich vielen ein Greuel, insbesondere bei denen, die idealistisch an der Schaffung und Erhaltung eines eigenen, selbstverwalteten Arbeitsplatzes herangegangen sind und nicht vor Augen hatten, Vermögen zu bilden.

Letztlich spielt im gesamten Versicherungswesen der Punkt "Staatskritik" noch eine Rolle. Geld an die Sozialversicherungskassen zu zahlen, heißt, "dem Staat" Geld zu geben. Geld an private Versicherungskassen zu zahlen, bedeutet, mit den größten Kapitalgeber des Staates zu finanzieren. Ohne an dieser Stelle inhaltlich darauf einzugehen, geht es nur darum, den Widerspruch aufzuzeigen, den viele darin sehen: auf der einen Seite Staatskritik und auf der anderen Seite ein wie auch immer finanziertes, mit dem Staat verbundenes Versicherungswesen.

Verzicht auf Absicherung oder schlechte Absicherung haben zur Folge, daß Kollektivmitglieder dabei auf der Strecke bleiben. Folglich wird auch nach Alternativen gesucht und nicht nur in Richtung Umgehung von Zwangsversicherungen, wie z.B. die Pflichtversicherungen bei Hausgewerbetreibenden, die Versicherungspflicht bei den Berufsgenossenschaften oder die Versicherungspflicht von Arbeitern und Angestellten, wobei letztere durch die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung begrenzt ist. Dieses hat zur Folge, daß Gesellschaftsform, Gesellschaftsvertrag, Finanzierung und soziale Absicherung miteinander verknüpft sind.

Krankenversicherung

Aktueller Stand

Der in erster Linie abgesicherte Bereich ist der Bereich der Krankenversicherung. Nun bieten sich bislang zwei Alternativen an, nämlich einerseits die gesetzliche Krankenversicherung und andererseits die private Krankenversicherung, wobei an beide bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.

Aus haftungsrechtlichen Gründen wird, wenn das notwendige Haftungskapital von 50.000 DM gezeichnet werden kann, die GmbH als Gesellschaftsform gewählt. In aller Regel sind dann die Kollektivmitglieder Beschäftigte der GmbH. Wird die Grenze der geringfügigen Beschäftigung von 390 DM im Monat überschritten, dann bedeutet das, daß neben einer Belastung für die gesetzliche Krankenversicherung, die je nach Kasse zwischen 10,4 und 13% liegt, noch zusätzlich 18,5% Rentenversicherung und 4,6% Arbeitslosenversicherung derzeit zu zahlen sind. Mit anderen Worten, unterstellt man bei der Krankenversicherung einen Mittelwert von 12%, beläuft sich für das Kollektiv ohne Steuern die Belastung auf insgesamt 35,1% oder 351 DM auf 1.000 DM Lohnsumme.

Das ist für diese Betriebe, die in aller Regel unter chronischer Kapitalknappheit leiden und meist weit unter dem allgemeinen üblichen Einkommensniveau liegen, nur schwer oder gar nicht mehr tragbar.

Haben die Kollektivmitglieder den Status eines Selbständigen, was ja auch bei der GmbH möglich ist, dann muß sich jeder selbst versichern. Für das Kollektiv sinken die Kosten, hingegen steigt der Bilanzgewinn.

Das hängt damit zusammen, daß die Lohnkosten von Beschäftigten in die Gewinn- und Verlustrechnung eingehen, den Gewinn also mindern. Selbständige, die nicht Angestellte sind, können zwar monatlich Geld aus der Firma ziehen, diese jedoch nicht als Personalkosten buchen, sondern als Vorwegentnahme von zu erwartendem Gewinn. Im Rahmen der Einkommenssteuererklärung können diese Kosten steuerlich abgesetzt werden.

Auch für den Einzelnen tauchen Probleme auf. Zum einen kann er sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichern. Er zahlt damit zwar auch wieder die 10,4% bis 13%, spart hingegen, sofern er nicht Handwerksmeister ist und dem Handwerkerversicherungsgesetz unterliegt, die 18,5% Rentenversicherung sowie die 4,6% Arbeitslosenversicherung.

Auch bei der freiwilligen Versicherung gilt der Grundsatz, daß die Einkommenshöhe für den Beitrag entscheidend ist. D.h., der Selbständige muß sein voraussichtliches Einkommen angeben und zahlt hierauf zwischen 10,4 und 13%. Da die Kassen von den branchenüblichen Einkommensverhältnissen ausgehen und dazu noch unterschiedlich, gibt es keine festen Beiträge. Der Monatsbeitrag kann 160 DM betragen, genauso aber auch 220 DM oder 450 DM.

Die zweite Möglichkeit ist die private Krankenversicherung. Der Beitrag der privaten Krankenversicherung richtet sich entgegen der gesetzlichen nicht nach dem Einkommen, sondern nach dem Eintrittsalter, Geschlecht, der Risikoeinschätzung aufgrund von früheren und vorhandenen Erkrankungen, und den vereinbarten Leistungen.

Durch die Möglichkeit, die Leistungen frei vereinbaren zu können, insbesondere durch eine Selbstbeteiligung an den Kosten im ambulanten Bereich, läßt sich so der Beitrag zur privaten Krankenversicherung nicht unwesentlich gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung senken.

So zahlt beispielsweise ein 29-jähriger mit einer Selbstbeteiligung im ambulanten Bereich von jährlich 900 DM, vereinbarten Regelleistungen im stationären Bereich, sowie Zahnbehandlung 100% Ersatz, Zahnersatz 80% in der privaten Krankenversicherung nur 100 bis 120 DM. Die Ersparnis beträgt optisch erst einmal 50% und mehr. Damit sind zwar die Kosten für Behandlung, Medikamente, Heilmittel, Operationen etc. minimal abgesichert, jedoch muß fairerweise die Selbstbeteiligung in diesem Fall auf das Jahr umgelegt werden, so daß effektiv maximal 200 DM aufzuwenden sind. Bleibt am Jahresende etwas über, dadurch, daß der Betreffende die 900 DM Selbstbeteiligung nicht ausgeschöpft hat, ist die Ersparnis entsprechend höher.

Die Selbstbeteiligung senkt zwar die laufenden Kosten und ansonsten sind die großen finanziellen Risiken (Operation, Zahnersatz) abgesichert, jedoch kann die Selbstbeteiligung dazu führen, daß der Betreffende weniger zum Arzt geht oder auf Medikamente verzichtet, einfach um Geld zu sparen, was gesundheitsbelastende Spätfolgen nach sich ziehen kann. Ein weiterer für das Kollektiv wichtiger Punkt ist

die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ist das Kollektivmitglied angestellt, dann unterliegt es der Versicherungspflicht und erhält ab der 7. Woche Krankengeld von der gesetzlichen Krankenkasse.

Derjenige, der sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichert, der muß die Krankengeldleistung extra vereinbaren, ebenso wie der privat Versicherte über eine Krankentagegeldversicherung. In der gesetzlichen Krankenkasse erfolgen die Leistungen aber meist ab der 4. oder 5. Woche, in der privaten Krankenversicherung können sie auch früher vereinbart werden. Damit aber die ganze Sache noch finanzierbar bleibt, wird die private Krankentagegeldversicherung ebenfalls erst ab der 5. oder 7. Woche beginnen können. Eine Krankentagegeldversicherung ab der 7. Woche, mit welcher 1.500 DM im Monat abgesichert werden sollen, kostet, um bei dem Beispiel des 29jährigen zu bleiben, nochmals rund 11 DM im Monat.

Für das einzelne Kollektivmitglied werden über die private Krankenversicherung die Kosten gesenkt, damit auch die Belastungen für das Kollektiv insgesamt, andererseits gewisse Risikobereiche - Selbstbeteiligung im ambulanten Bereich, Lohnfortzahlung in den ersten 6 Wochen - erst einmal in Kauf genommen, vielleicht insgesamt oder teilweise über das Kollektiv abgesichert.

Für Kleinbetriebe bis 20 gewerbliche Beschäftigte gibt es noch die sogenannte Ausgleichskasse in der gesetzlichen Krankenversicherung. Für einen erhöhten Beitrag zur Krankenversicherung - die Erhöhung trägt der Arbeitgeber - trägt diese Ausgleichskasse bei gewerblichen Pflichtversicherten in den ersten 6 Wochen 80% der Lohnfortzahlung. Diese Form mindert das finanzielle Risiko für das Kollektiv, belastet es aber durch zusätzliche Beiträge.

Probleme ergeben sich, wenn ein Kollektivmitglied arbeitslos wird. War es pflichtversichert, so hat es - vorausgesetzt die Mindestbeschäftigungszeit ist erfüllt - Anspruch auf Arbeitslosengeld und ist pflichtversichert über das Arbeitsamt. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld dürfte, bedingt durch die vorherrschende geringe Einkommenshöhe, nicht hoch sein.

Freiwillig und privat Versicherte erhalten kein Arbeitslosengeld, bzw. keine Arbeitslosenhilfe - der Tatbestand, daß noch Ansprüche bestehen, dürfte kaum vorkommen -, sind folglich auch nicht pflichtversichert. Der freiwillig Versicherte kann seinen Beitrag auf den Erwerbslosentarif senken. Auch hier gilt das Prinzip der Relation von Beitrag und Einkommen.

Die Krankenkasse kann Einkommensnachweise verlangen. Wann sie das machen wird, wird unterschiedlich gehandhabt. Das kann bereits noch zwei oder drei Monaten sein, genauso nach einem Jahr.

Der privat Versicherte wird kaum erreichen, daß sein Beitrag gesenkt wird. Auch er kann im Falle der Arbeitslosigkeit seine Mitgliedschaft nur kündigen oder den hohen Beitrag in Kauf nehmen. Ansonsten bleibt nur noch die Möglichkeit, ebenfalls zum Sozialamt zu gehen oder anderweitig einen Zustand herzustellen, über den er wieder

versicherungspflichtig wird.

Ein weiteres Problem in der privaten Krankenversicherung kann auftauchen, wenn die Ehefrau oder der Ehemann und Kinder mitversichert sind.

(...) die den einzelnen oder das Kollektiv wenig belasten, werden die damit zusammenhängenden Probleme durchaus in Kauf genommen. So ist eine Variante die Immatrikulation an einer Universität. Derjenige wird versicherungspflichtig und kann sich in der gesetzlichen Krankenversicherung für rund 55 DM versichern. So lange der/die Betreffende nicht über den Rahmen der geringfügigen Beschäftigung hinzuverdient, ergeben sich auch keine Probleme. Handelt es sich aber um einen Selbständigen, der überwiegend sein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bezieht, so muß er sich freiwillig oder privat versichern.

Kommt die Krankenkasse dahinter, daß die studentische Krankenversicherung nur vorgeschoben ist und ein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bezogen wird, so kann sich diese Variante als unangenehm und teuer erweisen.

Die zweite Variante ist die Anstellung des Kollektivmitgliedes. In diesem Fall wird ein Einkommen bezahlt, welches über dem zulässigen Einkommen der geringfügigen Beschäftigung liegt und für welches keine Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen sind, aber maximal 10% der gesetzlichen Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt, in diesem Jahr folglich 520 DM. Das Kollektivmitglied hat nur die Steuern zu zahlen, der Arbeitgeber, das Kollektiv, trägt die Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 35,1%, also rd. 120 DM. Das hierin liegende Problem ist lediglich, daß von 520 DM abzüglich Steuern keiner leben kann, zwangsläufig noch anderweitig Einkommen bezogen werden muß.

Berufs- und Erwerbsunfähigkeit

Die Tatsache, durch Unfall oder Krankheit berufs- oder erwerbsunfähig zu werden, wird oft weit von sich geschoben. Von daher spielt dieser Bereich der Absicherung in Kollektivbetrieben oft eine untergeordnete Rolle. Hinzu kommt, daß eine vernünftige Absicherung, die einem die Erhaltung des Lebensstandards ermöglicht, nicht wenig Geld kostet, was beim geringen Einkommen der Kollektive ziemlich zu Buche schlägt.

Versicherungspflichtige Beschäftigte in Kollektiven sind über die gesetzliche Rentenversicherung gegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit versichert, sofern sie die Wartezeit und Voraussetzung erfüllen, in den letzten fünf Jahren (60 Kalendermonate) mindestens 36 Pflichtbeiträge geleistet zu haben. Die Voraussetzung ist, schaut man sich die soziale Zusammensetzung der Kollektive an, sehr oft überhaupt nicht gegeben. Viele Kollektivmitglieder haben nie in die Rentenversicherung einbezahlt. Da die Leistungen auch von der Höhe der geleisteten Beiträge abhängen, wird auch der verbleibende Rest kaum mit nennenswerten Leistungen zu rechnen haben. Hier kommen verschiedene Faktoren zusammen:

- Versicherungspflichtige Kollektivmitglieder erhalten i.d.R. ein geringes Einkommen, so daß die Beiträge an die BfA/LVA verhältnismäßig niedrig sind, folglich auch die Leistungen.
Die Kollektivbetriebe sind überwiegend noch nicht sehr alt. Selbst wenn in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wurde, dann ist die Zahl der Beitragsjahre noch sehr niedrig, auch wenn Jahre vor dem Einstieg in das Kollektiv mit angerechnet werden.

Die wenigsten Kollektivmitglieder erfüllen erstens die Zahl der Beitragsjahre, die notwendig sind, eine höhere Rente zu bekommen, und zweitens werden nur wenige die im Beispiel angenommene Einkommensgrenze erreichen. Selbst bei den abhängig Beschäftigten lagen am 1.1.1982 89,2% aller gezahlten Berufsunfähigkeitsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung unter 900 DM. Es scheint von daher nicht sinnvoll, daß Kollektive ihre Mitglieder per Arbeitsverhältnis zwangsversichern oder anraten, sich freiwillig zu versichern und hierfür 18,5% ihres Einkommens abzuführen. Es bleibt nichts anderes übrig, als den Weg der privaten Absicherung zu gehen, zumal aufgrund der Änderung der Sozialgesetzgebung zum 1.1.1984 auch alle die Ansprüche auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung verloren gehen, die in den letzten zwei Jahren keine Beiträge mehr abgeführt haben, bzw. die in den letzten 60 Kalendermonaten die notwendigen 36 Pflichtbeiträge nicht aufgebracht haben. Handwerksmeister in Kollektiven können es sich allerdings nicht aussuchen, ob sie sich freiwillig privat versichern oder in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Eine Umgehung ist nur dann möglich, wenn sie die Rechtsform einer GmbH wählen, denn eine juristische Person kann nicht zwangsversichert werden. Die GmbH-Gründung setzt aber wiederum das notwendige Haftungskapital voraus, woran viele Kollektive scheitern.

Eine Alternative zur Umgehung dieser Regelung ist die Anstellung eines Meisters mit einem Einkommen von unter 520 DM (10% der Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung).

Die private Absicherung ist individuell regelbar und auch optimaler und zudem preiswerter. Der Vorteil einer Unfallversicherung ist, dass sie bereits bei einem Invaliditätsgrad unter 50 % zahlt. Die Summe muß jedoch so hoch gewählt werden, daß man über die Verzinsung der erhaltenen Kapitalsumme eine Unterhaltsbezuschussung sichert, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Zinserträge versteuert werden müssen. Der Nachteil der Unfallversicherung besteht darin, dass sie nicht bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit zahlt. Hierzu ist der Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung notwendig, die wiederum üblicherweise erst ab 50% Berufsunfähigkeit zahlt.

Die Belastung, die monatlich auf das Kollektivmitglied zukommt, sieht wie folgt aus:

Monatliches Einkommen 2.900 DM, 28 Jahre alt:

- a) Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung 536,50 DM

b) Beitrag zur privaten Berufsunfähigkeitsversicherung 45 DM.
Leistung ab dem ersten Tag bei Berufsunfähigkeit monatlich
1.200 DM.

Bei erhöhten Risiken, wie z.B. Tischlern, Dachdeckern, etc. kann der Beitrag höher liegen, jedoch zeigt das Preis/Leistungsverhältnis eine absolute Schlechterstellung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bei einer zusätzlichen Absicherung durch eine Unfallversicherung mit einer Versicherungssumme von 400.000 DM würde die Belastung etwa um 35 bis 40 DM monatlich steigen.

Altersvorsorge

Das Problem wurde bereits in der Einleitung angesprochen. Angestellte und Arbeiter sind pflichtversichert. Angestellte solange, als sie die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 5.200 DM nicht überschreiten. Dies fällt bei Kollektivbetrieben wohl flach. Als Selbständiger kann ich mich freiwillig versichern. In der gesetzlichen Rentenversicherung ist das Problem Altersvorsorge, sprich Rente, ebenso gelagert, wie das Problem Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente.

Bei den in Kollektiven vorherrschenden Einkommensverhältnissen wird keine akzeptable Rente erworben.

Die Kollektive stehen damit, wie jeder Kleinunternehmer, vor dem Dilemma – sofern sie sich bereits Sorgen um ihre Absicherung im Alter machen – dass sie Vermögen bilden müssen, d.h. entweder durch eine private Rentenversicherung (nicht Lebensversicherung!), Haus- und Grundbesitz oder andere Anlageformen.

Hierfür fehlt aber wiederum das Geld, womit die Frage der Alterssicherung erneut offen bleibt.

Gibt es Alternativen zum bestehenden System?

Bislang nicht, weil es auch kein "alternatives Versicherungssystem" gibt. Allerdings ist es sicherlich an der Zeit, über gangbare Wege einmal nachzudenken, was aber auch mit einem Überdenken der Qualität des bisherigen Versicherungssystems verbunden wäre.

Ein "alternatives Versicherungssystem" in der Personenversicherung erfordert langsam gewachsene Solidargemeinschaften, also Strukturen, die bislang noch nicht vorhanden sind, ebenso wie ein anderes Bewußtsein in puncto Versicherungen. Hierzu gehört ein anderes Umgehen mit der Gesundheit, genauso wie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz. Letztlich erfordert es auch eine Organisation und Verwaltung, die nicht so einfach aus dem Boden zu stampfen ist, sondern, die Ergebnis konkreter Bedürfnisse und verschiedenster Erfahrungen sein muß.

Dennoch muß nicht alles so akzeptiert werden, wie es angeboten wird. Um das bestehende Versicherungssystem kommen wir momentan noch nicht umhin. Trotzdem kann es aber Ansätze geben, wenn auch eine qualitative Verbesserung kaum möglich sein wird, zumindest in unserem Umgang mit solchen Versicherungen einen bewußten Schritt voranzutun und auch die finanzielle Belastung der Kollektive niedrig zu halten. Dieses wäre auch ein Schritt, Solidargemeinschaften im Kleinen aufzubauen, hier Erfahrungen auszutauschen, zu lernen und ein eigenes Versicherungssystem wachsen zu lassen.

Dieses soll an einigen Beispielen konkretisiert werden, die für die meisten Kollektive umsetzbar sind.

Im Bereich der privaten Krankenversicherung besteht für die Kollektive die Möglichkeit, Gruppenverträge auszuhandeln.

Insbesondere geht es doch darum, das unkalkulierbare finanzielle Risiko abzusichern. Hierunter fallen z.B. die stationäre Behandlung, lange Krankheit und Zahnersatz.

Das kalkulierbare finanzielle Risiko ist bereits durch das Kollektiv absicherbar. Wie bereits eingangs ausgeführt, sind die Leistungen frei (entsprechend den Tarifen) aushandelbar. Wird für den ambulanten Bereich (Arztbehandlung, Medikamente etc.) ein Selbstbehalt abgeschlossen (z.B. 1.000 oder 1.500 DM im Jahr), und dieser umgelegt auf das Kollektiv, so kann hier eine eigene Risikokasse gebildet werden. Ob es nun der gesamte Selbstbehalt ist oder nur ein Teil, das ist auszuprobieren. Desgleichen kann bei Zahnbehandlung verfahren werden.

In der Praxis heißt das, daß eine private Krankenversicherung "nur" noch zwischen

100 und 130 DM im Monat kosten kann, jedes Kollektivmitglied noch einmal 50 bis 100 DM monatlich in den Risikotopf packt und aus diesem Topf die Selbstbehalte gedeckt werden. Das ist bereits schon bei einem dreiköpfigen Kollektiv umsetzbar. Hinzu kommt, daß dieser Risikotopf selbst für Zwischenfinanzierungen genutzt werden kann. Das Kollektiv selbst wird hier schon zur kleinen Solidargemeinschaft.

Das gleiche gilt für den Lohnausfall bei Krankheit, der nur über eine Krankentagegeldversicherung absicherbar ist, die ab dem 1. Tag natürlich entsprechend teuer ist.

Per Gesellschaftsvertrag kann eine Lohnfortzahlung für die ersten vier oder 6 Wochen vereinbart werden. Entweder, dieses wird im Krankheitsfall direkt aus den laufenden Einnahmen bestritten oder ebenfalls über einen Risikotopf abgesichert.

Verfahren auf diese Art und Weise mehrere Kollektive, die vielleicht auch in anderen Bereichen zusammenarbeiten, so kann zwischen diesen Kollektiven die Solidargemeinschaft entsprechend erweitert werden. Besteht eine Möglichkeit von vornherein gemeinsam mit einem privaten Krankenversicherer zu verhandeln, dann sind die Voraussetzungen, günstige Angebote zu erhalten, natürlich noch besser. Je größer die Risikogemeinschaft, desto weniger wird der Einzelne in den Risikotopf zahlen müssen.

Eine weitere, denkbare Möglichkeit für größere Kollektive oder Zusammenschlüsse von Kollektiven ist die Zusammenarbeit mit Arztpraxen. Gedacht ist hier an eine Anstellung als „Betriebsärzte“ und die hieraus folgende kostenlose Behandlung und Vorsorge. Ein Teil des in den Risikotopf eingezahlten Betrages wird direkt für die Finanzierung der Ärzte verwendet, der andere Teil dient zur Deckung weiterer Kosten.

Gesetzt der Fall, daß dieses über die Ebene eines Kollektives hinaus, vielleicht auf städtischer Ebene realisierbar wird, dann würde auch ein entsprechender Risikotopf zustandekommen. Neben einer Vertrauensebene untereinander als Voraussetzung, wäre die Verwaltung in diesem Rahmen noch relativ einfach realisierbar. Vielleicht besteht örtlich auch die Möglichkeit, diesen Risikotopf über die Netzwerke zu organisieren, was den Nebeneffekt hätte, daß mittelfristig über diesen Risikotopf auch kleinere Zwischenfinanzierungen für selbstverwaltete Betriebe möglich sind.

An dieser Stelle möchte ich aber noch einmal betonen, daß einher mit solchen kleinen Risikogemeinschaften ein anderes Umgehen mit der Gesundheit gehen muß, worunter ich auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fasse. Nur allzu oft wird im Selbstverwaltungssektor aus verschiedenen Gründen wenig an die Arbeitssicherheit gedacht und die Gefahr, gesundheitliche Schäden zu erleiden, ist oft hier erheblich höher als bei traditionellen Betrieben. Wie in jedem Versicherungssystem geht dieses immer zu Lasten der Gemeinschaft. Gerade dieser Punkt ist für mich auch ein Argument, im Bereich der Unfallversicherung sowie der Versicherung gegen Berufsunfähigkeit den Gedanken an eigene Solidargemeinschaften noch zurückzustellen. Wir sollten erst im kleinen Erfahrungen sammeln und diese

auswerten, bevor wir über die Absicherung solcher Risiken durch eigene Solidargemeinschaften reden. Diese Bereiche erreichen gegebenenfalls finanzielle Dimensionen, die bei der vorhandenen Kapitalausstattung der Betriebe nicht mehr realisierbar erscheinen.

Daher bietet sich im Bereich Unfall/Berufsunfähigkeit nur die Möglichkeit an, als Kollektiv oder als Zusammenschluß (Verband) Gruppenverträge auszuhandeln. Das finanzielle Risiko wird auf die Gesellschaften verlagert, für uns bringt es aber wenigstens eine Absicherung für den Versicherungsfall und eine finanzielle Ersparnis. Es sei denn, man verzichtet auf diese Absicherung, was ich aber für unverantwortlich halte. Trifft es einen aus dem Kollektiv, dann sind wir als Kollektiv trotzdem gefordert. Oder gibt es jemanden, der meint, daß wir diese Menschen dann mit dem Problem alleine lassen können?

Ich hoffe, daß dieser Beitrag zu Diskussionen anregt und würde mich auch über Reaktionen freuen. Ansonsten stehen wir auch als Kollektiv gerne zur Verfügung.

Harald Deerberg c/o Versicherungsvermittlung Iske und Kollegen OHG Postfach 10
07 63, 2800 Bremen

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 5)

Ein ganz normaler Betrieb?

DIE GROSSE AN-MACHE

Einen Kollektivbetrieb zu gründen, ist schon eine Sache für sich. Einen Kollektivbetrieb sozial, politisch und ökonomisch lebendig oder gar lebensfähig zu halten, ist eine ganz andere Sache. Eine wieder ganz andere Sache ist es, einen "ganz normalen Betrieb" in die "ganz normalen Hände" seiner "ganz normalen Belegschaft" überführen zu wollen.

Anno 1982. Die 170 Beschäftigten der Bremer VOITH-WERKE (Stammwerk Heidenheim - Papiermaschinenbau) erfuhren im Oktober definitiv von der bevorstehenden Schließung ihres Bremer Zweigwerkes. Voith-Bremen hat zwar nie Verluste eingefahren, Voith-Heidenheim mußte jedoch reichlich Geld in Neuanlagen investieren, um für zu Bargeld gemachtes Betriebsvermögen nicht die üblichen Steuern bezahlen zu müssen (§6b Einkommenssteuergesetz). Und diese neuen Maschinen müssen in Heidenheim auch laufen... Für das Stammwerk war die Entscheidung eine einfache, hatte Voith-Bremen weder ein eigenes Management, eigenen Einkauf oder gar Vertrieb, noch eine eigene Entwicklungs- oder Forschungsabteilung, war mithin in jeder Beziehung abhängig vom Wohl, Wehe und Wollen Heidenheims.

Die Belegschaft (Durchschnittsalter: 48 Jahre / überdurchschnittliches Einkommen im Metallvergleich) traf diese Entscheidung zwar äußerst hart (über 14% Arbeitslose in Bremen - Werftenkrise), aber nicht völlig unvorbereitet, dank der hervorragenden Arbeit - falsch! Nicht der IG-Metall. Nein, die sucht heute noch nach einem wie-auch-immer-gearteten Verhältnis zu solchen "sozialen Erscheinungen" - des Betriebsrats.

Der Gedanke, den Betrieb zumindest von Teilen der Belegschaft zu übernehmen, gewann an Konturen. Die Belegschaft war zwar gespalten, aber nicht handlungsunfähig. Nach dem Aushandeln eines "akzeptablen" Sozialplans versuchte sie, dem Bremer (SPD-)Senat klarzumachen, daß es ihm letztlich billiger kommt, die Voith-Maschinen zu kaufen, Gelände und Gebäude zu pachten und der auf die Straße gesetzten Belegschaft zur vorerst freien Nutzung zur Verfügung zu stellen, als sie stattdessen als Dauerarbeitslose zu führen und für sie Löhne zu müssen.

Das leuchtete dem Senat schnell ein, zusätzlich richtete er in der Werkshalle noch eine Ausbildungswerkstatt für "benachteiligte Jugendliche" ein - so kann es auch offiziell verkauft werden. Im September 83 gründeten 50 "Voithianer" die AN Arbeitnehmer Maschinenbau- und Umweltschutzanlagen GmbH mit knappen 50.000

Markt Stammeinlage - weitere faire Ein- oder Anlagen sind nach wie vor gefragt.
Seit April 84 ist der Betrieb "Voith-Bremen" geschlossen, AN ist eröffnet.

Im Folgenden der aktuelle Stand:

ENTWICKLUNG DER AN Juni - August 84

Nachdem uns seit Anfang April Teile der früheren Voith-Fabrik und ihre Maschinenparks zur Verfügung stehen, konnte ein umfangreicherer Auftragseingang erst für den Monat Juni verbucht werden. Bekanntlich sind wir momentan noch nicht so weit, daß wir eigene Produkte anbieten können, daher sind alle Aufträge für uns Bearbeitungsaufträge anderer Firmen.

Bei den Gesprächen mit Kunden wie auch mit Lieferanten konnten wir wider Erwarten feststellen, daß uns diese "ganz normalen" Firmen nicht mit Vorurteilen (Belegschaftsbetrieb) begegnen. Allerdings wurde bei Kunden zum Teil deutlich, daß sie zunächst einmal unsere Leistungsfähigkeit testen wollten. Lieferanten, auch große, kamen uns teilweise in der Form entgegen, daß sie uns sehr günstige Rabatte einräumten, die sich an denen, die Voith erhielt, orientierten.

Lagen im Mai die Erlöse, auch Lohnfertigung noch unter 10.000 Mark, so war in den folgenden Monaten eine deutliche Steigerung zu beobachten.

FINANZEN

Für die AN standen bisher rund DM 190.000 zur Verfügung. Davon waren DM 50.000 von der Belegschaft aufgebracht worden und DM 140.000 von unseren Stillen Gesellschaftern und Darlehnsgeber. Von diesem Kapital wurden die Gemeinkosten der ersten beiden Monate, in denen kein nennenswerter Umsatz gemacht wurde, der Kostenüberhang aus Juni und August, das Materiallager mit DM 5.000 und der Kauf eines Schutzgasschweißgerätes für ca. DM 8.000 finanziert. Dementsprechend sind etwa DM 63.000 verbraucht. Auf unseren Konten befinden sich noch rund DM 60.000, dazu kommen Forderungen an Kunden in Höhe von DM 100.000. Mittelfristig sind also noch etwa DM 160.000 des Anfangskapitals verfügbar, denen wiederum die noch offenen Lohnverbindlichkeiten des laufenden Septembers in Höhe von DM 30.000 gegenüberstehen.

Für den September zeichnet sich heute ein kostendeckender Umsatz von ca. DM 80.000 ab.

Langfristig bedeutet die Entwicklung unserer Liquidität den Zwang, bis Ende dieses Jahres mindestens kostendeckend zu arbeiten. Dazu gehört natürlich auch, ausreichend Aufträge hereinzubekommen.

PRODUKTE UND PERSPEKTIVEN

Zeitweilig ist die Entwicklungsarbeit an eigenen Produkten bzw. die Verfolgung von Produktideen und -vorschlägen etwas ins Hintertreffen geraten - die drängenden Probleme der ersten Anlaufphase standen notgedrungen im Vordergrund.

Wind-Energie

Die Lizenzverhandlungen mit der dänischen Firma Wind-Matic sind als gescheitert zu betrachten. Wir konnten die Forderung der Dänen nach DM 170.000 Lizenzgebühren, die unabhängig von etwaigen Umsätzen an sie gezahlt werden sollten, nicht zahlen - und wollten es auch nicht. Inzwischen suchen wir neue Wege der Zusammenarbeit mit den Ingenieur-Firmen UTEC und IBEK, die auch auf dem früheren Voith-Gelände einen Platz gefunden haben, und der Firma Wuseltronick in Berlin. Wuseltronick hat in der Vergangenheit bereits eine kleine und eine mittlere Windenergie-Anlage entwickelt und bereitet jetzt ein 90 kW-Windkraftwerk vor. Wir wollen zusammen mit diesen Firmen versuchen. Fördermöglichkeiten auszuschöpfen und die Umsetzung der Pläne zu realisieren. UTEK, IBEK, Wuseltronick und wir haben begonnen, die Konzeption für eine (hoffentlich von außen finanzierte) Marktstudie zu entwickeln.

Insgesamt ist das natürlich noch nicht befriedigend, wenn wir Minus machen oder gerade eine Kostendeckung erreichen. Wir gehen aber davon aus, für die wirtschaftliche Konsolidierung nicht nur mit einer Frist von fünf Monaten auskommen zu können. Mit Nachdruck wird derzeit darauf hin gearbeitet, in den nächsten Monaten ein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen zu können.

Dafür ist auch dienlich, daß sich unser Kundenkreis langsam stabilisiert. Im Berichtszeitraum haben wir vorwiegend für eine Armaturenfabrik, ein Unternehmen für Bühnen- und Karusselltechnik, ein Kranbauunternehmen und einem Hersteller für Buchbindemaschinen gearbeitet. Die ausgewiesene Kostenunterdeckung ergibt sich ziemlich exakt aus einem "vergeigten" Auftrag eines Energie-Versorgungsunternehmens für unsere Stahlbau-Schlosserei. Es handelte sich hier um einen sehr knapp kalkulierten Auftrag, der schon alleine wegen des Preises fast Panik im Betrieb hervorrief. Daß die Arbeit dann schlecht ausgeführt wurde, liegt wohl zuallererst an unseren ungenügenden Erfahrungen in diesem Fertigungsbereich. Als Konsequenz haben wir beschlossen, bis auf weiteres ähnliche Aufträge nicht anzunehmen.

Die Kosten teilen sich, wie überall, in Gemeinkosten und direkt auf die Aufträge zu verteilenden Kosten auf. Die Gemeinkosten, die im Berichtszeitraum anfielen, lagen bei ungefähr 25.000 Mark monatlich. Im Einzelnen sind darin DM 5.000 Pacht, DM 4.000 Energie- und Heizkostenrücklage, DM 1.000 Telefongebühren, DM 10.000 Gemeinkostenlöhne und DM 5.000 für Büro- und allgemeine Werkstattkosten enthalten. Einsparungsmöglichkeiten sind bei diesen Posten kaum auszumachen.

Die direkt zu verteilenden Kosten setzen sich hauptsächlich aus Fertigungslöhnen und

Materialkosten zusammen. Letztere sind in der Regel ein durchlaufender Posten, den wir an die Kunden weitergeben. Um schneller liefern und, auch günstiger einkaufen zu können, haben wir in den letzten Monaten begonnen, ein kleines Materiallager, das ca. 5.000 Mark bindet, anzulegen.

Nahezu wie richtige Unternehmer stöhnen wir über die Lohnkosten, die für uns den größten Brocken ausmachen. In den ersten Monaten hatten wir mit erheblichen Lohnsteigerungen - bezogen auf die Gesamtsumme - zu kämpfen, weil wir nach und nach von dem zunächst praktizierten Zusatzverdienst zum Arbeitslosengeld auf Festeinstellung übergegangen sind. Im Augenblick haben wir 11 voll besetzte Arbeitsplätze, auf denen die Kollegen regulär entlohnt werden, und 15 Teilzeitplätze, die einen Zusatzverdienst bieten.

Bis Ende Oktober soll die Zahl der fest eingestellten Kollegen auf mehr als 20 ansteigen. Dazu zwei Anmerkungen:

1. aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus (von den menschlichen schweigen wir an dieser Stelle zunächst) ist der Betrieb auf Dauer nur mit einer Belegschaftsstärke von mindestens jenseits der Zahl 20 zu halten, da bei den von uns kaum beeinflussbaren Marktpreisen die anfallenden Gemeinkosten für eine Belegschaft von weniger als 20 Menschen, die produktiv arbeiten, nicht zu erarbeiten sind.

Daher müssen wir gegenwärtig auch immer noch die unbezahlte Arbeitsleistung von Kolleginnen und Kollegen als wichtigen Beitrag zur Kostendeckung ansehen.

2. Weil die Palette der fachlichen Erfahrungen und des beruflichen Könnens der knapp 50 früheren Kolleginnen und Kollegen von Voith nicht mit den Anforderungen der AN übereinstimmt, sind - neben den beiden Geschäftsführern - bereits Facharbeiter von außen eingestellt worden, ohne die einige Aufträge nicht hätten abgewickelt werden können.

Auf die Zukunft gesehen bedeutet dies nichts anderes, als daß mit Sicherheit etwa 20 Personen außerhalb des Kreises der alten Voith-Belegschaft eingestellt werden müssen, bevor alle ehemaligen Kolleg(inn)en von Voith wieder ihren Platz in der AN gefunden haben. Mit Sicherheit ist auch zu erwarten, daß einige von ihnen noch an externen Umschulungsmaßnahmen teilnehmen müssen, wie es auch schon in den letzten Monaten geschehen ist.

Anärobe Vergärung

Für das von unserem technischen Geschäftsführer Werner Westphal in den Betrieb eingebrachte Prinzip der anäroben Vergärung organischer Abfälle wird zur Zeit an dem Konzept einer Versuchsanlage gearbeitet.

Für die weitere Realisierung der Anlage richten wir Förderungsanträge an verschiedene öffentliche Stellen, die dafür Mittel vergeben. Bis zur Anwendungsreife dieser vielversprechenden Produktidee ist mit einer Frist zwischen ein und zwei

Jahren zu rechnen.

Sonstiges

Aus dem Auftrag, für das Quartier verschiedener Bremer Ökologie- und Kulturgruppen, dem Lagerhaus Schildstraße, eine Eingangsverglasung in Stahlbau-Konstruktion herzustellen, die zugleich Lärm dämmen und Energie einsparen soll, hat sich bei uns die Idee entwickelt, eine Art Baukastensystem für Wintergärten und Terrassen zu entwerfen, das später in Zusammenarbeit mit Architekten für die Selbstmontage angeboten werden soll.

Die Gestaltung solches Baukastensystems erfordert im Gegensatz zu maschinenbaulichen Produkten nur eine kurze Vorlaufphase und relativ geringe Eigenmittel. Ein Markt für dieses Produkt beginnt sich gerade zu öffnen.

Der staatlichen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Bonn haben wir mit den Ing.-Firmen UTEC und IBEK unsere Leistungen als Maschinenbau-Unternehmen angeboten, nachdem bereits vor längerer Zeit die ersten Fäden zur GTZ geknüpft worden waren. Die Mühlen dort mahlen bekanntlich langsam - ein Ergebnis unserer Bemühungen steht noch aus.

Noch in diesem Jahr soll bei uns im Betrieb ein Arbeitstreffen zur Problematik des Vertriebs von Investitionsgütern des Öko-Bereichs stattfinden. Eingeladen werden von uns Ingenieure, Ökologie-Gruppen, Kommunal- und andere Politiker, sonstige "Multiplikatoren". Angestrebt wird von uns, eine Form von Kooperation herzustellen, die politisch und ökologisch wünschenswerte Produkte durchsetzt und absetzt.

SELBSTVERWALTUNG

Selbstverwaltung, das haben wir inzwischen recht eindringlich erfahren können, ist nicht, das sich einmal beschließen und dann nach Programm abspulen läßt.

Selbstverwaltung ist ein unglaublich komplizierter Prozeß, der von verschiedensten Faktoren beeinflußt und aus der einmal gedachten Richtung gedrängt wird, um dann eine neue einzuschlagen oder zur alten zurückzufinden.

Gegenwärtig stellt sich das Vorhaben "Selbstverwaltung" der Belegschaft weniger als neue Chance, denn als zusätzliche Belastung und zum Teil auch als permanente Überforderung dar. Bis in den. September hinein sah Selbstverwaltung so aus, daß alle Belegschaftsmitglieder gleichberechtigt bei allen Fragen der Firma entscheiden konnten und sollten. Dieses Verfahren haben wir mittlerweile grundsätzlich in Frage gestellt, weil die Qualität der Entscheidungen oft mangelhaft war, denn die Kompetenz für alle nur denkbaren Probleme zu erwarten, ist reichlich idealistisch.

Für absehbare Zeit, so ist der augenblickliche Diskussionsstand, wird die Einrichtung eines aus fünf oder sechs Leuten bestehenden Ausschusses vorgeschlagen, der der Gesamtbelegschaft und der Geschäftsführung wirklich entscheidungsreife

Vorschläge macht, die dann auch umgesetzt werden können.

Anders, als die Kolleginnen und Kollegen es bisher gewohnt waren, gibt es bei der AN gegenwärtig keine Sicherheiten, auf die sich jede/r stützen kann. Um ein minimales Gerüst zu schaffen, haben wir begonnen, über eine verbindliche Regelung der Arbeitsbedingungen zu diskutieren. Mehrheitlich wird von der Belegschaft die Ansicht vertreten, sie in der Form eines Haustarifvertrages mit der IG Metall festzuschreiben. Auf die Verhandlungen darüber darf man/frau gespannt sein, weil wir und plötzlich ganz klar als Unternehmer und Arbeitnehmer selbst gegenüberstehen, und auch die IG Metall mit solchen Tarifverträgen wohl kaum Erfahrungen hat.

Positiv hat sich in den vergangenen Monaten das Verantwortungsbewußtsein des größten Teils der Belegschaft entwickelt. Damit einher geht eine Erhöhung des Selbstbewußtseins, die sich in einer äußerst aktiven Teilnahme an den wöchentlich stattfindenden Belegschaftsversammlungen widerspiegelt.

Hinderlich wirkt das immer noch sehr stark vorhandene und über Jahrzehnte gewachsene Lohnarbeiterbewußtsein der meisten Kolleg(inn)en, dessen konkreter Ausdruck vielfach Passivität und Anspruchsdenken sind.

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 6)

Forschung mit oder über Frauen?

In folgendem Artikel beschreibt Wilma Mohr die Schwierigkeiten, die sie als Feministin mit dem "Objekt-Verhältnis" bei Untersuchungen hat, die die herkömmlichen Forschungsmethoden sich bringen. Neben dem Forschungsinteresse war es ihr wichtig, die Frauen nicht als "Rohmaterial" für sich zu benutzen, sondern eine Arbeitsmethode mit den Frauen zu entwickeln, von der die Gruppe auch etwas hat: es entsteht ein Buch.

Seit einem Jahr arbeite ich mit einer Gruppe von Frauen aus alternativselbstverwalteten Betrieben zusammen. Die Idee entstand auf der Projektmesse 1983.



Fragebogenbesprechung in der ASH-Kreismühle

Das Bedürfnis unter den Frauen, ihre Erfahrungen, die sie als FRAUEN in den Projekten machen, gemeinsam aufzuarbeiten und ihre Erfahrungen auszutauschen, war groß. Mein Interesse an ihren Erfahrungen wiederum resultierte aus meiner beruflichen und frauenpolitischen Arbeit. Als Hochschulassistentin will ich neben der Lehre auch meine Forschungsarbeiten am Interesse von Frauen ausrichten. Mein Thema ist der Zugang, den Frauen zur Arbeit haben und das Politikverständnis von Frauen. Gerade in einer Situation knapper werdender Arbeitsplätze und einer politischen Ideologie des "zurück an den Herd" interessiert mich, WIE FRAUEN

damit umgehen, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitssituation von Frauen in Alternativbetrieben. Die Durchsicht der Literatur zum Thema Alternativbewegung und -ökonomie zeigt aber, daß die Frauen dort nur am Rande oder gar nicht vorkommen. Die Bücher sind fast ausschließlich von Männern gemacht. Es galt also, eigene empirische Untersuchungen zu dem Thema durchzuführen, um Genaueres zu erfahren. Es sollte ein Projekt werden, in dem die Frauen selbst zu Wort kommen.

Projekte und Betriebe, die sich der Alternativbewegung zurechnen, haben immerhin den Anspruch, ohne Hierarchien arbeiten und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufheben zu wollen. Wie sieht die Realität aus? Können Frauen in Bereichen mit diesem emanzipatorischen Anspruch ihre Interessen besser wahrnehmen und durchsetzen als anderswo in der Gesellschaft? Gibt es diesen Anspruch eigentlich noch, oder setzen sich auch in diesen Projekten ökonomische Zwänge und patriarchalische Strukturen (blind?) durch?

Es geht mir jedoch nicht allein darum, ganz allgemein eine "Forschungslücke" zu schließen, sondern Wissenschaft im Interesse von Frauen zu betreiben, aber dies klingt einfacher, als es tatsächlich immer noch ist, und so sind zunächst zwei Probleme zu lösen:

1. Wer definiert denn, was "Fraueninteressen" sind?

Es gilt immer noch, daß frau in der traditionellen Forschungspraxis geradezu daran gehindert wird, dieser Frage genauer nachzugehen. In einem Projekt zur "Humanisierung der Arbeit" wurde mir nicht nur von den Arbeitgebern, sondern vom eigenen Projektteam verboten, über den exakt festgelegten betrieblichen Rahmen hinaus mit den Arbeiterinnen Kontakt aufzunehmen. Wissenschaftliche Neutralität sollte bewahrt werden! Eine absurde Situation, war doch das Ziel des Projekts, zu erforschen, unter welchen Bedingungen eine "Humanisierung der Arbeit" auch für Arbeitnehmer/innen möglich ist.

2. Wie kann wissenschaftlich gewonnene Erkenntnis zurückfließen an die, die ihre Erfahrung und ihr Wissen für die Forschung zur Verfügung gestellt haben?

Entscheidend für mein Vorgehen waren zum einen meine Forschungserfahrungen in eher traditionellen Projekten empirischer Sozialforschung, Erfahrungen begrenzter Möglichkeiten, über die ich hinausgehen wollte. Zum anderen habe ich auch meine eigenen Erfahrungen in der autonomen Frauenbewegung gemacht und befinde mich in der Universität mitten in der Auseinandersetzung um die Frage, ob es eine feministische Wissenschaft gibt. Das Leben der anderen ("fremden") Frauen kennen und verstehen lernen, es ernst nehmen, selbst wenn es meinen Vorstellungen von Leben und Emanzipation nicht entspricht. Betroffenheit zulassen, aber Distanz bewahren, Parteilichkeit nicht mit Identifikationen zu verwechseln, d.h. nicht blind für Frauen Partei ergreifen, sondern mir meine Kritikfähigkeit bewahren, auch kritisieren.

Ich verleugne nicht, daß es immer ein "Gefälle" zwischen Forscherin und Befragten

geben wird und sehe das Subjekt-Objekt-Verhältnis im Forschungsprozeß. Dies im Auge zu behalten und nicht traditionell damit umzugehen, hat methodische Konsequenzen für die Forschungsarbeit: Die Umsetzung kann nur in einem längerfristigen ForschungsPROZESS erfolgen, in dem sich das beidseitige Interesse herauskristallisiert oder auch nicht. Das wird der Weg, der Prozeß zeigen!

Wie kann man diese Ansprüche umsetzen? - Anhand, des Verlaufs der Gruppenarbeit vom letzten Jahr will ich einige Probleme skizzieren.

Ich berichtete den Frauen auf der Projektmesse 1983 von meinem Plan und schlug vor, an ihren Gruppengesprächen teilzunehmen, und diese zu dokumentieren. Ich wollte sehen, ob sich mein Untersuchungsinteresse mit ihrem Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch verbinden ließ. In einer längeren Phase für sich, klärten die Frauen, wie sie sich eine Gruppenarbeit vorstellen, und ich hatte Rede und Antwort zu stehen, bezüglich meiner Interessen. So wurde die Befürchtung geäußert, daß ich die Gruppe mit meinem Forschungsinteresse dominieren könnte, oder daß nur Ergebnisse für "Schublade und Papierkorb" produziert werden könnten. Wir verabredeten: "Gruppenprozesse sind immer wichtiger als Forschung" und "Die Forschungsergebnisse werden der Gruppe vorgelegt".

Im Interesse der Gruppe und meiner Forschungsfragestellung (die Situation der Frauen in den Projekten so genau wie möglich zu erfassen), bin ich mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Nur: Was geschieht, wenn es gruppensdynamische Prozesse gibt, die es angemessen erscheinen lassen, mich aufgrund meines Forscherinnenstatus nicht mehr zur Gruppe zuzulassen? Oder: Wenn ich zwar forschen darf, aber die Resultate als so brisant angesehen werden, daß sie in KEINER Form veröffentlicht werden sollen? Kann ich damit rechnen, daß die Frauengruppe auch meine Interessen an Veröffentlichung - eine wichtige Voraussetzung für meine Qualifikation als Wissenschaftlerin - akzeptiert und unterstützt? Können wir, sobald es darüber Konflikte gibt, diese so austragen oder bedeutet das den Abbruch des Projekts?

Die Möglichkeiten des Scheiterns sind vielfältig. Zunächst aber ließen sich unsere Interessen vereinbaren, denn das wichtigste Ergebnis der ersten Phase war wohl, daß beschlossen wurde, nicht in der "Selbsterfahrungsrunde" stehen zu bleiben, sondern die Erfahrungen systematisch auszuwerten, und auch weiterzugeben. Eine politische Aktion zur "Vernetzung" von Fraueninteressen ist also das längerfristige Ziel der Gruppe. Der Plan entstand: Wir machen ein Frauenbuch! Und eine Materialgrundlage (neben vielen anderen) sollten die Interviews mit Frauen aus alternativen Projekten sein. Auch in technischer Hinsicht soll das Buch von Frauen hergestellt werden. Schließlich können Frauen aus der Gruppe und ihrem Umkreis: setzen, drucken, verkaufen... Wir begannen mit einer Stichwortsammlung für einen Fragebogen, ich systematisierte und formulierte die Fragen, die dann in der Gruppe diskutiert wurden und zwar anhand des jeweiligen in den Projekten und an der Universität. Ein Prozeß, in dem ihre Erfahrungen aus den Projekten und meine wissenschaftliche Kompetenz zusammenfließen konnten.

Über unsere Arbeitsweise wurde nicht weiter diskutiert, wir trafen uns 14-tägig und es war einfach, dass wir z.B. essen gingen, wenn wir von unserer alltäglichen Arbeit im Projekt oder der Universität zu erschöpft waren, um uns noch zu konzentrieren. Nichts also von einem stringenten, an "Sachnotwendigkeiten" orientierten Forschungsprozeß, aber wichtiger für mich: "DIE ZEITEN DER FRAUEN SIND DIE ZEITEN, DIE DIE FRAUEN SICH GEBEN" (eine Parole aus der italienischen Frauenbewegung).

Durch die Planung für die Projektemesse 1984 entstand ein Handlungsdruck. Die Gruppe wollte handeln, politisch was in Bewegung setzen mit Hilfe unseres gemeinsamen Produkts "Fragebogen". Ich hatte ziemlich Skrupel, schon mit dem Fragebogen zu arbeiten: fand das Konzept noch nicht ausgereift, die Fragen noch nicht präzise, usw. ...

Wir entschlossen uns zu einer Kurzfassung, die eine wichtige Voraussetzung erfüllte: sie mußte sich während der Projektemesse schon auswerten lassen, damit die Forschungsergebnisse schnell "zurück fließen" können. Die Auswertung übernahmen zwei Studentinnen, und anhand der Fragebogenergebnisse wurde in der Gruppe eine gemeinsame Interpretation erarbeitet.

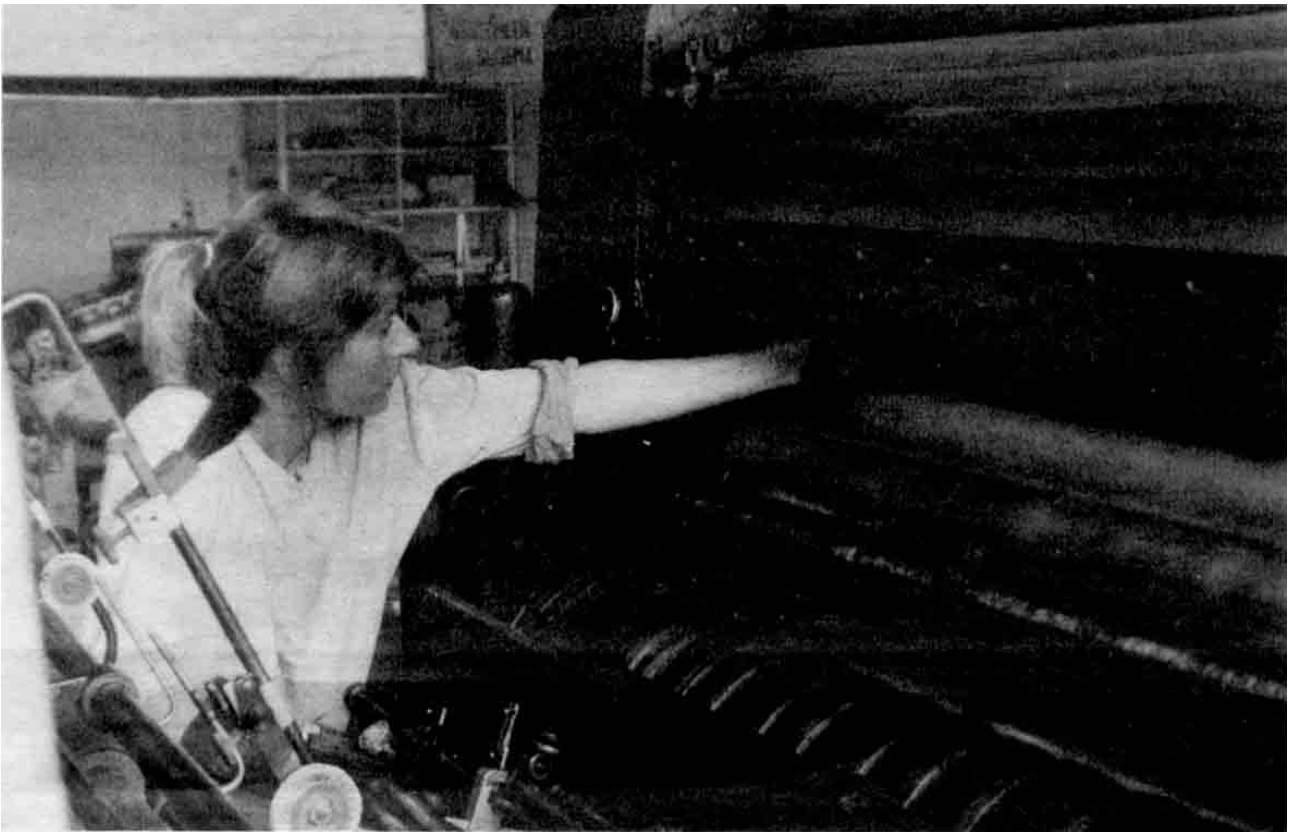
Auf diese Weise konnte das zeitliche Auseinander fallen von Befragung und Ergebnispräsentation, was vor allem für die Befragten wissenschaftliche Untersuchungen oft sinnlos erscheinen läßt, auf ein Minimum begrenzt werden. Und die Forscherin konnte in einem "Pretest" den Fragebogen testen und Erfahrungen damit sammeln, wie es ist, wenn die "Betroffenen" selbst am Forschungsprozeß teilnehmen.

Frauentreff auf der Projektmesse

Von Wilma Mohr, Frankfurt - In der Frankfurter Arbeitsgruppe gibt es bereits eine umfangreiche Sammlung von Fragestellungen, Problemen und Erfolgen zum Thema „Frauen in alternativen Projekten“. Auf der Projektmesse hatten sie mit der Fragebogenaktion ein spezielles Interesse: Es sollten in größerem Umfang Informationen über Frauen in selbstverwalteten Betrieben zusammengetragen werden, und zwar zu drei Bereichen:

1. Wie hoch ist der Frauenanteil in den Projekten?
2. Wie sieht es aus mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung? (Arbeitsbereiche? Kinderbetreuung? Hausarbeit?)
3. Wie sieht es mit der persönlichen Situation der Frau aus? (Bildungsabschlüsse, Berufserfahrungen, Arbeitslosigkeit)

An der Befragung haben 12 Frauen teilgenommen, damit waren 11 Projekte aus den unterschiedlichsten Bereichen (von Alten- und Sozialpflege über Cafés, Theater und Umweltschutzprojekten) und Regionen vertreten. Zu diesen Projekten gehören im August 1984 225 Menschen, davon 89 Frauen (40%), 101 Männer (45%) und 35 Kinder (15%). Gemeinsames Merkmal aller Projekte ist, daß es sich um selbstverwaltete Betriebe/Projekte handelt, die für die Mehrheit der in ihr arbeitenden Menschen die Existenzgrundlage darstellt, selbst wenn viele von ihnen „nebenbei“ noch eine andere Arbeit haben. In vier Projekten arbeiten und wohnen die Projektmitglieder, in zwei Projekten arbeiten sie nur zusammen, und fünfmal gab es Mischformen, in denen jeweils nur ein Teil der Projektmitglieder zusammen wohnt. Gemeinsam war allen befragten Objekten auch, daß in ihnen Frauen und Männer zusammen arbeiten, reine Frauenprojekte (oder Männerprojekte) waren nicht vertreten.



Annette, Druckladen, an der Heidelberger Rota-Speed

Frauenanteil in den Projekten. Wird eine Erhöhung des Frauenanteils gewünscht, und wenn „ja“, warum?

Diese Frage hat die Gruppe besonders deshalb interessiert, weil es im Zusammenhang der hessischen Verhandlungen um die Vergabe von staatlichen Geldern einen Konflikt gegeben hat: Frauen aus autonomen Frauenprojekten hatten (ohne Rücksprache mit den Frauen aus gemischten Projekten) bei der Diskussion nach den „bewegungsinternen“ Vergabekriterien gefordert, daß nur solche Projekte gefördert werden sollten, die die Hälfte der Arbeitsplätze für Frauen zur Verfügung stellen. Die Hauptkritik der „Projektfrauen“ war, daß andere Frauen über ihre Köpfe hinweg Politik für sie gemacht haben, anstatt mit ihnen gemeinsam den Sinn und die Perspektive einer solchen Forderung zu diskutieren.

(Vergleich dazu auch: die VIERERBANDE, Zeitung des Verbandes der selbstverwalteten Betriebe Rhein/Main/Neckar/Lahn, Juni 1984, S.10).

Wie sieht es nun aus mit dem Frauenanteil? In 6 Projekten arbeiten mehr Männer als Frauen, in 3 Projekten sind es mehr Frauen, und in 2 Projekten ist das Verhältnis ausgeglichen. Erfreuliches Ergebnis: seit der Gründung der Projekte hat sich der Frauenanteil (und der der Kinder) erhöht. In den Projekten mit höherem Männeranteil sind es eher die Frauen, die sich solange mehr Frauen wünschen, bis das Verhältnis ausgeglichen ist. Eine Erhöhung des Männeranteils (in den Projekten, in denen zur Zeit mehr Frauen arbeiten) wurde nur mit einer einzigen Begründung gefordert: die Frauen wünschen sich Entlastung bei andauernd körperlich schwerer Arbeit (z.B. beim Heben von bettlägerigen Patienten), ansonsten arbeiten sie lieber mit Frauen

zusammen. Von einem erhöhten Frauenanteil verspricht frau sich ganz allgemein, Fraueninteressen besser durchsetzen zu können, das heißt im einzelnen:

- der männerdominierten Atmosphäre (vor allem in Gruppensituationen und Konflikten) eigene Formen der Konfliktbearbeitung entgegensetzen zu können (gewünscht wird umfassende Auseinandersetzung unter Einbeziehung von Gefühlen),

- in der Kooperation mit Frauen entstehe ein ruhigerer Arbeitsablauf (das „Hand in Hand arbeiten“ gehe mit Frauen besser) und von daher könne man besser auch neue Verhaltensweisen bei sich selbst (z.B. Verantwortung zu übernehmen) erproben, (das sei mit Männern schwieriger, da diese eher konkurrieren),

- bei mehr (gewünscht sind vor allem auch technisch qualifizierte) Frauen bestehe eher die Chance, daß sich Frauen auch an bisher „männerdominierte“ Bereiche herantrauen und sich eigene Bereiche erschließen können.

Diese Wünsche werden nicht abstrakt formuliert, sondern resultieren aus z.T. jahrelanger Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Frauen und Männern. Zwar gibt es (natürlich) auch Konflikte unter Frauen, aber wohl bessere Möglichkeiten, damit umzugehen. Außerdem spielt bei der Einstellung von neuen Leuten auch die Sympathie eine große Rolle (das gestehen sich wohl Frauen eher ein als Männer?), und wenn diese Hürde bei der Einstellung genommen ist, sind die Voraussetzungen für zusammenleben und arbeiten mit Frauen in gemischten Projekten wohl sehr günstig.

Selbstkritisch wurde in der Diskussion gefragt, ob frau nicht Frauen gegenüber viel kritischer sei! Obwohl also ein ausgeglichenes Verhältnis von Männern und Frauen in den Projekten angestrebt wird, wurde in der Diskussion sehr deutlich, daß es nicht ausreicht, den Frauenanteil zu erhöhen! Das Durchsetzen von Fraueninteressen sei nur dann möglich, wenn die Frauen ihre Sache selbst in die Hand nehmen, sich klar werden, was sie wollen und vor allem: sich untereinander verständigen. Im Zweifel ziehen die Frauen dann halt für eine Weile aus dem gemeinsamen Plenum aus und verweigern die Kooperation. Im übrigen wurde aus den Projekten berichtet, daß vielfach auch Männer lieber mit Frauen zusammen arbeiten, weil auch sie die männergeprägten Umgangsformen ablehnen. Hier allerdings war in der Gruppe einhellige Meinung, daß es eher darauf ankomme, daß die Männer untereinander lernen, konkurrenzorientierte und „sachdominierte“ Verhaltensweisen abzulegen, als nur von dem angenehmeren Kooperationsstil der Frauen zu profitieren. Sie stellten fest: Es ist eben nicht dasselbe, wenn Frauen und Männer dasselbe fordern!

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung - auch in alternativen Projekten?

Es gibt sie, und es wäre naiv zu erwarten, daß vorhandene Qualifikationsstrukturen und eingeschliffene Verhaltensmuster sich SCHNELL ändern könnten. In Bezug auf die Arbeitsbereiche zeigt sich eine traditionelle Arbeitsverteilung: in Schlosserei, Schreinerei, Laugerei und beim Ausbau arbeiten überwiegend oder ausschließlich Männer, im sozialpflegerischen Bereich überwiegend Frauen.

Ausgewertet wurden bei diesen Ergebnissen nur Arbeitsbereiche mit nennenswert

hohen Zahlen, bei den folgenden Angaben sind keine verallgemeinerbaren Angaben möglich: Bei der Betreuung von Kindern (als Arbeitsbereich des Projekts) arbeiten z.B. zwei Frauen, ein Mann; in der Landwirtschaft fünf Frauen, drei Männer.

Aber in der Mehrzahl der Arbeitsbereiche findet sich eigentlich eine recht ausgewogene Verteilung: Lernwerkstatt, Druckerei, Büro (Finanzen, Organisation, Vertrieb), Verkauf, Versand und gastronomische Tätigkeiten (Cafe, Restaurant, Küche) und Theater. In der Diskussion zu diesem Thema ergab sich folgendes: in einigen Projekten haben die Frauen auch die körperlich schweren „Männerarbeiten“ (wie Möbelschleppen, Ausbau- und Maschinenarbeiten usw.) eine Weile gemacht, um sich selbst und den anderen zu beweisen, daß sie das auch können. Inzwischen haben sie sich Arbeitsbereiche gesucht, die ihnen mehr Spaß machen, sehen die gesundheitsschädigenden Aspekte der Arbeit und lehnen sie bewußt ab. In Bezug auf kompliziertere technische Probleme, die nichts mit Körperkraft zu tun haben (die im übrigen — so wurde berichtet — auch erlernbar ist, wenn frau sich ihren eigenen Rhythmus zugesteht), wurde über das unterschiedliche Lernverhalten von Männern und Frauen gesprochen. Die Männer trauen sich etwas Neues eher zu, selbst wenn sie es noch nicht gemacht haben. Nach einer Weile probieren stellt sich dann der Erfolg ein. Frauen seien eher mißerfolgsorientiert und stellten zu hohe Ansprüche an sich selbst. Die konkrete Konsequenz aus dieser Diskussion war der Wunsch nach einem Seminar „Frauen und Technik“, in dem Frauen, die in technischen Arbeitsbereichen arbeiten oder arbeiten wollen, ihre Erfahrungen austauschen und sich qualifizieren können. Außerdem wird in Zukunft mehr darauf geachtet, daß in die Ausbildungsprojekte Mädchen aufgenommen werden:

In 9 von 11 Projekten gab oder gibt es Diskussionen über das Thema „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“ (einschließlich der leidigen Hausarbeitsfrage). Das Erfreuliche an diesen Diskussionen (mit Ausnahme von 2 Fällen, wo es bislang beim Diskutieren blieb), waren die Konsequenzen:

Meist wurden die Arbeitsbereiche anders verteilt, manchmal wechselt man sich regelmäßig ab (beim Putzen z.B.), und manchmal führen diese Fragen dazu, daß sogar einzelne Personen aus dem Projekt raus gehen oder die Gruppe sich spaltet. Manchmal sind Lösungen nicht sofort möglich und man wartet erst, bis sich Gelegenheit ergibt, etwa eine technisch qualifizierte Frau einzustellen, aber es scheinen insgesamt keine starren Strukturen in dieser Frage zu herrschen.

Die Gretchenfrage: Was ist mit den Kindern in den Projekten?

Zunächst: es sind mehr geworden, der Kinderanteil in den befragten Projekten ist von 12 auf 35 (d.h. Im Verhältnis zu den Erwachsenen um 3%) angewachsen, dabei ist nicht ganz klar, ob nicht ein paar schon erwachsene Kinder „unterschlagen“ wurden. Nur in einem Projekt gibt es keine Kinder. An erster Stelle gehören die Kinder zu Projektfrauen, an zweiter Stelle zu Männern oder Paaren im Projekt. In sechs von zehn Projekten ist die Kinderbetreuung WÄHREND DER OFFIZIELLEN ARBEITSZEIT TAGSÜBER durch das Projekt organisiert. Entweder sind feste

Bezugspersonen angestellt oder die Betreuung erfolgt reihum durch Eltern und andere Projektmitglieder. In drei Fällen müssen Väter und/oder Mütter weniger Stunden arbeiten, damit sie sich um die Kinder kümmern können. Am schlechtesten sieht es in den Projekten aus, in denen nur gemeinsam gearbeitet wird: in zwei Fällen ist es ausschließlich den Müttern/Eltern überlassen, wie die Kinder während der Arbeitszeit versorgt sind. In der Diskussion zeigte sich, daß die Projekte die Situation meist pragmatisch auf sich zukommen lassen und mit verschiedenen Regelungen experimentieren, meist ist es der Initiative der Eltern überlassen, neue Lösungen vorzuschlagen. Das Hauptproblem schien die Betreuung der Kinder in der Freizeit zu sein, in der aber vielfach noch wichtige Plenumsdiskussionen über Projektarbeit politische Aktivitäten stattfinden. Gerade die Mütter sind vielfach davon ausgeschlossen. In der Arbeitsgruppe während der Projektemesse hat sich dieses Problem reproduziert: Am Ende stellte sich heraus, daß von den zwölf befragten Frauen keine Mutter war. Erst bei der Abschlusdiskussion kamen einige Mütter in die Gruppe und berichteten von ihren Schwierigkeiten. Sie hätten gern an der Arbeitsgruppe teilgenommen, konnten aber wegen der Kinder nicht, und im Projekt fühlen sie sich gehindert, so aktiv an allen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, wie sie es gerne möchten. Für die künftige Untersuchung wird es darauf ankommen, noch genauere Fragen zur Situation der Mütter zu stellen, und nach den günstigsten Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten für Mütter und Kindern in den Projekten zu forschen.

(Vergleiche zu diesem Thema auch das bisher einzige Buch über Frauen in alternativen Zusammenhängen: KOLB/STÖSSINGER (1981) Salto vitale. Frauen in Alternativprojekten. Frankfurt, Seite 117/121).

Und schließlich: die zwölf Frauen aus der Arbeitsgruppe „Frauentreff auf der Projektemesse“ - Was läßt sich anhand von wenigen Daten über sie sagen?

Sie sind zwischen 21 und 35 Jahren alt (ziemlich gleich verteilt) und im Vergleich zur übrigen Erwerbsbevölkerung überdurchschnittlich qualifiziert:

Nun sind das keine absoluten Zahlen, auf denen die Erhebung beruht, und es kann sein, daß in dieser Arbeitsgruppe die Frauen mit Erfahrung und Lust am Reden aufgrund der Vorbildung über repräsentiert waren, so wie die Mütter aus „systematischen Gründen“ unter repräsentiert sind. Frau darf auf die Ergebnisse der größeren Umfrage gespannt sein.

Das hohe Qualifikationsniveau schlägt sich auch in der beruflichen Erfahrung nieder:

— 8 Frauen haben eine Berufsausbildung abgeschlossen; — 2 studieren noch und nur;
— 2 haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Dennoch — was wir bereits aus anderen Studien wissen — zeigt sich auch hier: Weder ein qualifizierter Berufsabschluß noch eine abgeschlossene Berufsausbildung schützen heutzutage vor Arbeitslosigkeit, und das gilt ganz besonders für Frauen: 10 von 12 Frauen (83%) waren bereits ein- und mehrmals arbeitslos (Dauer zwischen

einem und 24 Monaten)!

Die Diskussion über diese Angaben zur Sozialstruktur drehten sich um den (vermeintlichen?) Widerspruch, daß während der Woche vielfach die Rede davon war, daß die Frauen meinten, nicht hinreichend qualifiziert zu sein, sich manchmal zu wenig zutrauten und dem Ergebnis, daß sie formal so hoch qualifiziert sind. Der Widerspruch ließ sich nicht ganz auflösen in der Feststellung, daß man eben in den Projekten andere Qualifikationen benötige, als man in Schule und Beruf erwirbt. Es ging auch um Fragen nach Selbstwertgefühl und Selbstbewußtsein von Frauen und nach den Quellen, aus denen es sich speist. Fragen, die später in der Arbeitsgruppe noch Thema sein werden.

Wie geht's weiter nach der Projektemesse?

Wie schon 1983 ist auch dieses Mal auf der Projektemesse deutlich geworden, daß es ein starkes Interesse der „Projektfrauen“ an einem Erfahrungsaustausch gibt.

Darüber hinaus gibt es immer wieder Anfragen von Frauen, die gerne in einem alternativen Projekt arbeiten möchten oder von Studentinnen, die darüber arbeiten wollen. Diese „Arbeit für andere“ wollten die Projektfrauen in diesem Jahr nicht leisten, sondern die Zeit für sich nutzen.

Diesen Erfahrungsaustausch auf der Projektemesse für alle Interessierten so zu organisieren ist schwierig, denn die Frauen aus Frankfurter Projekten sind sehr stark in Organisationsarbeiten für die Messe eingebunden gewesen, Überschneidungen mit anderen interessanten Veranstaltungen ließen sich nicht vermeiden, viele Frauen von außerhalb konnten nicht an mehreren Tagen bleiben, so daß insgesamt eine relativ hohe Fluktuation entstand. Trotzdem hat es auf dem Frauentreff über vier Tage hinweg spannende Diskussionen und Arbeitsergebnisse gegeben:

— Frauen von außerhalb äußerten sich zufrieden über die gemeinsame Arbeit, fühlten sich bestärkt und nahmen Anregungen mit nach Hause;

— Für die Frankfurter Gruppe ist deutlich geworden, daß sie an der Idee der Umfrage über die Situation von Frauen in Alternativprojekten im südhessischen Raum festhalten wollen und dafür den Fragebogen überarbeiten. Auf der Projektemesse sind neue Frauen hinzu gekommen, die an dem Frauenbuch mitarbeiten wollen.

— Als konkrete politische Forderung wurde festgehalten, gerade bei den Projekten, die mit Ausbildung anfangen, auf die besondere Unterstützung von Mädchen zu achten.

— Schließlich soll die Idee eines Seminars „Technik von Frauen für Frauen“ weiterentwickelt werden.

Letzte Meldung!

Im Rahmen unserer Bemühungen, am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt Frauenforschung zu etablieren, habe ich ein Forschungsprojekt über die Situation von Frauen in alternativen/selbstverwalteten Betrieben/Projekten

beantragt und bewilligt bekommen. Daß es für eine solche Fragestellung überhaupt Geld gibt, ist wiederum einer vereinten Anstrengung aus autonomen Frauenprojekten, Parteien (Grüne und Arbeitsgemeinschaft , Sozialdemokratischer Frauen) und Universität (Studentinnen und Dozentinnen) im Vorfeld der Hessischen Landtagswahlen (1983) zu verdanken. Sie haben dafür gesorgt, daß es ein Hessisches Frauenförderungsprogramm (klein, aber ausbaufähig) und damit auch Gelder für Forschungsförderung gibt. Wir können also mit unserem Projekt weitermachen und dieses Mal sogar mit bezahlter Frauenarbeit!

Am Zustandekommen dieses Berichts waren beteiligt: Bärbel Delto und Ulrike Johannson, die trotz Projektmesse für die Kontinuität der Gruppe gesorgt haben, sowie Eike Umbach und Barbara Walzok, die die Auswertung der Fragebogen übernahmen.

P.S. Frauen, die Lust haben, über ihre Erfahrungen in alternativen Projekten zu berichten, können an folgende Adresse schreiben: Wilma Mohr, Metzstr. 6, 6000 Frankfurt 90

DUISBURG

Ein selbstverwaltetes Zentrum feiert seine 10jährige Unabhängigkeit

Lieber arm, aber sauber...

Wie stellt sich ein selbstverwaltetes Zentrum, auf dem Höhepunkt der Jugendzentrumsbewegung gegründet, heute nach 10 Jahren dar?

Ist es eine etablierte und anerkannte Einrichtung der Freien Jugendarbeit?

Mitnichten: Betrachten wir den Einfluß, den das Haus durch seine politischen Initiativen und Veranstaltungen auf die Region ausübt, die Rolle des -Houses als sozialer Anziehungspunkt für Minderheiten, die kulturellen Höhepunkte in Form von Konzerten, Theateraufführungen, Lesungen und Diskussionen, dann könnten wir uns beruhigt zurück lehnen. Nur wissen wir, daß ein Zentrum, daß sich ausruht, zu einem bestenfalls verwalteten Dienstleistungsbetrieb verkommen muß. Gerade die lange Zeit und die Bekanntheit erfordert immer neue Anstrengungen, um akzeptiert und von den Besuchern und Unterstützern angenommen zu werden.

Selbstverwaltet nennen wir uns. Aber was ist tödlicher für die Selbstverwaltung, wenn nicht ständig die Auseinandersetzung um das Wesen und die Zielsetzung geführt wird, wenn nicht eingefahrene Strukturen hinterfragt werden? Zu Zeiten, in denen die Szenen, die das Haus tragen, sich verändern, sich neue bilden, alte wegbleiben, ist das Haus umso mehr gefordert, Anstöße zu geben. Der Wert dieser Arbeit mißt sich am Unruhepotential, den das Zentrum produziert. Es vereinigt an einem Ort soziale, politische und kulturelle Eigeninitiative und kann, weil es nicht hierarchisch oder einengend ist, die Identität seiner Besucher und Mitarbeiter mit ihrer Stelle zum Haus, zur Arbeit und zur sozialen Interaktion fördern. Kommen wir auf das „Mitnichten“ zurück. Auf der einen Seite also Anerkennung, von der Duisburger Bürokratie aber nur geduldet oder mit der Schließung bedroht. Der Wert der Freien Zentrumsarbeit längst allerorts in seiner soziokulturellen Bedeutung unterstützt, scheint den verantwortlichen im Rat nicht aufgegangen zu sein. Der Bürokratie, die die Jugend- und Minderheitenprobleme in keiner Weise angeht oder löst, werfen wir vor, Gelder raus zuschmeißen für wahnwitzige Projekte des Konsums und der Eigenwerbung: Überdachungskonstruktion in der Einkaufszone, Ausbau der Oper und der offiziellen Kulturarbeit, Orientierung auf den Mittelstand.

Unsere Geidforderungen, die die Arbeit des Hauses absichern soll, wurden bisher schlichtweg überhört. Stattdessen wird der Plan für eine so genannte „Markthalle“ entwickelt, in der neben alternativen Produkten eine ähnliche Kulturarbeit wie die des Eschhauses angeboten werden soll. Natürlich nicht selbstverwaltet und unruhig,

sondern kontrolliert und als Aushängeschild kommunaler Kulturarbeit konzipiert.

Wir fordern eine jährliche Summe von 250.000 DM (ein Klacks!) zur Unterstützung dieses immens wichtigen Zentrums für Duisburg und das Ruhrgebiet.

Alltag

Das Eschhaus hatte schon immer weit über die Grenzen der Region hinaus Vorbildcharakter. Jugendgruppen, JZ-Initiativen, Planer, Verbände, Pädagogen und Wissenschaftler pilgerten nach Duisburg, um sich hier für ihre eigenen Projekte inspirieren zu lassen. Während sich potentielle Zentrumsnutzer erst einmal naiv von der Gesamtheit aus „anderem Leben“ und „Gegenkulturellem Milieu“ angesprochen fühlten, sahen inhaltlich interessierte Kreise (Initiativen, Städteplaner, Sozialarbeiter, Jugendverbände) das Haus jeweils nach ihrem Erkenntnisinteresse als gesellschaftliches Modell mit revolutionierendem oder integrativem Charakter.

Aktions- und Konsumangebot

Als einzige öffentliche Einrichtung in Duisburg bietet das Eschhaus eine ständig durchlaufende Palette von Aktions- und Konsumangeboten, die kostenlos bis preiswert für alle offen stehen: Film, Theater, Musik, Tanz auf der einen Seite und Weiterbildung, Kurse, politische Veranstaltungen, Beratungen, Projekte, usw. auf der anderen Seite, stecken das Spektrum des reinen Angebotsbereiches ab. Speziell auf dem Theater-, Video- und Filmbereich profilierte sich das Haus durch eigene Produktionen und außergewöhnliche Aktivitäten (Ruhrgebietsvideofestival ÜBERBLICK 84, 8 mm-Filmschau, Video- und Theaterproduktionen). Mit dem Rockcafe wurde eine preiswerte Diskothek geschaffen, in der die Besucher ihre eigene Musik machen. Die Reihe Film am Mittwoch ist das kostenlose Kneipenkinno des Hauses, das aktuelle und klassische Titel aller Richtungen zum Nulltarif für alle, die es sich nicht mehr leisten können, Kommerz- oder Programmkinohaien den letzten Groschen in den Rachen zu werfen.

Politische und kulturelle Initiativen

Daß sich hier ein großer Teil politischer und kultureller Geschichte Duisburgs abspielte, muß in engem Zusammenhang gesehen werden mit dem Prinzip der Unabhängigkeit, das die Möglichkeit der Entfaltung von Aktivitäten garantiert, die weit über einen reinen Konsumcharakter hinausgehen. Initiativen, Frauengruppen, Schwule, Lesben, Musiker, Theaterleute, Filmer und andere finden die Möglichkeit, ihren Interessen nachzugehen, das Haus als Forum ihrer Arbeit zu nutzen (Proben, Diskussionen, Seminare, Workshops) und durch ihre Mitarbeit intern und nach außen das Haus mitzugestalten. Fester Bestandteil des Hauses ist die Frauenarbeit, Aktivitäten der Frauenbewegung veränderten die innere Struktur einer fast reinen Männer-Mitarbeitergruppe und schlugen sich in allen Bereichen des Zentrums nieder: Film, Musik, Theater von und für Frauen, Seminare zu Verhütung, Abtreibung,

Sterilisation, regelmäßige Frauentreffs, S 218-Demonstrationen, Notruf für vergewaltigte Frauen, Aktionen gegen Vergewaltiger.

Überregionale Wirkung

Seit Übernahme des Zentrums durch die Initiative wirkte das Eschhaus als Ausgangs- und Sammelpunkt für Ereignisse, die für die politische und soziale Entwicklung einer großen Region von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind: Kalkar-, Brokdorf-, S 218-, Sozialhilfedemos auf nationaler Ebene, Volkszählungsboykott, antifaschistische Aktionen, Ärzte- und Anwaltstreffen, Landeskonferenzen von Initiativen usw.

Die Bereithaltung der Räumlichkeiten für die Vor- und Nachbereitung von Aktionen und die politische Arbeit in größerem Rahmen sind Teil des Grundverständnisses vom Eschhaus als selbstverwaltetem Zentrum. Unterstützt wird diese Arbeit durch das Eschhausheft, das sowohl Programm- und Werbeblatt des Hauses ist, wie Forum für parteiliche und emanzipatorische Interessen. In diesem Sinne leistete das Eschhaus in der Vergangenheit seinen farbigen Beitrag zur sonst eher tristen offiziellen politischen Kultur der Sozialdemokraten.

Arbeitsstrukturen

Die Arbeit des Hauses wird von einigen fest angestellten und einer Reihe von freiwilligen Mitarbeitern ohne institutionelle Hierarchien organisiert. Abhängig von der jeweils angesagten politischen oder kulturellen Konjunktur findet die alltägliche Arbeit Unterstützung durch interessierte Gruppen und Einzelpersonen.

Selbstverwaltung

Das Eschhaus ist Auffangbecken für die, die noch Zugang zu ihrem gesunden Mißtrauen gegen das haben, was sie umgibt. Das bedeutet gleichermaßen Freiraum und Abschiebehaft für Menschen, die sich im deutschen Alltag nicht häuslich niederlassen.

Das ist Chance und Gefahr in einem. Selbstverwaltung ist ein Weg, diesen Zusammenhang praktisch zu begreifen. Will man an dieser Stelle nicht stehen bleiben, kann der Anspruch auf Selbstverwaltung nur Opposition bedeuten.

Opposition und Freiraum

Der Widerspruch zwischen der Tatsache, daß wirkliche Opposition nie auf den Freiraum, sondern immer aufs Ganze zielt, und dem Umstand, daß eine Tätigkeit wie die unsere zur puren Verwaltung eines gesellschaftlichen Exils funktionalisiert werden kann, bestimmt die täglichen Auseinandersetzungen und die Arbeit im Haus. Die Chance, die die Selbstverwaltung bietet, liegt vor allem in dem Zwang, Bewußtseinsprozesse in Gang zu setzen, die sich im Widerspruch mit der herrschenden Moral befinden, will man weder Spielwiese noch Fürsorge sein. Die

Vielfalt der Möglichkeiten eines unabhängigen Zentrums und die Konzentration sozialer, politischer und kultureller Aktivitäten auf einen Ort, lassen umfassendere Erfahrungen zu, als staatlich geführte oder beeinflusste Treffpunkte gemeinhin zu bieten haben. Der Inhalt von Selbstverwaltung, der an seine Träger den Anspruch stellt, gesellschaftlich zu wirken, kann sich nicht reduzieren auf die möglichst repressionsfreie Organisation der Arbeit. Indem man den Hierarchien der Gesellschaft und deren Zwängen, die Norm zu erfüllen, ein Modell freiwilliger Organisation entgegensetzt, löst sich das Problem, tatsächlich emanzipatorische Arbeit zu leisten, noch nicht. Es reicht nicht aus, eine Nische zur Verfügung zu stellen, in der sich andersartige Menschen aufhalten, ohne ihre Lage zu erkennen und ändern zu wollen.

Tatsächlich nimmt das Eschhaus mit seiner Arbeit erst einmal Aufgaben einer Kommune wahr, deren eigentliche Interessen nicht auf Fortschritt zielen, sondern auf Stillstand. Diese ist ohnehin nur unattraktiv und konfliktgeladen, zu dem teuer kaum als Werbethema auszuschlachten. Solche Zusammenhänge müssen bei den Trägern, der Selbstverwaltung Ohnmacht und Rückzug auf sich selbst verursachen, wenn Unabhängigkeit nicht Lernprozesse und offensive Wendung nach außen beinhalten, um in einer repressiven Gesellschaft Ansätze zur Selbstbehauptung und letztendlich Selbstbestimmung zu leben.

Highlights

Das Haus als ein Zentrum von Aktion wird von den sozialen, kulturellen oder politischen Bewegungen getragen, die sich in seinen Bedingungen und Eigenarten wiederfinden. Das Sterben von Bewegungen und die Schwierigkeiten, die auch fortlaufend bestehende Gruppen mit kontinuierlicher, selbst bestimmter Arbeit haben, überantwortet das Zentrum einer Dauerkrise:

Nach Phasen der Hochkonjunktur zu einer schlappen Hülle degeneriert, die auf das Erscheinen eines neuen Inhalts wartet, stellt gewaltige Anforderungen an die, die das Haus permanent tragen. Oft erlebt: Perspektiv- und Konturlosigkeit, Identitätsverlust, Ödnis und Langeweile. Dann, auf der anderen Seite das, was den Nagel auf den Köpf trifft: Problembewußtsein, gezielte Parteinahme, hohe Mobilisierung, prägen das Leben des Hauses.

Faschismus-Repression und Widerstand

Als im Jahr 1978 die Ruhrgebiets-SPD neofaschistischen Organisationen das Feld überließ und ihre Kundgebungen gestattete, wurde eine Gegenveranstaltung durchgeführt. In diesem Rahmen kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich zum Schutz der Faschisten gegen demokratische Kräfte bereithielt.

Antifaschisten wurden wegen ihres Vorgehens angeklagt. Gruppen des Hauses gründeten daraufhin den Rechtshilfefond, mit dem Ziel regionale politische Prozesse in finanzieller und praktischer Hinsicht zu unterstützen. Die Kosten der Verfahren

wurden über Solidaritätsdiscos, Beratungen gegen Spende und weitere Aktionen im Eschhaus gedeckt. Große Summen wurden über die Organisation eines Trödelmarktes erwirtschaftet, der zum größten und beliebtesten Markt dieser Art in Duisburg avancierte, bevor ihn sich ein Unternehmer mit Hilfe der Stadtverwaltung unter den Nagel riß. Angesichts der bei der Nazikundgebung gemachten Erfahrungen wurde die Veranstaltungsreihe Faschismus, Repression und Widerstand ins Leben gerufen, die aufklären sollte und zum Widerstand aufforderte. In Form von Seminaren und Vorträgen wurde über Monate mit den führenden Vertretern antifaschistischer Politik und Wissenschaft diskutiert.

Dieser Komplex, der inhaltlich und personell das Gesicht des Hauses über lange Zeit prägte, ist kennzeichnend für Möglichkeiten, die eine Selbstverwaltung im Haus offenhalten muß: Nutzung der Räume, Einfluß auf die Programmstruktur, Teilnahme an der organisatorischen Arbeit im Haus, nutzen der Eschhaus-Medien zu Publikation und schließlich, weitergehende Arbeit im Haus. Bedingt durch das Vorhandensein der geeigneten Räumlichkeiten und die Vielfalt der im Haus versammelten Interessen konnte das Thema bereichsübergreifend behandelt werden: Kultur (Veranstaltungen, Trödelmarkt..), Soziales (konkrete Unterstützung durch Fond) und Politik (Diskussionen, Vorträge) ergänzten und bereicherten sich gegenseitig.

Punkfestival



Im August 1980 organisierten Duisburger Punks im Eschhaus das UNGEWOLLT-Festival, ein Konzertmarathon das nach dem gleichnamigen Fanzine, eines lokalen Punkhelden benannt wurde. Neben sechs Musikgruppen aus dem Ruhrgebiet hatte die Polizei ihren großen Auftritt: Nach einem kleinen Vorgeplänkel wegen der scherbenübersäten Straße, die daraufhin von Mitarbeitern und Festivalbesuchern gereinigt wurde, provozierte die Polizei einen Anlaß, die 200 bereits wartenden Polizisten zum Großeinsatz zu bringen. Zwei Punker wurden wahllos aus der Menge heraus verhaftet, die sich daraufhin zur Wehr setzte. Der Polizeibericht: Widerstandshandlung, Landfriedensbruch, Gefangenenbefreiung, gefährliche

Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Die Veranstaltung fand nicht zufällig im Haus statt: Das Eschhaus ist Forum für Minderheiten und wurde hier als solches genutzt. Daß völlig unerwartet 400 Punks das Festival besuchten, zeigte mehr als alles andere die Notwendigkeit von Plätzen für solche Aktivitäten. Volkszählungsboykott / Reihe „Neue Technologien“

1983 wurde bundesweit zum Boykott der Volkszählung aufgerufen. Hierzu fanden im Eschhaus Veranstaltungen statt, die neben Agitation und Information Mut zur Beteiligung machen sollten und Hilfestellung zur praktischen Durchführung leisteten. Fragen zu rechtlichen und anderen Konsequenzen, die sich aus dem Boykott ergeben könnten, wurden von Anwälten und Fachleuten beantwortet. Gruppen des Hauses organisierten diese Treffen in Zusammenarbeit mit anderen aktiven Initiativen aus Duisburg. Nachdem die Volkszählung wegen massiven Widerstands ausgesetzt wurde, arbeitete die Kerngruppe der Aktionen weiter zum Thema: Volkszählung und neuer Personalausweis als Ausdruck zunehmender staatlicher Erfassung. In Arbeitskreisen bereitete man die Einzelveranstaltung der umfassenden Reihe NEUE TECHNOLOGIEN vor, die multimedial an Schwerpunkten wie Zukunft der Arbeit, Neue Medien, Gentechnologie, Mensch-Maschine darstellte und diskutierte, was uns erwartet und welcher Widerstand möglich ist. Als 1984 die Stadt Duisburg im Rahmen der jährlichen Stadtwerbung die Duisburger Akzente zum „Orwell-Staat“ inszenierte, organisierten die Aktiven eine öffentliche Kundgebung gegen die Verlogenheit des Veranstalters, der, selbst extensivster Betreiber neuer Technologien, sich nicht entblödelte, sich kritisch zu gebärden.

Die Eschhaus Videogruppe verankerte im Zentrum bereits früh eine besondere Sensibilität gegenüber der Bedrohung durch Überwachung und Erfassung durch praktische Erforschung des Mediums und dessen Möglichkeiten im hauseigenen Videostudio, durch gezielten Einsatz bei Aktionen, durch ein „Überwachungs“-Rockcafe mit Videoinstallationen und Aufarbeitung im Eschhausheft wurde schon im Vorfeld gesellschaftlicher Entwicklung kritisches Bewußtsein gefördert und angeregt.

Freies Theater

Freie Theaterarbeit ist emanzipatorische Arbeit. Sie versucht, ihrem kritischen Ansatz in zeitgemäßen Formen der Darstellung Ausdruck zu verleihen.



Theatervorstellungen haben eine lange, wenn auch oft unterbrochene Tradition im Haus, deren erster Höhepunkt und Skandal gemeinsam mit dem Hamburger

Schwulentheater Brühwarm begangen wurde. Erst mit der Zeit konnte sich die Erkenntnis durchsetzen, daß nicht gelegentliche Highlights, sondern ausdauernde Kleinarbeit freies Theater dem Publikum zugänglich macht.

So entwickelte das Haus ein Konzept regelmäßiger Aufführungen unterschiedlichster Genre, die von Workshops und Kursen unterstützt wurden, um aktives Interesse am Medium zu fördern und den Wert des eigenen Spiels für die Persönlichkeitsbildung zu erfahren. 1984 führte das Freie Theater Eschhaus mit Fassbinders „Blut am Hals der Katze“ ihre zweite Produktion auf. Zum ersten Mai wurde versucht, in wöchentlichem Zyklus das gleiche Stück zu spielen. Das Experiment lief über zwei Monate mit unerwartetem Erfolg: Alle Vorstellungen waren gut besucht bis ausverkauft. Ein Signal für die Zukunft: Zur Zeit diskutieren wir die Einrichtung einer eigenen Bühne, d.h. der Versuch soll mit anderen Gruppen weitergeführt werden, um freien Ensembles die rare Gelegenheit einer regelmäßigen Aufführungspraxis zu bieten und einen offensichtlich steigenden Bedarf nach kreativem Theater nachzukommen.

Noch mehr Highligts

Vier Beispiele dafür, worauf die Arbeit des Hauses zielt und für ihre unterschiedlichen Qualitäten. Hierzu läßt sich weiteres anführen: Afro-, Folk-, Clowns-, Amateurmusiker-Festivals / Unterstützungsaktionen zu Hausbesetzungen, Fahrpreiskampagnen, Lateinamerika, Friedensbewegung, Jugendbewegung, Knast / Gründung der unabhängigen Jugendhilfe zur Beschaffung von Wohnungen für Jugendliche / juristische und ärztliche Hilfen / etc.

Konflikte

Zehn Jahre Eschhaus sind besetzt mit Konflikten zwischen der Stadt und dem Zentrum. Auch in der Reihe dieser Auseinandersetzungen zeigte sich die Vielfalt, auf die wir in unserer kulturellen und sozialen Arbeit soviel Wert legen. Ein stetiger Grund städtischer oder staatsanwaltschaftlicher Initiative gegen uns lag in Artikeln der hauseigenen Postille, dem Eschhausheft. Ein anderer rangte sich um Geldforderungen oder allgemeine Verwaltungsfragen. Die dritte Kategorie des Zankes läßt sich mit der Lärmbelästigung, die vom Haus ausging, umschreiben. So vielfältig also die Inhalte der Streitereien waren, so schlicht waren die Reaktionen der städtischen Bürokratie: Sie drohte mit Kündigung des Vertragswerkes, das 1973/74 zwischen der Stadt und dem Trägerverein des Hauses abgeschlossen wurde.

Eine kurze Einordnung der Gründung des Zentrums in die historische Situation scheint jetzt geboten, um die Logik der Konfliktaustragung zu verstehen.

Historische Einordnung

1973/74 war die Studentenbewegung tot oder transformiert in

Organisationsdebatten. Ihre gesellschaftssprengende Kraft, die die SPD zu Zugeständnissen und Reformversprechen gerade auch im Jugendbereich gezwungen hatte, verlor ihre Wirkung. Statt dessen der Referentenentwurf zu einem neuen Jugendrecht, der rechtsfreie Räume für Jugendliche radikal eindämmt und Zentrumsbesetzungen werden entweder legalisiert oder abgeräumt.

Anerkennungsvorschriften, Nutzungsverträge oder Einrichtungen juristisch fixierter Personen geben den Rahmen für die zukünftige Unabhängigkeit ab. Dazu sollen der Ausbau des innerstaatlichen Gewaltapparats und die Anwendung des Straf- und Zivilrechts in der Rechtsprechung auch auf Jugendliche die gesellschaftliche Integration der aufmüpfigen Jugend beschleunigen. Die Folge ist, daß die erste Welle der Zentrumsbewegung abebbt, die Jugendlichen ihre Möglichkeiten erschöpft sehen und ihre Häuser schließen oder als nichtintegrationswillige Horte der Rebellion geschlossen werden.

Die zweite Welle der Zentrumsgründungen verläuft in geordneteren Bahnen. Grundsteine für eine langfristige Jugendarbeit werden in Form von Verträgen, Rechtstiteln, juristisch verantwortlichen Partnern und Vereinsgründungen gelegt. Wie dauerhaft und stabil ein solches Vertragswerk sein kann, beweist die Geschichte unseres Hauses.

Gründungsphase und Vertragswerk

Die Stadt Duisburg plant zu dem Zeitpunkt der Eschhausinitiative bereits ein Prestigeobjekt „JZ-Stadtmitte“, muß aber dem Druck der Jugendlichen nachgeben. Diese lassen sich nicht mehr vertrösten und haben darüber hinaus ganz andere Vorstellungen von ihrem Jugendzentrum als die Kulturverantwortlichen der Stadt. Schlagworte sollten zu Inhalten werden: Selbstverwaltung - Unabhängigkeit - Autonomie. Die Jugendlichen nahmen Verhandlungen mit der Stadt auf. 1973 wurde zwischen der Stadt und dem Trägerverein, der sich zwischenzeitlich gegründet hatte, in dem Beirat (dem Organ des Trägervereins) das Eschhaus kostenlos zugesprochen wurde und ihn als Träger der freien Jugendhilfe zum Rechts- und Vermögensträger des Zentrums machte. Schwere interne Auseinandersetzungen um die Führung des Zentrums gingen diesem Abschluß voraus, weil ein Teil der Jugendlichen in den Vertragsverhandlungen schon das Ende der Selbstverwaltung sah und sie ihre Vorstellungen eher in der Tradition der Studenten- und Jugendrevolte angesiedelt hatte. Erfolglos versuchte der Beirat an die Stadtverwaltung finanzielle Forderungen zu stellen. Aber man kennt ja dieses Spiel. Mit dem schadenfrohen Grinsen jemanden gelehmt zu haben, zogen sich die Verwaltungsmenschen zurück, hatten sie sich doch durch das Vertragswerk offiziell der anfallenden Probleme entledigt und auf den Beirat verlagert, der fortan als Vermittler zwischen der Stadt und dem Zentrum zu funktionieren hatte.

Dieser Vertrag lohnte sich für die Stadt in doppelter Hinsicht. Janusköpfig konnte sie sich auf eine formaljuristische Sichtweise des anstehenden Konflikts zurückziehen, indem sie mit der Kündigung des Nutzungsvertrages drohte und

zugleich die Augen schließen, wenn Probleme anstanden, mit denen sie nichts am Hals haben wollte. Zwei Beispiele verdeutlichen dies: Das Lärmproblem und das Drogenproblem.

Lärmproblem

Praktisch seit Anbeginn ist die Lärmbelästigung der Anwohner und Nachbarn des Zentrums ein großes Problem. Abgesehen davon, daß sich die Nachbarn durch die bunte Mischung sämtlicher Jugendkulturen der letzten Jahre, die durchs Haus gewandert sind, abgestoßen gefühlt haben und nicht im Einklang mit ihren Vorstellungen einer sauberen deutschen Jugend standen, und abgesehen davon, daß es auch tatsächlich störend ist, nachts von anfahrenden Autos und Motorrädern um den Schlaf gebracht zu werden, sind wir nicht sicher, ob die Gaststätten in der Straße, die ähnlich laut sind, von Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen zum Aufgeben animiert worden sind.

Das Verhalten der Verantwortlichen im Rat der Stadt in diesem immerhin 8 Jahre schwelenden Konflikt zeigt sich in ihrem Verhältnis zum Haus: Ignorieren, bis die Stimmen zu laut sind, die sich beschweren, möglichst noch die Angriffe der regionalen Presse abwarten und dann in die Vollen, nämlich Drohung mit der Schließung. Unsere Vorschläge, das Lärmproblem einzudämmen, fallen - weil kostenträchtig - zuerst einmal auf taube Ohren. Konkret:

1. Die Niederstraße zu einer verkehrsberuhigten Straße zu machen. Prophylaktisch stellen wir schon mal die Blumenkübel auf. Die Antwort der Stadt ist eine polizeiliche Maßnahme, die Blumenkübel verschwinden, eine Einbahnstraße wird eingerichtet, das Lärmproblem bleibt.

2. Das Haus schalldämpfen, die Räume dementsprechend ausbauen. Dazu eigene Gutachter, die der Stadt sinnvolle und kostengünstige Vorschläge unterbreiten. Die Antwort der Stadt ist - nach langem Zögern und der massiven Drohung von uns, die Disco nachts auf der Einkaufsstraße steigen zu lassen - eine Schallschutzwand einzubauen, die Öffnungszeiten drastisch zu verringern, die Musikveranstaltungen zu begrenzen.

Und natürlich, wenn alles nichts hilft, die Schließung.

Unsere Vorstellungen zielten auf die Auseinandersetzungen um Jugendarbeit ab und die unmögliche Erwartung, die Jugendausschüsse und Berufsjugendlichen in der Bürokratie hätten affirmative (vielleicht heimliche) Liebe zur freien Jugendarbeit. Stattdessen wird eine Ordnungsverfügung mehr den anderen zugefügt, die „Haus der offenen Tür“ Förderung eingestellt und der Nutzungsvertrag modifiziert.

Drogenproblem

Duisburg hat den zweifelhaften Ruf, einer der größten Umschlagplätze für harte Drogen in der BRD zu sein. Ein riesiges Problem für die Stadt und auch hier zeigt sich

die Hilflosigkeit, die allerorts gegenüber dem harten Drogenkonsum und Deal aufkommt, rennt man den kleinen Dealern hinterher und bekämpft nicht die Strukturen, die konzernähnlich - das Geschäft beherrschen.

Das Eschhaus ist natürlich auch nicht frei von derlei Problematik, ein Drogentoter in der Nähe, zeigt auch die Nähe zum Haus. Ein Grund, das Haus zu schließen, Razzien zu veranstalten, eine öffentliche Kampagne vom Zaun zu brechen? Nein, es bleibt, wie es ist. Die Stadt kümmert sich nicht um Probleme, für die sie auch keine Lösung hat, wir halten die Drogen aus dem Haus heraus und die Stadt hat nichts gesehen. Der Stein könnte ja auf ihre eigenen Füße fallen, wenn sich nicht das Haus damit herumschlagen würde. Die einzige Aktion von städtischer Seite war zwei Streetworker im Haus zu installieren, die sich ausdrücklich weigerten, mit den Mitarbeitern zusammenzuarbeiten. Die Folge war ein Hausverbot für die Streetworker.

Diskriminierte Eschhausheftartikel / Jacobi-Brief



Die Liste der Konflikte ist lang, aber ein Typus taucht regelmäßig auf: Mißliebige Artikel des Eschhausheftes rufen die Ordnungsbehörden auf den Plan: Der Jacobi-Brief soll das dokumentieren. Der Münchener Schriftsteller Jacobi hatte 1979 einen kritischen Brief zur Wahl Carstens zum Bundespräsidenten geschrieben, der vom Eschhausheft abgedruckt wurde. Lästerliches, verbotenes Gedankengut, das ausgerechnet Carstens Nazi-Vergangenheit zum Thema nahm, in einer Zeit, als die Linke nach Stammheim sich kaum noch zu Wort meldete. Die Reaktionen der Öffentlichkeit und des Rates der Stadt waren fürchterlich. Der Jugendwohlfahrtsausschuß tagte und dem Haus sollte die freie Trägerschaft aberkannt werden, was einer Schließung gleichgekommen wäre da ein Teil der Förderung über diesen Status abgewickelt wurde. Zivildienstleistende hätten ebenso ihren Platz räumen müssen, wie Kursteilnehmer an den Weiterbildungseinrichtungen. Nur eine Woge der Solidarität von der Gewerkschaftsjugend bis zu kirchlichen Jugendverbänden, die den Wert der freien Jugendarbeit für die Region betonten, rettete das Haus vor der Schließung. Die erwartete Distanzierung von dem Text erfolgte nicht, eine Diskussion über den Wert der Pressefreiheit und die Folgen von

Zensur für die freie Jugendarbeit blieb aus.

Neben diesen Konflikten gab es noch eine Menge weiterer ähnlich gelagerter und eine Reihe, die auf der Verwaltungs- und Organisationsebene gelaufen sind.

Themenschwerpunkte waren: Geldforderungen, Schanklizenz, Haus der offenen Tür, Rechtsfragen, den Verein betreffend.

Vereinsmeierei

Die Provinzialität und Kleinlichkeit solcher Auseinandersetzungen mit der Stadt stehen in keinem Verhältnis zu der Anerkennung soziokultureller Arbeit, die sich landauf, landab zu wesentlichem Bestandteil von Kulturarbeit überhaupt entwickelt hat. Die besondere Blindheit der Stadt zeigt sich darin, daß sie bis heute nicht begreift, genau diese Auseinandersetzungen als produktive Äußerung der soziokulturellen Arbeit zu verstehen. Was ursprünglich als gegenseitige überregionale Interessenwahrung einzelner Zentren (KOMM-Nürnberg, BÖRSE-Wuppertal, ESCHHAUS-Duisburg) eingerichtet wurde, hat sich inzwischen als anerkannte Organisation auf Bundesebene, der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, als einen der bedeutensten Kulturträger etabliert.

Mitgliedschaften und Kooperationen

Wir sind Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Was unsere Vereinsmeierei betrifft, haben wir Vorbilder: Die Großindustrie im Spätkapitalismus, die sich ebenso wie wir den verschiedensten Gremien, Aufsichtsräten, Vereinen und Verbänden, Gesellschaften, Stiftungen, Clubs u.ä. tummeln. Wir unsererseits sind Mitglied und kooperieren mit:

Regionalzusammenschlüsse der Jugendzentren / AG SPAK; LAG/NRW;

Stadtjugendring; Kulturpolitische Gesellschaft; Netzwerk; Ökofonds; Bundesamt für Zivildienst; verschiedene ökumenische Dienste; Diebels Alt; Niederrhein-Gold;

Weinladen; Metro; Fußballverein Schwarz-Rote-Socke; Barmer Ersatzkasse;

Arbeitsamt; Colonia Feuerversicherung; Basis-Druck.

Multinationale Verbindungen: Rank Xerox; IBM; Rote Fabrik Zürich; Michelin Reifendienst.

Soziokultur zwischen Autonomie und Institution

10 Jahre Soziokultur - von der autonomen, avantgardistischen Alternative zur abhängigen, etablierten "kleinen" Hügelkultur?

Unter diesem Motto wird vom 2. bis 4. November im "Kommunikationszentrum E-Werk" in Erlangen der 17. Bundeskongreß sozio-kultureller Zentren stattfinden, der durch die „Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren“ veranstaltet wird. In dem Dachverband Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren sind seit 1976 Kommunikationszentren, Bürgerzentren, Kunsthäuser, Kulturhäuser usw. zusammengeschlossen, denen ein neuer Arbeitsansatz für die Kulturarbeit gemeinsam ist.

Während der letzten Bundeskongresse wurde immer wieder über Fragestellungen diskutiert, die zeigen, daß eine generelle Bestandsaufnahme der Arbeit von soziokulturellen Zentren wichtig und angebracht ist.

Im Mittelpunkt dieses Kongresses in Erlangen werden daher Themen und Fragestellungen stehen, die das Selbstverständnis, die kultur- und gesellschaftspolitische Bedeutung, das Verhältnis zu anderen Trägern sozio-kultureller Arbeit und Grundsätzliches zum Aufbau demokratischer Kulturarbeit betreffen.

Folgende Arbeitsgruppen sind geplant:

Zur Bedeutung, Funktion und Zielsetzung sozio-kultureller Arbeit unter freier Trägerschaft in der BRD # Aufbau, Struktur und Organisationsform bürgernaher und demokratischer Kulturarbeit

Zum Verhältnis kommunaler, kommunal-bürgerschaftlicher und freier Träger soziokultureller Arbeit

Methoden sozio-kultureller Zentren

Zielsetzung, Aufgabenstellung, Methoden und Rechtsstellung von Landesarbeitsgemeinschaften

Informationsbörse für Mitarbeiter neuer Zentren und Initiativen

Der Bundeskongreß wird am Freitag, 2. November, um 20 Uhr eröffnet. Der Samstag ist vor allem den Arbeitsgruppen vorbehalten, deren Ergebnisse in einem Plenum am Abend um 20 Uhr vorgestellt und am Sonntag auf der Mitgliederversammlung ab 9.30 Uhr diskutiert werden.

Anmeldung über: Kommunikationszentrum E-Werk, Fuchsenwiese, 8520 Erlangen Tel.: 0 91 31 / 2 70 93

VEREINS NACHRICHTEN

In der ersten Ausgabe des Wandelsblatt hatten wir versprochen, über die Entwicklung im Bereich der Selbstfinanzierung regelmäßig und ausführlich zu informieren.

Der Verein Freunde und Förderer der Öko-Bank e. V. hat diese Absicht positiv aufgegriffen und wird das Wandelsblatt künftig zur Publikation der aktuellen Entwicklung nutzen.

Vereinsmitgliedern wird das Wandelsblatt kostenlos zugestellt. Die Kosten zahlt der Verein aus den Mitgliedsbeiträgen.

DIE REDAKTION

Verein Freunde und Förderer der Öko-Bank e.V.

Erfreuliche Entwicklung

Seit der Projektmesse '84 (Ende August) in der Krebsmühle läuft sie nun endlich, die Kampagne für die Öko-Bank. Die ersten Ergebnisse übertreffen unsere Erwartungen.

Obwohl sich die Kampagne im wesentlichen auf das Rhein-Main-Gebiet beschränken mußte (Konsequenz der nach wie vor äußerst knappen Finanzmittel), sind die Mitgliederzahlen und die eingezahlten Treugelder sprunghaft angewachsen. Die Entwicklung in Zahlen:

Treugelder:

vom 1.5. bis 31.8.84 80.000 DM
vom 1.9. bis 15.9. 84 35.000 DM
vom 16.9. bis 30.9. 84 45.000 DM
vom 1.10. bis 15.10.84 95.000 DM

Aus der Tabelle wird deutlich, wie schnell das Interesse an der Öko-Bank und die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit bzw. zur finanziellen Unterstützung des Projekts angewachsen ist.

Das derzeitige Anwachsen der Treugelder auf dem Treuhandkonto um wöchentlich bald 50.000 DM reicht aus, die erforderlichen 6 Mio. zur Bankgründung in der gesetzten Frist, d.h. Bis März 1987 tatsächlich aufzubringen.

Die parallel wachsende Zahl von Vereinsmitgliedern, die sich ihrerseits wieder aktiv in die Werbung für die Öko-Bank einklicken, macht darüber hinaus wahrscheinlich, daß wir schon sehr viel früher dieses Ziel erreichen werden.

Was im März dieses Jahres und in den darauf folgenden Monaten bis zur Projektemesse noch als wahnwitziges Unterfangen erschien, ist damit mehr als realistisch geworden.

Danke Schön

Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken beim Komitee für Grundrechte, bei der Gepa, bei... Diese Organisationen befürworteten die Gründung der Öko-Bank und haben unser Informationsmaterial in ihre Verteiler aufgenommen.

Finanzen

Bei Banken denkt jede(r) an das große Geld und den wenigsten wird klar sein, wie groß persönliche Opfer die Arbeit für die Entstehung der Öko-Bank den derzeit Aktiven abverlangt.

Von den vielen ehrenamtlich aufgebrauchten Stunden soll hier nicht die Rede sein - politisches Engagement hat schon immer Freizeit gekostet und das ist auch in Ordnung so.

Zusätzlich muß aber Geld aufgebracht werden für Informationsmaterial, für Portokosten, für Reisekosten, für Anzeigen in Alternativzeitungen, etc.

Derzeit ist jedes Vorstandsmitglied persönlich mit DM 2.500 Kredit für solche Kosten verschuldet. Die Lohnkosten für Druck und Werbung werden von den damit beschäftigten Kollektiven, die allesamt ebenfalls knapp bei Kasse sind und die Ausfälle in der Regel durch Kredite ausgleichen müssen, übernommen. Es stimmt es schon verwunderlich, daß Zwischenfinanzierungsanträge bei den Öko-Fonds negativ bis abwertend beschieden werden. Bisher hat sich der Öko-Fonds nur bereit gefunden, DM 4.000 für die Werbungskosten bereitzustellen.

Ein bißchen Entscheidungsfreude an dieser Stelle wäre angebracht.

Der Verein Freunde und Förderer der Öko-Bank e.V. finanziert sich ausschließlich aus den Mitgliedsbeiträgen und den Zinsen der Treugelder, und es ist völlig klar, daß die Finanzierung aus diesen Ressourcen gerade am Anfang fürchterliche Engpässe produzieren muß.

Der Unterschied in der Liquidität des Vereins beim derzeitigen Treugeld-Kontostand von DM 250.000,- zur ersten Million, die zum Jahresende zu erwarten ist, macht bei 5% Verzinsung immerhin bald DM 40.000,- im Jahr aus. Und die Menge des aktuell vorhandenen Geldes ist entscheidend für die Geschwindigkeit der Entwicklung: je mehr Leute über Annoncen und Info-Material mit der Öko-Bank konfrontiert werden können, umso mehr Treugeber und Vereinsmitglieder ... ein Prozeß, der sich ständig potenziert.

Wer also derzeit mehr für die Entwicklung des Projekts tun kann und will, wer uns mit Krediten und/oder dem Verkauf von Öko-Bank Broschüren helfen will, der sollte sich

mit dem Vereins-Büro in Verbindung setzen.

Die Adresse: Verein Freunde und Förderer der Öko-Bank e.V., c/o Modellfabrik Weißkirchen, Niederurseler Str. 7 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/7 50 30

Regionalisierung/Beschlüsse der MV

Am Samstag, den 13. Okt. '84, hat in der Krebsmühle die erste Mitgliederversammlung des Vereins stattgefunden.

Schwerpunkt der Debatte war die Entscheidung über die so genannte „Regionalisierung“ des Vereins, d.h. die Suche nach einem Weg, den Gründungsvorstand durch gewählte und also von der Basis legitimierte Vertreter zu ersetzen.

Die Schwierigkeit dabei bestand (und besteht) darin, daß es derzeit in den Regionen noch keine arbeitsfähigen und repräsentativen Strukturen gibt, die einen sofortigen Wechsel im Vereinsvorstand möglich machen könnten.

So blieb nur die Möglichkeit, die feste Absicht der Regionalisierung und den Weg dahin

- ☞ protokollarisch festzuschreiben;
- ☞ dies — soweit möglich — in der Vereinsatzung zu verankern;
- ☞ die Erweiterung des Vorstands auf die später notwendige Zahl zu beschließen und den derzeitigen Vorstand zum Zwecke besserer Kommunikation mit Vertretern bisher nicht repräsentativer Regionen zu ergänzen, soweit solche anwesend waren und sich zu dieser Arbeit bereit fanden.

Anwesend (oder vertreten) waren 107 Vereinsmitglieder. Diese haben mit großer Mehrheit beschlossen, daß

- ☞ in §1 (Vereinszweck) ausdrücklich festgelegt wird, dezentrale Strukturen für die zu gründende Bank aufzubauen.
- ☞ in §6 (Vorstand) der Vorstand von bisher 12 auf nunmehr 22 Mitglieder erweitert wird, wobei jedes Bundesland 2 Vorstandsmitglieder stellen kann.
- ☞ der Vorstand beauftragt wird, durch Satzungsänderungen den Verein in genau festgelegter Weise zu regionalisieren.

Den Regionalisierungsbeschluß, um den in den letzten Wochen so vehement gerungen worden ist, halten wir für wichtig genug, ihn im Wortlaut wiederzugeben. Wir geben gern zu, daß wir auch ein bißchen stolz sind auf das Ergebnis, das unserer Meinung nach allen denkbaren Ansprüchen an Basisnähe und direkter Demokratie standhält.

Beschluß der Mitgliederversammlung vom 13.10.84:

„Der Vorstand erhält den Auftrag, durch Satzungsänderung den Verein Freunde + Förderer der Öko-Bank in folgender Weise zu regionalisieren:

a) Es bilden sich Landesverbände als selbstständige rechtsfähige Vereine.

b) Die Zulassung als Landesverband muß vom Vorstand erteilt werden, sobald mindestens 50 Mitglieder vorhanden, DM 100.000,- Treugelder auf das Treuhandkonto „Hagenovia Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft – Anderkonto“ eingezahlt sind und die Satzung des Vereins Freunde + Förderer der Öko-Bank anerkannt wird. Alle Mitglieder einer Region werden Mitglieder- des Landesverbands.

Es muß gewährleistet sein, daß keine beteiligungswillige Gruppe ausgeschlossen wurde.

c) Die Landesverbände wählen Delegierte. Für je 50 Mitglieder und insgesamt DM 100.000,- Treugelder stellt der Landesverband 3 Delegierte. Ab 200 Mitgliedern stellt der Landesverband die Höchstzahl von 10 Delegierten.

Die Delegierten eines Landesverbandes bilden eine selbständige Regionalkonferenz. Sie können sich gegenseitig vertreten.

d) Die Delegierten aller Landesverbände bilden die Delegiertenversammlung. Sie tritt in alle Rechte und Pflichten der Mitgliederversammlung des Vereins Freunde und Förderer der Öko-Bank ein.

e) Die Regionalversammlung tritt zusammen, sobald sich 7 arbeitsfähige Landesverbände im Sinne von 4b) gebildet haben. Sie nimmt eine Neuwahl des Vorstandes unter Berücksichtigung von § 6 der Satzung (2 Vorstände pro Bundesland) vor.

Der Finanzausgleich unter den Landesverbänden (Beiträge, Zinsen aus Treugeldern) wird vom Vorstand beschlossen. Der Finanzausgleich erfolgt halbjährlich."

Kontaktadressen:

Gerd Nowakowski, Skalitzerstr. 34, 1000 Berlin 36, 030/618 59 29/ 460 92 32

Richard Schmid, Bahnhofstr. 30, 2300 Kiel 14, 0431/73 78 29

Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, 0441/7 66 36 + 04486/15 65

Werner Daldorf, Hainholzweg 11, 3400 Göttingen, 0551/4 50 71

Dr. Karl-Heinz Brendgen, Schlesische Str. 81, 4000 Düsseldorf, 0211/22 16 42

Dr. Horst Brunöhler, Knobelweg 8, 4800 Bielefeld 16, 0521/ 7 73 11

Hartmut Schilling, Alte Kirhstr. 1a, 4950 Minden, 0571/2 43 39

Werner Noll, Fasanenweg 11, 5414 Vallendar, 0261/6 51 42

Gerhard Kern, Dörwiese 4, 5552 Morbach, 06533/35 34

Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel

Gerhard Ackermann, Maßenberg 35, 6600 Saarbrücken, 0681/7 89 72

Dieter Wallberg, Hauptstr. 66, 6901 Dossenheim, 06221/8 57 62

Oliver Förster, Amstetter Str. 27, 7000 Stuttgart 61, 0711/42 78 79

Andreas Rupp, Reutlinger Str. 13, 7412 Eningen, 07121/8 14 94

Dr. Michael Berger, Sundgaullee 55, 7800 Freiburg, 0761/8 51 61

Reinhard Böttger, Wilhelmstr. 28, 8000 München 40, 089/39 62 23

Thomas Wiedenhöft, Holsteiner Str. 12, 8500 Nürnberg 90, 0911/31 70 47

Klaus Fischer, Meierndorf 24. 8802 Burk, 09822/50 86

Eduard Bühler, Ankergässle 8, 8960 Kempten, 0831/1 31 93

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 10 ff.)

Der Kommentar

Die Mitgliederversammlung des Vereins Freunde und Förderer der Öko-Bank, einberufen nach den Einigungsverhandlungen mit Stattwerke Berlin und den Netzwerken Stuttgart und Dreiecksland bei der Projektmesse, war für viele ein Prüfstein und ist mit entsprechender Spannung erwartet worden.

Würde der antretende Vorstand sein Versprechen wahr machen, die Regionalisierung des Vereins einleiten und sich damit selbst entmachten — oder würde sich die Einigung schließlich doch als taktisches Manöver erweisen: die Mitgliederversammlung hat eben anders entschieden, was können wir machen, Achselzucken...?

Die Sache ist jetzt klar. Die Mitgliederversammlung hat sich mit großer Mehrheit für die Beschlußvorlage entschieden, die von diesem Vorstand erarbeitet worden ist.

Das ehrliche Bestreben, der zu gründenden Bank ein basisdemokratisches Fundament zu geben (und dies in der Organisationsform des Vereins schon anzulegen), wird zusätzlich deutlich in den Details der Beschlußvorlage.

Da ist einmal „der Brotkorb“ für die Anerkennung der Regionalverbände als selbständige rechtsfähige Einheiten innerhalb des Gesamtvereins deutlich niedriger gehängt worden. Die 100 Mitglieder, die seit der Projektmesse als Voraussetzung dafür im Gespräch waren (im letzten Wandelsblatt wurde darüber berichtet), sind auf 50 reduziert, und es braucht nicht mehr 9, sondern nur 7 solcher arbeitsfähigen Landesverbände, um Rücktritt und Neuwahl des amtierenden Vorstands obligatorisch zu machen.

Und da ist zum anderen eine Delegiertenkonferenz als zusätzliches Kontrollinstrument der Basis gegenüber allen künftigen Vorständen eingeführt worden.

Nach der bisherigen Satzung war der Vorstand einigermaßen allmächtig, rechenschaftspflichtig allein der Mitgliederversammlung, die nur einmal im Jahr einberufen werden mußte. An die Stelle der Mitgliederversammlung, die auf regionaler Ebene ausdrücklich als ständige Delegiertenkonferenz geplant und mit gegenseitigen Vertretungsrechten ausgestattet ist. Die Delegiertenkonferenz ist damit jederzeit handlungsfähig. Der Vorstand arbeitet mit einer Art Mandat, ständig kontrolliert und relativ leicht abwählbar. Daß sich 110 Delegierte und 22 Vorstandsmitglieder insgesamt so verfilzen, daß an der eigentlichen Basis (den örtlichen und landesweiten Mitgliederversammlungen vorbei und unbemerkt irgend etwas ausgemuschelt werden könnte, halte ich bei der Zahl der Betroffenen für höchst unwahrscheinlich. Es wird noch unwahrscheinlicher dadurch, daß je explizit das Einbeziehen aller Teile der Bewegung in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse gefordert ist. Und diese Bewegung ist bekanntlich alles andere als homogen.

Dennoch könnte man in der Vereinsorganisation noch einen Schritt weitergehen. Im

vorliegenden Beschluß wählt die Landes-Mitgliederversammlung die Delegierten, diese wiederum den Vorstand. Denkbar wäre aber auch, daß die Landes-Mitgliederversammlung sowohl ihre beiden Vorstände als auch die 10 Delegierten wählt. Die Mitgliederversammlung als eigentliche Basis würde dadurch wesentlich mehr Einfluß auf den Gang der Dinge behalten, Vorstand und Delegiertenkonferenz (gemeinsam das regional kontinuierlich arbeitende Gremium) wären unabhängiger voneinander und gleichberechtigter, gegenseitige Kontrolle der Gremien damit wahrscheinlicher.

Beiden - Vorstand wie Delegiertenkonferenz - könnte die Möglichkeit eingeräumt werden, außerordentliche Landes-Mitgliederversammlungen einzuberufen, auf denen (nach vorheriger Ankündigung) jederzeit personelle Veränderungen durchzusetzen wären.

Ich denke, die nächste Mitgliederversammlung wird einen entsprechenden Antrag vorlegen. Und nach dem Eindruck der jetzt stattgefundenen bin ich unbesorgt: alles, was mehr Demokratie verspricht und praktikabel bleibt, findet in diesem so oft „zentralistisch“ gescholtenen Verein breite Mehrheiten.

Karl

Die Ökobank – Notwendige Einrichtung der Bewegung?

Wenn man die taz aufschlägt, die Netzwerk-Rundbriefe, das WANDELSBLATT oder sogar die FR, alles schreibt und spricht über die Ökobank. Die Bank, die Bewegung in die Bewegung bringen soll. Sie kommt, ob man will oder nicht. Es gibt einen vorläufigen Aufsichtsrat, fast fertige Pläne und sogar personelle „Wünsche von oben“. Für mich ein merkwürdiges Verständnis von Basisdemokratie. Hier wird ein „Millionending“ konzipiert, der Bewegung vorgestellt, mit einer Hektik und Eile, die viel Unbehagen in mir hochkommen läßt.

Viele Fragen sind für mich offen, angefangen von der Frage, ob „die Bewegung“ sie überhaupt will, bis hin zu der Frage, was überhaupt passiert, wenn sie da ist. Welchen realen Nutzen hat sie und entspricht sie den realen Bedürfnissen?

Es fehlt an Geld?

In welcher Höhe ein Geldbedarf vorhanden ist und wofür, ist für mich bislang völlig ungeklärt, ebenso wie die Auswirkungen, die eine Befriedigung eines solchen Bedarfs hätte.

Völlig unbestritten ist, daß einer vorhanden ist, weil an alten Maschinen produziert wird, die betriebliche Ausstattung vielfach mangelhaft ist, auf einen den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechenden Lohn verzichtet wird, ebenso wie auf notwendige soziale Absicherung. Der Arbeitstag ist oft länger als 8 Stunden, weil die Betriebsmittel eine effektivere Arbeit nicht erlauben, und der Druck der Konkurrenz, sowohl aus der eigenen Scene sowie den traditionellen Betrieben, teilweise enorm ist.

Auch in Bremen wurde, als es um Forderungen an den Bremer Senat ging, schnell ein Bedarf von 5,7 Millionen DM ermittelt. Nur zwischen der Ermittlung eines möglichen Bedarfs und den real notwendigen Mitteln ist ein himmelweiter Unterschied.

Völlig außen vor ist das Problem — und ich bin sicher, daß es ein Problem wird -, was passiert, wenn die Kohle da ist??? Wofür wird sie konkret verwendet und welche Auswirkungen hat das? Wo wollen wir überhaupt hin und wie gehen wir mit Geld um?

In erster Linie geht es doch nicht um die Erhöhung des Einkommens oder die Verbesserung der sozialen Absicherung (Krankheit, Unfall, Berufsunfähigkeit). Hierzu muß der Umsatz erhöht werden, die Konkurrenzsituation verbessert, ein neuer Markt

erschlossen, resp. neuer Marktanteil erkämpft werden.

Folglich gehen die Gelder in Hauseigentum, Grundbesitz, Maschinen, Rohstoffe, Halbzeuge, Arbeitsmittel und in den Wareneinkauf. Nur jeder Kredit hat Folgen, er muß nämlich nebst Zinsen zurückgezahlt werden. Das bedeutet, sofern wir noch nicht weiter auf Einkommen und soziale Absicherung verzichten wollen, daß mehr Umsatz gemacht werden muß, egal, wo der Kredit herkommt, auch wenn die Rückzahlungsmodalitäten unterschiedlich sein mögen.

Kredite bedeuten immer einen ökonomischen Druck. Dieser kann aber auch immer dazu führen, daß man seine Prinzipien, die uns von traditionellen Betrieben unterscheiden, sehr schnell aufgibt.

Bei der ganzen Frage nach dem Geldbedarf geht es mir hauptsächlich darum, sich über die Folgen im klaren zu sein und bei der Mittelbeschaffung behutsam und solide mit dem Geld umzugehen.

Wie gehen wir überhaupt mit der Konkurrenz untereinander um, oder mit traditionellen Betrieben? Wie und wofür setzen wir unser Geld ein? Bislang ist mir diese Diskussion viel zu kurz gekommen, als daß ich mich jetzt mit einem „Millionentopf“ beschäftigen möchte, der wie ein warmer Regen über die Alternativprojekte ausgeschüttet wird. Wo will die Bewegung überhaupt hin? Noch ein Fahrradladen oder noch eine Tischlerei im Ort? Wie sind unsere Perspektiven? Eine ökonomische Kraft (meinetwegen auch Macht) darzustellen, ist sicherlich ein wichtiger Gedanke. Wo bleiben dabei unsere politischen Inhalte und wirtschaftlichen Überlegungen nebst ihren Folgen?

Zukunft der Bewegung

Für mich kann das Projekt „Ökobank“ nur das Ergebnis eines konkreten Bedarfs der Bewegung sein. Abgesehen davon, daß sich unter dem Begriff „Bewegung“ alles mögliche subsumiert, unterstelle ich, daß es um eine Bewegung für eine selbstverwaltete Wirtschaft geht. Daß an allen Ecken und Enden Geld gebraucht wird, zieht für mich als Argument für eine Ökobank überhaupt nicht. Bislang haben wir es immer noch geschafft, uns über Wasser zu halten. Wenn es aber darum geht, einen ökonomischen Arm zu schaffen, wo ist dann der politische Arm?

Wir beschäftigen uns mit einem überregionalen Millionending, ohne daß wir uns überhaupt regional organisiert haben. Wenn solche Zusammenschlüsse bestehen, dann in der Regel noch nicht sehr lang. Bevor ich mich aber mit überregionalen Einrichtungen und Zusammenschlüssen befasse, möchte ich dieses erst mal im kleinen tun. Der Aufbau eigener Interessenverbände, der Austausch zwischen den Betrieben, die ökonomische und politische Zusammenarbeit vor Ort ist mir wesentlich wichtiger und notwendige Voraussetzung.

Erst über diesen Austausch können gemeinsame Bedürfnisse formuliert und kollektive Lösungsmöglichkeiten angegangen werden.

So etwas kostet Zeit und so weit sind wir noch gar nicht. Von daher erscheint mir die Ökobank auch als eine Sache, die der Bewegung aufgesetzt wird, weil überhaupt noch nicht von ihr getragen.

Wir haben uns noch nicht einmal auf regionaler Ebene zusammengesetzt und über Geldbedarf und kollektive Geldbeschaffung unterhalten, auch vermitteltst eines politischen Drucks, den vielleicht ein solcher Zusammenschluß ausüben kann. Aber wir beschäftigen uns mit einer Ökobank.

Ich bin der festen Überzeugung, daß, solange regional nicht über Zusammenarbeit diskutiert wird, die Ökobank Gefahr läuft, sich zu verselbstständigen und Selbstzweck zu werden.

Netzwerk und Alternativen

Was mir bei der Diskussion auch fehlt, ist die zukünftige Rolle der Netzwerke. Ich habe bislang kein einziges Wort darüber gelesen. Soll die Ökobank die Mittelvergabe der Netzwerke ersetzen oder ergänzen? Soll sie lediglich ergänzt werden, wären dann Überlegungen, den Netzwerken mehr Mittel zur Vergabe zu verschaffen, nicht sinnvoller? Neben der Projektberatung, den Bemühungen um verstärkte Vernetzung, sehe ich die Verteilung finanzieller Mittel in Form von Zuschüssen und Krediten inzwischen als nicht unwesentlichen Bestandteil der Netzwerke an. Ein Bereich, der bereits Strukturen aufweist, Erfahrungen gesammelt hat und durch die Beiräte kontrolliert wird und der m.E. noch eine verstärkte Unterstützung dringend gebrauchen kann.

Darüber hinaus gibt es bislang meines Wissens Bereiche alternativer Geldbeschaffung, die bisher überhaupt noch nicht ausgetestet sind. Verstärkte Direktvermittlung über die Netzwerke, Verbände und Zusammenschlüsse mit Banken, insbesondere der GLS-Bank, den Genossenschaftsbanken etc.. Es gibt schon eine Menge Ideen, aber es liegt an den Projekten selbst, sich zusammenzuschließen und sie kollektiv anzugehen. So etwas kann nicht von oben initiiert werden.

Bei der Ökobank-Diskussion wird immer davon ausgegangen, daß die Projekte brav alleine zu den Kreditgebern marschieren und alleine wenig erreichen. Stimmt, aber das muß doch nicht so bleiben!

Den Banken das Geld wegnehmen

Ich halte dieses Argument für eine Augenwischerei. Gesetzt der Fall, es gäbe eine Ökobank. Die Kollektive haben kein Geld, sie brauchen welches. Die Scene hat auch keines. Bleiben also die Besserverdienenden, welche die Bewegung unterstützen wollen, sei es aus politischen oder Gewissensgründen. Dazu kommen vielleicht noch die Grünen, die Netzwerke (?), und dann? Sie alle bringen also ihr Geld zur Ökobank. Abgesehen davon, daß nun erst einmal ein Teil als Bürgschaft bei der Bundesbank hinterlegt werden muß (und vielleicht direkt in die Rüstung geht), ist den Banken ein

vielleicht nicht unerheblicher Teil an Geld entzogen worden. Nun kommen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Menge Anträge von Projekten und Betrieben auf Kreditgewährung, sowie auch von Einzelpersonen.

Was passiert? Ein Teil der Kredite wird sicher genehmigt. Abgesehen davon, daß ich eigentlich wenig Lust habe, den Eigenheimbau oder Autokauf verschiedener Privatpersonen mitzufinanzieren, erhalten die Projekte und Betriebe das Geld. Sie kaufen sich also Maschinen, Rohstoffe, Waren etc. Da es aber keinen alternativen Wirtschaftskreislauf gibt, fließt das Geld nunmehr zurück zu den Banken, von denen es gekommen ist.

Ich finde es unehrlich, als Argument hervorzuheben, man nehme den Banken das Geld weg. Es stimmt so schlicht und einfach nicht! Es geht dorthin zurück, wo es hergekommen ist. Folglich fließt es genauso in die Rüstung, in die Dritte Welt oder werden AKWs finanziert. Es wird lediglich eine Station dazwischen geschaltet.

Weiter wird angeführt, daß die Kreditvergabebedingungen günstiger sein können. Solange wir individuell zu den traditionellen Banken marschieren, mag das sein. Es liegt aber auch an uns, ob wir nicht regional mal den Versuch unternehmen, kollektiv die Bedingungen auszuhandeln. Meines Wissens hat sich die GLS-Bank durchaus positiv hierzu verhalten.

Bevor ich Kraft, Zeit und Geld in eine Ökobank-Gründung stecke, würde ich erst einmal gerne die regional vorhandenen Möglichkeiten austesten und ausschöpfen. Möglichkeiten, die regional von uns gestaltbar und kontrollierbar sind und zudem eine Diskussion unter uns voraussetzen.

Harald Deerberg

Ökobank contra Direktkreditvermittlung oder das integrierte Friede-Freude- Ökoba(n)cken Konzept

Seit fast einem Jahr verstummen die Berichte über eine alternative Finanzierung der selbstverwalteten Betriebe (SVB) und Projekte nicht mehr. Seit es die Diskussion um die Staatsknete oder der Streit zwischen den Ökopunkern und den Stattwerken/Netzwerken gibt - der richtige Weg zum Geld war äußerst strittig. Dies ist nun über Nacht am Rande der Frankfurter alternativen Messe, zum Schnee von gestern geworden - so jedenfalls verkündet es das Einigungspapier der beteiligten zwei Parteien. Wesentlicher Punkt des neuen Konzepts ist die Dezentralisierung der Ökobank. Dies geschieht auf zweierlei Weise:

a) Der "Verein Freunde und Förderer der Ökobank e.V. besetzt seinen Vorstand mit je zwei Vertretern aus noch zu gründenden Regionalvereinen. Dies ist frühestens dann möglich, wenn mindestens neun solcher Vereine geschäftsfähig sind. Jeder dieser Vereine bedarf der Bestätigung durch einen Beirat. Sollte diese Regionalisierung nicht zustande kommen, so verfolgt der Verein seine Ziele nach alter Satzung weiter, und der bisherige Vorstand bleibe in Amt und Würde.

b) Die Eigenkapitalaufbringung zur Gründung einer Bank (6 Mill.) bzw. Die späteren Bankleistungen werden ebenfalls dezentralisiert. Hierfür müßten aber noch die rechtlichen Voraussetzungen geprüft werden. Die Dezentralisierung geschieht in Form von so genannten Finanzkoops, die sich als Verein, Genossenschaft oder GmbH organisieren können.

Ohne Zweifel: eine wesentliche strukturelle Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen, abgehobenen Bankenkonzept. Doch eine kritische Betrachtung der bisherigen und neueren Entwicklung scheint angebracht.

Unstrittig war und bleibt die Tatsache, daß sich der alternative Geldbedarf mit den derzeitigen Finanzierungsmöglichkeiten durch Netzwerke bzw. Ökofonds nicht mehr decken läßt. Die Ökopunker wollen nun diesen Bedarf mit einer Genossenschaftsbank abdecken, die auch in anderen Bereichen (außer umweltzerstörende und militärische Objekte) Kredite abwickelt. Mit dem Kreditwesengesetz vorgeschriebenen zu erwirtschaftenden Gewinn sollen, so die Genossenschaftsversammlung es will, Kredite an SVB subventioniert werden. Fällt der Gewinn einmal nicht hoch genug aus oder die Genossen stimmen dem nicht zu, so bezahlen SVB auch geschäftsübliche Zinsen. Man bedarf also einer Bank, die ca. 80% ihres Geschäftsvolumens im konventionellen Bereich abwickelt, um den noch festzustellenden Bedarf der alternativen Projekte zinsgünstig zu befriedigen.

Das Konzept der Kreditvermittlung sieht die Vergabe von Krediten auf direktem Wege vor. Potentielle Kreditgeber legen ihr Guthaben auf ein Treuhandkonto. Die Vergabe an SVB erfolgt nach sorgfältiger Wirtschaftlichkeitsprüfung über eine qualifizierte Fachkraft und im Einvernehmen mit dem Kreditgeber. Dieser erhält als Zinsen entweder einen Inflationsausgleich oder aber Sparbuchzinsen. Vorteil dieses Konzepts: wesentlich günstigere Zinsen als jede Bank sie anbieten kann. (Auf diesem Weg sind bisher weit über eine Million DM in die Bewegung geflossen.) Probleme tauchen jedoch bei den Sicherheiten auf. Für den Kreditgeber müssen Absicherungen eingerichtet werden, die evtl. Ausfallbürgschaften übernehmen können (Bürgschaftsbank). Unklar bleibt auch die Entwicklung des Finanzbedarfs im alternativen Sektor. Steigt er rasch in zig Millionenhöhe, wäre dies mit Direktkreditvermittlung (DKV) sicher nicht mehr leistbar. Verlässliche Zahlen und vor allem Erfahrungen auf diesem Gebiet liegen zur Zeit jedoch nicht vor. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß mit DKV die Option für eine Bank nicht verbaut werden. Das Eigenkapital einer Bürgschaftsbank könnte durchaus in Haftungsmittel für eine Genossenschaftsbank umgewandelt werden.

Der wesentliche Unterschied der beiden Konzepte liegt nicht nur im Weg zur Finanzierung der SVB. Die Netzwerke (NW) wollen ausschließlich SVB und alternative Projekte, auch im sozialen und politischen Bereich beraten und finanzieren. Dazu werden Know how und Knete direkt vermittelt. Die alternative Szene machte NW-Strukturen erforderlich, nicht umgekehrt! Die Ökobank möchte durch ihre Etablierung den alternativen Markt erweitern und vergrößern. Sie wird im gewissen Sinn durch ihre Geschäftspolitik die Entwicklung der Alternativen mit bestimmen. Auch eine alternative Bank stellt einen Machtfaktor dar, so wie die Dresdner Bank einen Machtfaktor für die Marktwirtschaft darstellt. Obwohl mit dem vorliegenden Einigungspapier der Höhenflug der Ökobank etwas abgeflacht wurde, bleiben die ursprünglichen Differenzen der beiden Konzepte in wesentlichen Punkten bestehen. Der alternative Markt ist nicht irgendeine Marktlücke, die die Innovation des herrschenden Systems betreibt. Die alternativen Projekte hatten und haben eine politische Bedeutung, nämlich gerade zu diesem System die besseren Alternativen aufzuzeigen.

Was tun, sprach die Sau, die Bänker klauen mir meinen Trog! Keinesfalls! Die Ökobank hat Marken gesetzt, an denen die NW nicht mehr vorbei kommen. Ebenso unbestritten ist, daß die derzeitige Diskussion von der Ökobank beherrscht wird. Doch deshalb ist das Modell der DKV noch lange nicht gestorben. Schließlich sieht das Einigungspapier ja das friedliche Nebeneinander beider Konzepte vor. Die DKV muß so schnell wie möglich auf regionaler Ebene angeboten werden. Gleichzeitig muß die Absicherung solcher Kredite durch ein verlässliches Instrument gewährleistet werden. Dazu brauchen wir die Bürgschaftsbank.

Andererseits wäre es ein schwerer Fehler, die Ökobank sich selbst zu überlassen. Die NW in BaWü sollten einen Regionalverein der Ökobank anstreben, um auf die Ökobank im Sinne der bisherigen NW-Arbeit Einfluß nehmen zu können.

Hubert, Netzwerk Nordbaden

KLEINANZEIGEN

Suchen Leuchttisch, Größe ca. 50 x 70 cm. Tel.: 06221/16 14 94 (Druckwalze)

Siebdruckzubehör billig abzugeben: Rahmen, Rakeln, Beschichtungsrippen, Schwingen, HPR Vorschaltgeräte und Strahler, Hochdruckreiniger, Reprokamera A3. Tel.: 07051/2 06 36, Burkhard

Eine vertrackte Beziehungskiste – die Ökobank

Eine romantische Liebesgeschichte war es von Anfang an nicht. Kurz nach dem Kennenlernen ging es schon los. Man warf sich gegenseitig überzogene Ansprüche um die Ohren und das Klima war voller Mißtrauen. Von wegen nicht einengende Beziehung bzw. traditioneller Zweier-Kiste. Es kamen Verdächtigungen hoch und bald bestand die Kommunikation vor allem nur noch aus dem Formulieren von Vorwürfen und deren Abwehr. Schließlich gelang es, in einem klärenden Beziehungsgespräch eine gemeinsame Linie zu finden. Es wurde beschlossen, zusammen zuziehen, bei Wahrung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Doch kaum war man zusammengezogen, gab es den ersten Krach. Unter freien Entfaltungsmöglichkeiten verstand halt jede(r) was anderes und es ging wieder los: Ansprüche, Vorwürfe, Rechtfertigungen.

Eine Geschichte aus dem Leben. Nur ist das nicht irgendeine Beziehungskiste, sondern beschreibt dies in etwa die Geschichte der Auseinandersetzung um die Ökobank (vergl. Oktober-Ausgabe dieser Zeitung).

Mitte Oktober traf sich der Verein Freunde und Förderer der Ökobank zu seiner Mitgliederversammlung, um den „Kompromiß von Oberursel“ auch per Vereinsbeschuß umzusetzen. Doch wer glaubt, daß dies lediglich ein formaler Akt gewesen wäre, täuscht sich stark. Was dort geboten wurde, war urdeutsche Vereinsmeierei. Man ergötzte sich wieder mal an formalrechtlichem Formulierungs-Hick-Hack, angereichert mit polemischen Ausfällen auf beiden Seiten. Eine inhaltlich-politische Diskussion fand nicht statt.

Fazit: Es wurde ein Dezentralisierungskonzept verabschiedet, das eine relative starre Landesverbandsstruktur vorsieht, die gewährleistet, daß möglichst effektiv Eigenkapital für die Bank gesammelt wird, jedoch den Aufbau von regionalen Finanzstrukturen (Beratung, Kreditvermittlung u.ä.) vernachlässigt. Dies führte dazu, daß sich die STATTwerke-Netzwerk-Fraktion (mit Ausnahme von Netzwerk Berlin) zurückzog. Die Reduzierung des Bankaufbaus auf die Geldsammelei war nicht tragbar, die Atmosphäre auf der Mitgliederversammlung so vergiftet, daß eine konstruktive Zusammenarbeit nicht mehr möglich erscheint.

Wie geht es nun weiter?

Die beiden Fraktionen werden sich nun (hoffentlich) nicht gegenseitig niedermachen. Doch dürfte es für alle Beteiligten besser sein, nur noch getrennte Wege zu gehen. Der Ökobankförderverein mit seinen Landesverbänden widmet sich weiterhin der Geldsammelei und STATTWERKE/Netzwerke bauen unabhängig davon Finanzstrukturen auf, was sie ebenfalls schon tun. Am Ende dieses Prozesses wird man sich wieder an einen Tisch setzen müssen, um zu sehen, wie denn eine

gemeinsame Bank auszusehen hat. Darüber gibt es nämlich gar nicht so große Differenzen.

Also: Man zieht wieder auseinander, bleibt in Kontakt und trifft sich vielleicht ab und zu, ganz zwanglos natürlich. Und wenn jeder etwas Abstand gewonnen hat, sich nach eigenen Bedürfnissen eingerichtet hat, muß sich zeigen, ob es nicht doch zusammen geht.

Denn: es ist schon ganz schön schwer — ohne den anderen.

Michael Makowski

WER SOLL DAS BEZAHLEN

Alternative Finanzierung für alternative Betriebe

NETZWERK NORDBADEN informiert über neue Ansätze, das Geld der Bewegung in die richtigen Taschen kommen zu lassen und damit auch die Finanzprobleme alternativer Betriebe zu lösen:

- ☞ ÖKOBANK
- ☞ Direktkreditvermittlung

Ort und Zeit: 9. November, 20 Uhr bei der HandwerkerGenossenschaft, Linkes Ufer 20-24, 6800 Mannheim.

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 12)

Wie geht es weiter mit der Branchenseite?

Unplanmäßig kommt diese Branchenseite wieder aus Berlin. Bei der Werkstatt für Druck und Grafik waren bis zum 17.10. keine Beiträge eingegangen.

Für die nächste Ausgabe haben die Kollegen von TIAMAT-Druck in Düsseldorf die Arbeit übernommen. Sie haben bereits einen Beitrag über die Probleme der Zusammenarbeit mit den „Grünen“ geplant. Außerdem liegt aus Freiburg ein Interview mit einem Kollektivistin über seine Arbeit in der Druckerei und sein Ausscheiden vor.

Geplant für die nächsten Ausgaben sind außerdem: Bericht über Druckerei Geffken in Bremen, die vor 16 Monaten von den Beschäftigten übernommen wurde.

Erfahrungsaustausch über die besondere Stelle eines Arbeitsvorbereiters. Vergleich verschiedener Lohnsysteme z.B. Einheitslohn, ertragsabhängiger Lohn, Bedürfnislohn. Vorschläge zur Preis- und Kostenkalkulation. Erfahrungsbericht über Methoden der Qualitätskontrolle.

Für eine - denkbare - Ausweitung der Branchenseite und des Wandelsblattes ist allerdings ein drastischer Anstieg der Abos erforderlich, für Satzkosten der Branchenseite sollten auch noch einige kleinere Beiträge auf das Konto des Druckerinfos eingehen.

Bitte unterstützt das Experiment dieser Zeitung durch sofortiges Abonnieren.

Am letzten Wochenende im Januar 85 finden hier in Berlin die zweiten „Wintertage“ statt. Voraussichtlich wird es auch wieder ein gut besuchtes Branchentreffen der selbstverwalteten grafischen Betriebe werden. Aus den Erfahrungen vom Vorjahr haben wir gelernt, wie wichtig für solche Treffen eine gute Vorbereitung durch Diskussionspapiere ist. Bitte sendet sie entweder hierher nach Berlin, besser noch an die Adresse der nächsten Redaktion der Branchenseite.

Artikel für die nächste Ausgabe der Branchenseite „Grafische Betriebe“ bis zum 15.11.84 senden an TIAMAT-Druck, Luisenstraße 69, 40 Düsseldorf, Tel. 0211-379400.

Spenden für Satzkosten und chemische Untersuchung von Druckhilfsmitteln auf Giftigkeit bitte überweisen auf das Druckerinfo-Konto: Ronald Jurock, Postscheckamt Berlin W., Konto-Nr. 468767-100, BLZ 10010010.

Constantin Bartning/Oktob Druck Berlin

(Vielen Dank an Anne und Helmut für die Unterstützung)

Zu ungleichmäßige Auslastung: Rasante Berg- und Talfahrt eines Kollektivs

Der folgende Artikel soll widerspiegeln, mit welchen Fragen wir uns seit einigen Wochen ansatzweise auseinandersetzen. Auseinandersetzen deshalb, weil wir plötzlich nach Monaten der Produktionsauslastung von einem Tag auf den anderen Flaute haben. In dieser Situation ist dieser Artikel entstanden, der kein Ergebnis unserer Diskussion ist, vielleicht auch keine Hilfe für andere Kollektive in ähnlichen Situationen darstellen kann, sondern nur die Überlegungen aufzeigt, die sich in unserem Kollektiv zeigen und sicher nicht von allen so geteilt werden. Es sind erste Gedanken, die auf ihre Richtigkeit noch geprüft werden müssen.

Unser Anspruch

Theoretisch ist uns klar, daß wir versuchen und natürlich auch praktisch zeigen wollen, daß wir andere menschengerechtere Formen des täglichen Broterwerbs entwickeln. In der Realität führen diese Überlegungen dazu, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und in Kollektiveigentum der im Betrieb arbeitenden Menschen übergeht, daß wichtige Entscheidungen vom Anspruch her kollektiv getroffen werden, daß wir unseren politischen Anspruch auch in der Arbeit dadurch versuchen umzusetzen, daß wir nicht für jeden Kunden arbeiten und Aufträge nach ihrer politischen Intention selektieren. Das „normale“ Kunden-Druckereiverhältnis soll sich zugunsten eines „solidarisch-miteinander-umgehens“ verändert werden, und nicht zuletzt wollen wir praktisch demonstrieren, daß es möglich ist, auch innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine eigene Ökonomie zu entwickeln, die trotzdem und oftmals besser funktioniert und mit dazu beitragen kann, dieses System zu verändern.

Ernüchterung

Gemessen an der täglichen Praxis zeigen sich allerdings Widersprüche, die uns dazu zwingen, unsere eigenen Ansprüche und Ziele mit der Alltagsrealität zu vergleichen und verwertbare Ergebnisse daraus zu ziehen. Wir haben in unserem Betrieb die Erfahrung gemacht, daß nicht bewußt genug mit unseren Ansprüchen und Zielen umgegangen wird. Das liegt wohl in aller Regel daran, daß wir in Hochkonjunkturzeiten mit starkem Termindruck genauso funktionieren müssen wie normale kapitalistische

Druckereien auch. Der Produktionsablauf muß störungsfrei und fließend sein, die Produktion aller Mitarbeiter nähert sich an die Schwelle des Akkords. Solche ein Ablauf verselbständigt sich sehr schnell, entwickelt eine eigene Dynamik und verhindert durch die zu geringe Zeit, die bleibt, um sich innerhalb des Kollektivs auch mit uns selbst zu beschäftigen, eine kritische und genaue Reflektion der betrieblichen Situation, wirtschaftlich und auch ideologisch. Auf ökonomischer Seite ist es oftmals schwierig, einen genauen Überblick über die reale Situation zu bekommen, die sich aus vielen Teilbereichen zusammensetzt. Dieser Prozeß fällt schwerpunktmäßig in den Verwaltungsbereich, der bei uns nur am Rande neben allen anderen Arbeiten abgedeckt wird. Die meisten kleineren Kollektive können es sich finanziell nicht leisten, einen Kollegen nur für den Verwaltungsbereich abzustellen, der dann in der direkten Produktion fehlt oder aber zusätzlich ins Kollektiv aufgenommen wird. Daß eine Entscheidung für solche eine innerbetriebliche Organisation manchmal sogar existenzsichernd sein kann, will ich kurz aufzeigen. Bei uns zeigt es sich tagtäglich, daß Unzufriedenheit dadurch entsteht, daß Kollegen neben ihrer Tätigkeit in der direkten Produktion, die ein Höchstmaß an Konzentration und Kontinuität erfordert, sich so nebenbei um die Kunden kümmern müssen, Rechnungen schreiben, Werbungen entwerfen, Steuern machen. Alles Teilbereiche, die für sich genommen genauso wichtig sind, wie der Druckbereich oder die Repro.

Ich will dies kurz an den Bereichen Kundenbetreuung, Angebote und Werbung festmachen. Es darf von uns nicht verkannt werden, daß Kunden speziell dann, wenn sie bewußt mit ihrer Drucksache zu einem Kollektivbetrieb kommen, auch eine gewisse Erwartungshaltung in Bezug auf den Umgang mit ihnen haben, die ja auch theoretisch unseren Ansprüchen entgegen kommt.

Brauchen Kunden Zuwendung?

Auch „Scene-Kunden“ brauchen das Gefühl, daß wir ihre vielleicht noch so kleine Drucksache sehr ernst nehmen und uns intensiv mit ihr befassen. Groß ist dann wohl die Enttäuschung, wenn im Schnellgang sein Auftrag von einem Kollegen angenommen wird, der entnervt aus seiner Produktionsarbeit gerissen wurde und verständlicherweise keine Zeit hat. Daß dieser Kunde dann beim Schnelldruck landet, weil der Kleinunternehmer hinter seiner Theke mehr Zeit für ihn hat, ist vielleicht zu verstehen, auch wenn solch eine Entscheidung nicht von einer konsequenten Bewußtseinshaltung zeugt. Ähnlich sieht es mit der Angebotsarbeit aus. Bei uns werden dann, wenn der Streß groß ist und wir genug zum Drucken haben, kleine Anfragen, die spezielle Dinge wie Preise für verschiedene Auflagen bei verschiedenen Seitenumfängen haben, nicht oder aber sehr spät behandelt, weil die Zeit fehlt, sich eine Stunde für die Kalkulation eines 200-Mark-Auftrages hinzusetzen.

Oberflächlichkeit

Und mit der sehr notwendigen Werbung sieht es ähnlich fatal aus. Jeden Monat vor

Redaktionsschluß der diversen Zeitungen die gleiche Hektik bei der Frage, wie unsere Anzeige aussehen soll. Da wird dann mangels guter Einfälle irgend was lay-outet und reingesetzt. Oftmals so wenig ansprechend und auffällig gestaltet, daß sie einfach überblättert wird. Wenn dann bei uns plötzlich von einem Tag auf den anderen Auftragsflaute herein bricht, frage ich mich oftmals, ob das nicht auch eine Konsequenz aus diesen Oberflächlichkeiten ist. Sicher ist der Einwand richtig, daß Flaute primär andere Ursachen wie z.B. das Ende eines Wahlkampfes, Schulferien etc. haben. Doch glaube ich schon, daß die obigen Fehler auch ihren Stellenwert haben, würden wir doch gerade jetzt gerne all die kleinen Aufträge haben, um wenigstens unseren Minimalumsatz zu erreichen. Und dann zeigt sich für uns die Schwierigkeit, diese existenzbedrohende Situation auf ihre Ursachen hin zu untersuchen.

Blockierte Entwicklung?

Solche Flaute zehren stark an der oftmals schwachen Finanzdecke der Kollektive und führen immer wieder dazu, daß Überschüsse aus guten Auftragszeiten aufgebraucht werden. So fehlt dann das Geld für die notwendigsten Investitionen, die zu einer Weiterentwicklung oder Aufrechterhaltung der Produktion und ihrer Formen notwendig wären. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir in den fast 4 Jahren Druckerei nie in der Lage waren, selbst mittlere Investitionen auch nur teilweise durch Rücklagen abzudecken. Dies führt dazu, daß Investitionswünsche immer wieder in die Zukunft verlegt werden, verbunden mit der Hoffnung, daß sich unsere finanziellen Probleme irgendwie schon selbst lösen werden. Nur bedeutet dieses auch weiter, genauso zeitintensiv und auch unrentabel zu produzieren und fehlende Maschinenleistung und Kapazität durch Improvisationen und längerer Arbeitszeit auszugleichen. Und längere Arbeitszeit bringt letztendlich wieder mit sich, daß die Kraft und Zeit fehlt, uns mit unseren eigenen Strukturen auseinander zusetzen und so einer Verselbständigung unserer Entwicklung entgegenzuwirken. Da sich niemand kontinuierlich mit diesen Bereichen befaßt hat, ist es schwierig einzuschätzen, ob dort Versäumnisse vorliegen und wo angesetzt werden muß, Aufträge zu bekommen. Dann werden wie immer hektische Aktivitäten entwickelt und all jene Dinge getan, die tagtäglich laufen müßten, wie Angebote schreiben, Preislisten verschicken, potentielle Kunden anrufen, gute Werbungen entwerfen. Dann ist endlich Zeit, unsere eigenen Strukturen zu diskutieren und auch in bescheidenem Umfang den „Markt zu beobachten“ und abzuklären, wo sich für uns neue Möglichkeiten auftun könnten.

Geht es auch anders?

Abschließend läßt sich sagen, daß ich es für notwendig halte, daß wir uns mit all diesen Fragen inhaltlich auseinandersetzen und prüfen, ob nicht konjunkturelle Einbrüche zumindest durch eine intensivere Beschäftigung mit diesen Bereichen teilweise aufgegangen werden können und nicht so existenzbedrohend werden. Ob dieser Diskussionsansatz so richtig ist, muß von Betrieb zu Betrieb entschieden werden, ich

werte ihn zumindest als Teilursache für Auftragsflauten.

Piet für das Druckerkollektiv TIAMAT, Düsseldorf

Bericht aus einem Druckerei-Projekt in Peru

Der folgende Bericht vom Frühjahr 84 stammt von Winne Wenning, derzeit Entwicklungshelfer beim DED. Winne ist gelernter Buch- und Offsetdrucker. Er hat schon unter Allende in Chile als EH gearbeitet. In Berlin druckte er bei verschiedenen Groß- und Kleinbetrieben und mehrere Jahre bei Oktoberdruck.

Das Gesamtprojekt

Seit Mitte des Jahres 1983 bin ich in Cusco in einer Druckerei tätig, die dem CENTRO DE LAS CASA angeschlossen ist. Es handelt sich hierbei um einen selbständigen, privaten Projektträger, der aus dem Ausland finanziert wird. Die Mitarbeiter des CENTRO, meist Soziologen, in der Mehrzahl Peruaner, widmen sich hauptsächlich der selbstgestellten Aufgabe, im andinen Raum soziologische Untersuchungen durchzuführen, deren Ergebnisse dann als Artikel in einschlägigen Zeitschriften oder als Buchform veröffentlicht werden. Der Leiter des CENTRO ist ein französischer Padre der dem Dominikaner Orden angehört.

Eine zweite Form an die Öffentlichkeit zu treten, besteht darin, monatlich eine kleine Zeitschrift herauszugeben. SUR behandelt ausschließlich Themen, die die im Hochland lebenden Bauern und Landarbeiter angeht.

Drittens widmet man sich der Herausgabe von Broschüren und Büchern, die entweder über Probleme der im Andenraum lebenden Landbevölkerung berichten, oder eben für diesen peruanischen Bevölkerungsteil wertvolle Ratschläge und Hinweise auf den unterschiedlichsten Gebieten geben. Die meisten Druckerzeugnisse werden in der angeschlossenen Druckerei hergestellt. Da lediglich die Selbstkosten berechnet werden, steht dem interessierten Leserpublikum eine preiswerte Informationsquelle zur Verfügung.

Zu den Abnehmern der Druckerzeugnisse gehören Teile der Landbevölkerung soweit sie lesen kann. Teile der Stadtbevölkerung aus den Centren wie Cusco, Puno, Arequipa, sowie Studenten, die im Rahmen ihres Studiums auf diese für sie preiswerte Fachliteratur zurückgreifen.

Für den Wissenschaftler gibt es vom CENTRO herausgegebene Fachliteratur. Nach Selbsteinschätzung des Projektträgers ist das CENTRO DE BARTOLOME DE LAS CASAS mit seinen ESTUDIOS RURALES ANDINOS als fortschrittlich und dynamisch einzustufen. Mit dieser selbstgestellten Aufgabe und Stoßrichtung sieht es sich im Raum Cusco einigen hausgemachten Schwierigkeiten ausgesetzt, die vom

kürzlich neu eingesetzten Erzbischof ausgehen. Es ist aber zu erwarten, daß die Aufklärungsarbeit und Beratung der erklärten Zielgruppen weiter geht. Die Voraussetzungen die Öffentlichkeitsarbeit des CENTRO werden im praktischen Bereich in der angeschlossenen Druckerei geschaffen.

Vorab eine Klarstellung. Während alte Mitarbeiter des CENTRO, bis hin zum Chaffeur und der Reinemachefrau durch die Spendengelder aus dem Ausland bezahlt werden (es sei ihnen gegönnt), also losgelöst von der beträchtlichen Inflation im Land, ist die Druckerei abgenabelt vom CENTRO und muß sich wirtschaftlich selbst tragen, einfach durch die ausgeführten Arbeiten. Diese Tatsache schafft Ungerechtigkeiten auf dem Einkommenssektor. Denn die Mitarbeiter der Druckerei fühlen sich dem CENTRO zugehörig. Sie haben schon des öfteren ihrer Unzufriedenheit über diesen Zustand Ausdruck verliehen, aber bisher ohne Erfolg.

Die Druckerei

Die Druckerei ist ein reiner Produktionsbetrieb mit allen typischen Merkmalen, als da sind: Termindruck, Ansprüche an die Qualität der hergestellten Arbeiten und das Muß für die Druckerei Profit zu machen um wirtschaftlich zu überleben. Sie ist unterteilt in eine Repro-Montageabteilung, einen kleinen Druckmaschinenraum, Buchbinderei und hat die Möglichkeit der eigenen Satzherstellung auf 2 IBM-Schreibmaschinen. Insgesamt sind 7 Personen beschäftigt, zur Zeit ergänzt durch 2 EH.

Mein Arbeitsplatz ist im „Maschinensaal“. Zur Verfügung stehen 2 Druckmaschinen im Format A4 und A3. Einer der beiden peruanischen Kollegen ist ausschließlich an den Druckpressen beschäftigt, während der zweite sowohl Arbeiten in der Buchbinderei erledigt, als auch an der A4-Maschine arbeitet. Der Betrieb existiert seit rund 3 Jahren, beide Kollegen sind von Anfang an dabei. Da ich der zweite EH-Drucker im Projekt bin, die Kollegen also schon durch meinen Vorgänger in Sachen Druck ausgebildet wurden, ist zumindest bei dem einen Mitarbeiter der Ausbildungsstand ausreichend, um die anfallenden Arbeiten zur Zufriedenheit aller ausführen zu können. Der zweite Kollege hat auf Grund seines größeren Arbeitsfeldes, nämlich zuzüglich Buchbinderei, noch auf dem Gebiet Druck Nachholbedarf, insbesondere an der A3-Maschine. So stehe ich meinen beiden peruanischen Kollegen im täglichen Arbeitsablauf zur Seite. Aufgrund der reichlich vorhandenen Arbeit ist kaum eine Chance, sich lang in theoretischen Erörterungen zu ergehen. Im Gegenteil. So verfare ich nach dem Motto: aus der Praxis für die Praxis. Durch zunehmende Inanspruchnahme der größeren der beiden Druckmaschinen konnten wir neue Kunden bzw. abgewanderte Aufträge für die Druckerei gewinnen. Diese Entwicklung war Teil der an mich gestellten Aufgaben, denn beim Eintreffen im Projekt war die A3-Maschine so gut wie ungenutzt.

Anregung zur Selbsthilfe

Weil ich meine Aufgaben ganz unter dem Gesichtspunkt sehe, anzuregen zur

Selbsthilfe, verstehe ich meine Zusammenarbeit mehr aus dem Hintergrund heraus. (Ganz im Gegensatz zu meinem Vorgänger, der als Werkstattleiter fungierte und somit die Gallionsfigur war). Herauszufinden, ob und wie meine beiden Kollegen diesen und jenen Ratschlag beherzigen und in die Tat umsetzen, dazu gibt es reichlich Gelegenheit. Denn neben den geschilderten Tätigkeitsbereichen ist es meine selbstgewählte Aufgabe, den gesamten Materialtransport zu bewerkstelligen. So wird mit dem Projektfahrzeug Papier und Farbe herangeschafft und Fertigprodukte wie Broschüren und Bücher ausgeliefert. Selbst die Papierabfälle werden von mir an interessierte Abnehmer verteilt, die sie verbrennen und so damit Dachziegel herstellen.

So ergeben sich Abwesenheiten aus dem Werkstattgeschehen, währenddessen die Kollegen sich selbst überlassen sind. Eine gute Gelegenheit herauszufinden, was sie an beruflicher Fortbildung in die Tat umsetzen wollen und können.

So weit, so gut. Und trotzdem ist das bisher Geschilderte nur ein Versuch, das Beste aus der angetroffenen Situation zu machen. Denn den eigentlichen Grund für meine Entsendung gibt es noch gar nicht. Angekündigt war eine für die Werkstatt neue, bis dahin unbekannte Druckmaschine. Auf ihr sollte, ebenfalls als Novum, eine Wochenzeitung gedruckt werden. Die ausländischen Geldgeber, die sowohl die Herausgabe der Zeitung als auch die Druckpresse finanzieren wollten, haben aus mir unbekanntem Gründen ihr Angebot zurückgezogen.

Reibungen

Der geneigte Leser dieses Berichts mag annehmen, daß es in diesem Projekt bisher wie geschmiert lief. Dem ist nicht so. Es gab Reibungen und gelinde Probleme mit der Werkstattleitung, durch eine junge, dynamische Frau verkörpert und einige Enttäuschungen auf Seiten der Leitung des CENTRO, repräsentiert durch den dominikanischen Padre und seinem Verwalter. Dieser genannte kleine Personenkreis erwartete im Grunde eine für sie zusätzliche kostenlose Arbeitskraft, die zum Beispiel in Zeiten starken Produktionsanfalls eine Druckmaschine übernimmt, Überstunden macht und schlicht eine 2. Schicht einführt. Es war ein kurzer, schmerzlicher Prozeß nötig, bis die Leitung des CENTRO und der Druckerei eingesehen hatten, daß es nicht meine Aufgabe sein kann, einen vollen, normalen Arbeitsplatz auszufüllen und so einem peruanischen Kollegen die Chance zu nehmen, Arbeit und damit Verdienst zu finden. Und sei es nur vorübergehend, nämlich in den Stoßzeiten, die sehr lang sein können. Insbesondere die Leitung des CENTRO hat immer noch gelinde Probleme im Umgang mit meiner Zielsetzung: Anregen zur Selbsthilfe. Denn aus ihrer Sicht wird das CENTRO immer ein Unternehmen bleiben, das aus dem Ausland finanziert werden muß. Da nun der DED keine Gelder direkt zu verteilen hat, schickt er eben für das CENTRO kostenlose Mitarbeiter. Ein Jahr nach dem anderen, auf unbestimmte Zeit...

Bedingt durch das Ausbleiben der angekündigten neuen Druckmaschine und das

Aussetzen der Absicht, eine Wochenzeitung herauszubringen, hatte die Projektrealität beim Eintreffen wenig mit dem gemein, was ich in der Vorbereitung über meinen zukünftigen Projektplatz gelesen hatte. Den Rückzug eines Unterstützungsangebotes seitens ausländischer Geldgeber in einem Evaluierungsbericht vorauszusehen, ist unmöglich. Selbst wenn der potentielle zukünftige einheimische Projektpartner noch einige Zweifel nicht der Evaluierungskommission gegenüber zum Ausdruck bringen.

Auch weiterhin wird wohl eine Forderung an den EH aktuell bleiben: flexibel sein.

Winfried Wenning

(wird fortgesetzt)

Nichts Neues von der Graufont?

Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier - vup

Der Papiertango wird weiter getanzt. Vertreter von allen vup-Betrieben haben sich Mitte Dezember mit zwei Herren der Fa. Leinfelder (Schrobenhausen) zusammengesetzt, um über eine qualitative Verbesserung beim Umweltschutzpapier zu beraten. Die Ergebnisse wollen wir hier kurz zusammengefaßt wiedergeben:

1. Gestrichenes oder oberflächengeleimtes Papier wird es in den nächsten fünf Jahren von der Fa. Leinfelder nicht geben. Die Zusatzeinrichtungen, die dafür notwendig wären, sind in die Papiermaschine - so wie sie jetzt existiert - aus räumlichen Gründen nicht integrierbar. Es besteht jedoch die Möglichkeit, durch Zusatz von Wachsen, das Problem des Staubens einzuschränken. Inwieweit dies beim Drucken Verbesserung bringt, muß erst erprobt werden.
2. Leinfelder hat im August eine neue Aufbereitungsanlage in Betrieb genommen. Bei diesem Verfahren handelt es sich weiterhin um eine mechanische Aufbereitung. Durch Zentrifugen werden Verunreinigungen jeglicher Art sehr sorgfältig aussortiert. Dies ermöglicht auch den Einsatz von relativ unsortiertem Altpapier, was bis jetzt aus Gründen der Qualität nicht möglich war (Kleber durch Plastikpartikel etc.) Durch Zerlegung des Altpapiers in die einzelnen Fasern (diese werden dabei nicht zerstört) erscheint die Oberflächenstruktur homogener als wir dies bisher gekannt haben.
3. Was die Qualität des Papiers angeht, so haben wir uns auf einen Standard geeinigt, der zukünftige Qualitätsunterschiede eingrenzt (z. B. Satinage, Farbton, Leimung usw.). Einen kontinuierlichen Standard beizubehalten, bedeutet für die Arbeiter bei Leinfelder eine neue Situation, da dies für die bisherige Papierproduktion in einem solchen Maße nicht erforderlich war.
4. Interessant zu vermerken erscheint uns, daß der Altpapiermarkt in der letzten Zeit eine explosive Preissteigerung erlebt. Dies hängt unmittelbar mit der Anhebung der Preise auf dem Zellulosemarkt zusammen. Die Altpapierhändler nutzen ihre Spekulationschancen, so daß kaum damit zu rechnen ist, daß Umweltschutzpapier billiger wird als normales Papier.

Die vup-Betriebe sind gerade dabei, eine Papierinformationsbroschüre zu erarbeiten, die in Einzelheiten versucht wird, konkret Fragen zur Herstellung und Weiterverarbeitung zu beantworten.

Zum Jahresbeginn wird diese in allen vup-Betrieben erhältlich sein.

VUP - Verbund selbstverwalteter Betriebe Umweltschutzpapier

Johannes und Peter - Papyrus, Augsburg

Vermarktung wohin?

Zuviel Roggen, zu wenig Weizen, zu viel Rote Beete und Verbraucher, die nicht wissen, wie und wo sie Bio-Gemüse kaufen können... Vermarktung - das ist ein Bündel offener Fragen und vieler Probleme, das sind oftmals unterschiedliche Interessen, Erfahrungen und Anlässe hitziger Debatten. Allen deutlich ist eines: Die Entwicklung darf nicht den Weg gehen, den die jetzige Landwirtschaft und der Handel gegangen sind, wollen wir Erzeugung und Verteilung der Bio-Produkte in eigenen Händen und Verantwortung behalten. Modelle solidarischen Verhaltens müssen daher entwickelt werden. In dieser Ausgabe wollen wir die Diskussion um Vermarktungsmodelle eröffnen. In den regionalen Bauerntreffen soll die Diskussion weitergeführt werden. Zunächst stellen wir die „Projektskizze Öko-Netz-Norddeutschland“ vor. Es folgt Alf Baumhöfers Bericht über Alltagsprobleme bei der Vermarktung von Naturkost.

ÖKONETZ Norddeutschland - Eine Projektskizze

„Die Situation des ökologischen Landbaus in Niedersachsen ist ermutigend, weil das Interesse daran ständig wächst, sie ist frustrierend, weil wir dem Interesse nicht entsprechen können“, schreibt Conrad Thimm im März 1984. Er fordert, in der Entwicklung auf Regionalisierung und Professionalisierung zu setzen. Dies betrifft sowohl den Dienstleistungsbereich und damit die Informationen und Hilfen des Ökorings wie auch den Vermarktungsbereich, den funktionierenden Handel.

Die Systemstudie „Ökoland“ von F. Vester

Im Mai 84 kamen zu einem Seminar „Strategien für den ökologischen Landbau in Niedersachsen“ Fachleute verschiedener Arbeitsbereiche aus allen Regionen Niedersachsens zusammen, um ausgehend von der Systemstudie „Ökoland“ von Frederic Vester (Arbeitsbericht 01/83 der Bundeswehrhochschule München) ein möglicherweise ähnlich strukturiertes Modell für Niedersachsen zu entwickeln.

Die Studie selbst entwirft das Modell einer zentralen Ökonetz-Dienstleistungsgesellschaft und regionalen Ökohandelsunternehmen. Basis beider Unternehmen sind die Ökolandgemeinschaften, in denen regional Bauern, Gärtner, Verbraucher, Händler und Berater zusammengeschlossen sind.

„Für diese Gemeinschaften stellt die Ökoland-Dienstleistungsgesellschaft ihr gesamtes Know-how und ihre Dienstleistungen zur Verfügung. Nur wenn es gelingt, für diese Gemeinschaften ein ausgewogenes Konzept zu erarbeiten, das den Bedarf der

Konsumenten in der jeweiligen Region mit dem Angebot der Landwirte und der notwendigen Vertriebsorganisation in Einklang bringt, wird ein solches Modell Erfolg haben.

Für den Erfolg ist die Bereitschaft der Konsumenten erforderlich, ihrer Ökoland-Gemeinschaft langfristig das benötigte Kapital zur Verfügung zu stellen. Durch die große Zahl der Konsumenten in den Ökoland-Gemeinschaften wird klar, daß finanziell gesehen die Konsumenten auch die tragenden Säulen der neuen Organisation sein müssen." (Vester, S. 59).

Verschiedene Teilnehmer des Strategieseminars haben mit Vorarbeiten für das Modell begonnen.

Das Modell Ökonetz-Norddeutschland

Ziel ist eine gemeinsame Entwicklung des ökologischen Landbaus in Erzeugung, Beratung, Handel und unter Einbezug der Verbraucher. Dazu sollen eine zentrale Ökonetz- Dienstleistungsgesellschaft und regionale Ökohandelsunternehmen in Niedersachsen aufgebaut werden, mit deren Hilfe die Bedürfnisse aller Beteiligten unter einen Hut gebracht werden können:

- ☞ die der Erzeuger (Erfahrungsaustausch, qualifizierte Beratung, gesicherter Absatz, gerechte Preise);
- ☞ die der Berater (überschaubares Arbeitsgebiet, gesicherter Arbeitsplatz, gerechte Entlohnung);
- ☞ die des Handels und der Verarbeitung (Investitionskapital, vielfältiges Angebot, kalkulierbarer Absatz);
- ☞ der der Verbraucher (vielfältiges und kontinuierliches Angebot zu erschwinglichen Preisen und in erreichbarer Nähe, Aufklärung und Markttransparenz).

An der Entwicklung des Ökonetz Norddeutschland mit den jeweiligen regionalen Modifikationen sollen möglichst alle interessierten Organisationen und Menschen

- ☞ des Ökolandbaus
- ☞ des Naturkosthandels
- ☞ des Naturschutzes
- ☞ der Verbraucherberatung
- ☞ der Erwachsenenbildung

beteiligt werden.

Besonders die Einbeziehung bestehender Initiativen sollte ein Grundprinzip des Ökonetzes sein.

Eberhard Röhrig

Einige Grundgedanken des Ökonetzes Norddeutschland wurden von Conrad Thimm formuliert:

1. Erscheinungsbild

Ziel des Ökonetzes ist der Auf- und Ausbau eines Netzes von schönen Ökoläden und Verkaufswagen, die ein breites Angebot an allen Lebensmitteln aus ökologischem Anbau führen. Damit wird einer schnell wachsenden Zahl von Bauern der Absatz gesichert und dafür nötige Versuchs- und Beratungsarbeit finanziert.

2. Geistiges Konzept

Die Unternehmen sollen zeigen, wie wirtschaftliches Handeln nach natur- und menschengemäßen Prinzipien möglich ist. Die Aus- und Fortbildung aller Beteiligten im Hinblick auf ökologische, soziale und persönliche Entwicklung ist daher von zentraler Bedeutung.

Die Zusammenarbeit auf geistigem Gebiet mit den genannten Initiativen sollte die ganze Entwicklung begleiten. Insbesondere sollten alle hauptamtlichen Mitarbeiter der Modelle regelmäßig in fachlicher Hinsicht und in den geistigen Grundlagen weiter gebildet werden.

Eine besondere Bedeutung in Forschungs- und Beratungsfragen kommt dem Versuchs- und Beratungsring Ökologischer Landbau Niedersachsen e.V. zu. Die Gründung einer eigenen Akademie mit praxisnahen Versuchs- und Anschauungsmöglichkeiten sollte langfristig ins Auge gefaßt werden.

3. Wirtschaftliches Konzept

Das Kapital für die Unternehmen muß von den beteiligten Menschen und Gruppen kommen. Die laufenden Sach- und angemessene Personalkosten müssen erwirtschaftet werden. Der Versuchs- und Beratungsring sollte finanziell unterstützt werden, damit er jedem Unternehmen einen Berater zuordnen kann.

Die Dienstleistungsgesellschaft wird durch Anteile der beteiligten Unternehmen mit Kapital versorgt und in den laufenden Kosten durch monatliche Beiträge und die Gebühren für die Dienstleistungen finanziert.

4. Rechtliches Konzept

Die Ökonetzdienstleistungsgesellschaft und die regionalen Ökohandelsunternehmen werden als KGs, GmbH & Co. KGs oder Genossenschaften parallel zum Versuchs- und Beratungsring Ökologischer Landbau Niedersachsen e.V. aufgebaut. Dabei wird forschende und beratende Tätigkeit möglichst dem Versuchs- und Beratungsring zugeschoben, da er durch die „wissenschaftliche“ (große) Gemeinnützigkeit hierfür besser geeignet ist. Alle wirtschaftlichen Tätigkeiten (auch Veröffentlichungen etc.) werden der Ökonetzdienstleistungsgesellschaft übertragen.

5. Personelles Konzept

Auf allen Ebenen des Modells soll möglichst viel Selbstverantwortung getragen werden. Das setzt voraus, daß die Beteiligten in fachlicher Hinsicht qualifiziert und in geistiger Hinsicht zumindest motiviert sind. Dies kann ein entscheidender Schutz gegen die Verselbständigung der Organisation sein.

Wir brauchen viel professionelles Know-how, mit der Folge, daß Laien die Hauptamtlichen nicht immer genügend fachlich kontrollieren können. Damit dies nicht zu einem Machtmißbrauch führt, müssen die hauptamtlichen Mitarbeiter kontinuierlich an ihrer eigenen persönlichen Entwicklung arbeiten. Ihre Einstellung kann nur im Einvernehmen mit der regionalen Basis und der Zentrale geschehen.

Conrad Thimm

Versuchs- und Beratungsring ökologischer Landbau Niedersachsen e.V.,
Walsroder Str. 12 a, 3032 Fallingbostel 1, Telefon (0 51 62) 1 764

Vermarktung von Naturkost

Formen und Probleme

Die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft „SCHROTMÜHLE RHAUDERFEHN“ eG in Rhauderfehn (bei Leer, Ostfriesland) besteht nun seit fast 2 Jahren. Über 80 Verbraucher und fast 10 biologisch wirtschaftende Landwirte - größtenteils in der Umstellungsphase - sind in ihr mehr oder minder aktiv.

Im genossenschaftseigenen Naturkostladen „Schannerke“ (Kornblume), auf dem Wochenmarkt, beim Ab-Hof-Verkauf und über den Großhandel bzw. an Großabnehmer werden die verschiedensten Erzeugnisse aus dem ökologischen Landbau abgesetzt. Zur Zeit werden Verhandlungen mit einer kleinen, in der Nachbarschaft liegenden Molkerei geführt, die langsam umstellen will: Neben Thermo(Bio)Milch (15 Minuten auf 67° erhitzt) in Pfandflaschen, sollen Butter, Buttermilch, Joghurt etc. hergestellt und u.U. über die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft abgesetzt werden. Von den Genossenschaftsbauern (nur mit Quoten!) wird die „Bio-Milch“ durch die Molkerei abgeholt.

Bisher sind nur im Verkauf (2 Teilzeitkräfte) festangestellte Mitarbeiter - weitere Unterstützung gibt es durch einen Mitarbeiter von NETZWERK SELBSTHILFE e.V.: die gelernte Lebensmittelchemikerin versucht sich in Landwirtschaftsberatung etc.

Als ein weiteres Beispiel eine Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft: Zwei nach organisch-biologischen Richtlinien wirtschaftende Landwirte bauen für fast 60 Haushalte an, verkaufen in geringen Mengen Milch, machen Hausschlachtungen usw. usf. Die Verbraucher haben sich schriftlich verpflichtet, bestimmte Erzeugnisse in bestimmten Mengen über Abholgemeinschaften abzunehmen. Zur Absicherung und zur Vorfinanzierung der Samen, Pflanzen etc. wird ein Mindestbetrag im voraus eingezahlt - der später verrechnet wird.

Von diesen Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften/Gemeinschaften gibt es eine Vielzahl in der Bundesrepublik - ihre Zahl nimmt ständig zu. Meistens geht es vom Verbraucher aus: das Interesse an biologisch angebauten Erzeugnissen - in Verbindung mit Preisvorteilen aufgrund der Direktvermarktung - ist vorherrschend.

Augenfällig ist dieses Denken und Handeln nach „Bio-Billig-Angeboten“ bei Einkaufsgemeinschaften - der gemeinsame Einkauf im Naturkostgroßhandel ist das Ausgangsinteresse. Bei einigen Einkaufsgemeinschaften geht's darüber hinaus: Verbraucherinformationsarbeit, gegenseitige Hilfen, Kontakte zu Biolandwirten - seltener Mithilfe und Veranstaltungen. Oft schätzen auch diese Verbraucher für sich gesunde Lebensmittel geringer als Reisen, Kleidung und Auto. Der Niedergang des Lebensmittelanteils von über 49% auf fast 25% der gesamten Haushaltsausgaben in den letzten 30 Jahren hat in vielen Familien bei sinkenden Realeinkommen ein

verstärktes Streben nach Lebensmittelbilligangeboten hinterlassen - oft genug wird hier zuerst gespart. Billiganbieter - oft sogar dezentral verteilt - erleben einen Boom. Nicht Beratung, Service und Qualität der Produkte wird entsprechend bewertet, sondern der Mengenpreis - „im Dutzend ist Schokolade billiger“. Von diesem „Trend“ werden auch Naturkostverbraucher zumindest unbewußt beeinflusst. Dieses führt in Bioläden manchmal schon dazu, daß lt. Etikett „normaler“ Apfelsaft angeboten wird - nur damit ein billiger Mengenverbrauchsartikel im Sortiment ist. Wir tun uns alle schwer beim „Freimachen vom Konsumrausch“ in unserer Verschwendungsgesellschaft - materielle Massenwerte bestimmen in unserer Industriegesellschaft unser Leben.

Trotzdem. ist immer mehr Menschen bewußt, daß die unlösbar scheinenden und zunehmenden Probleme unserer Industriegesellschaft auch durch ihr Konsumverhalten entstehen. Anfänge von Handlungsalternativen sind z.B. die fast schon 3.000 Bioläden und über 30 Naturkostgroßhändler, die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften und -Genossenschaften, Einkaufskooperativen, Wochenmarktstände, „Bio“-Verkaufswagen und umstellenden Großkantinen - mit Abstrichen, aber auch die Bioketten, die Bio-Ecken bei Karstadt und weiteren Handlungsriesen und der Bio-Versandhandel.

Insbesondere im süd- und westdeutschen Raum wird die Vermarktung und Verteilung von Naturkost professionalisiert und kapitalisiert. Die Nachfrage der Verbraucher wird ständig größer - nur die Naturkost kommt fast immer aus dem Ausland - zum Teil sogar aus Übersee - oder von Produzenten, die weit über 300 km vom Verbraucher entfernt produzieren.

An diesem Punkt muß zukünftig verstärkt angesetzt werden: landwirtschaftliche bzw. veredelte Erzeugnisse von biologisch wirtschaftenden Landwirten aus der Region müssen stärker in der Region zum Endverbraucher gebracht werden. Hier liegt aber gleichzeitig auch das größte Problem bei der weiteren Ausweitung des ökologischen Landbaues: die regionale Verteilung und Vermarktung.

Die bisherige Vermarktung auf der Basis konventioneller Denk- und Organisationsstrukturen führte aufgrund zu hoher Transportkosten und zu vieler Zwischenhändler zu teilweise überhöhten Preisen. Oft wird die Vermarktung zwar mit viel Idealismus und Energie angegangen (ein Reservoir, das seine Grenzen hat), aber ohne die Vernetzung aller relevanten Faktoren zu beachten. Vorhandene Ressourcen, auch solche finanzieller, personeller und psychischer Art, werden oft höchst ineffektiv eingesetzt. Diese Art von Arbeit können sich heute nur noch fest etablierte Wirtschaftszweige erlauben (und dieses auch nur unter ständiger Verabreichung kräftiger Finanzspritzen vom Staat). Für Anfänger bzw. Existenzgründer mit neuen Produkten ist es ein Weg, der schief gehen muß. Eine unsystematische Vorgehensweise ist somit ökologisch wie auch ökonomisch nicht sinnvoll. Es muß ein Weg eingeschlagen werden, der sich in der Organisationsform bei der Verteilung und Vermarktung von ökologischen Produkten stärker an ökologischen und (damit auch) ökonomischen Grundsätzen orientiert.

Hierbei gehe ich davon aus, daß die ehrenamtliche Arbeit zwar noch ausweitbar, insgesamt aber begrenzt ist. Die Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die Verbraucher ist z.B. bei der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft ein Problem: Das Bilden von Abholgemeinschaften ist für viele Verbraucher ungewohnt, die Informationsweitergabe stockt oft genug, die Erntezeiten sind teilweise in Vergessenheit geraten usw. usf. Deshalb haben die Erzeuger schon folgende Überlegungen angestellt: Zum einen die Einrichtung einer Direktbelieferung („Grüner Fahrverkauf) - was die Erzeugnisse um mindestens 20 bis 30% verteuern würde; zum anderen die verstärkte Lieferung an Großabnehmer (Kantinen, Einkaufsgemeinschaften - die selbst verteilen usw.) und den Großhandel.

Bei der o.g. Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft sind ähnliche Tendenzen sichtbar. Ihre Mitgliederstärke und Organisationsform macht eine Teilprofessionalisierung notwendig: eine hauptamtliche Geschäftsführung ist ebenso notwendig wie eine wesentlich verbesserte Kapitalausstattung, um u.a. qualifizierten Mitarbeitern eine längerfristige Perspektive zu bieten. Neben der Vermarktung und Verteilung der Erzeugnisse wäre dieses im Veredelungs- und landwirtschaftlichen Beratungsbereich zumindest auch anzustreben - hierbei sollten sich die „Haupt- bzw. Nebenamtlichen“ und „Ehrenamtlichen“ ergänzen - obwohl sich dieses in der Praxis relativ schwierig gestaltet. Eingeschlossen ist hierin auch die Führung des genossenschaftseigenen Naturkostladens - bislang eher ein Hemmschuh und „Kräfteaufsauger“ in der Genossenschaft. Ähnlich wie bei vielen Naturkostläden ist auch dieser Laden durch einen Wechsel der Mitarbeiter gekennzeichnet, wodurch eine längerfristige Qualifizierung gerade im Hinblick auf Produktkenntnisse und Kundenberatung bzw. -betreuung kaum möglich war. Oft ist die Tätigkeit im Laden für „ungelernte Verkäufer(innen)“ ungewohnt, der Arbeitsanfall dann unübersichtlicher und schwerer zu bewältigen; die Identifikation mit der Tätigkeit eines selbständigen Kaufmanns bzw. Kauffrau zu zwiespältig oder es fehlen einfach grundsätzliche Kenntnisse bei der Geschäftsführung. Die „Pioniere“ in diesen Naturkostläden waren nie typische Kaufleute - sonst wären diese wichtigen Praxisalternativen wahrscheinlich nicht entstanden.

Um jetzt aber landwirtschaftliche Erzeugnisse aus ökologischem Landbau breiter zu vermarkten und an mehr Menschen zu verteilen, sind nicht nur die genannten Vermarktungswege auszuweiten und konsequenter zu gehen, sondern es sind auch Vermarktungsformen zu realisieren, die gewährleisten, daß weitaus größere Mengen von inländischen Erzeugnissen auch in der Anbauregion verbraucht werden - die Nachfrage ist bei „entsprechender Marktöffnung“ durchaus vorhanden. Die in dieser Zeitung veröffentlichte vorläufige Projektskizze der Initiativgruppe „ÖKO-NETZ“ soll hierzu einen Beitrag leisten.

Alf Baumhöfer

NETZWERK SELBSTHILFE e.V. Bremen-Nordniedersachsen, Projekt- und Betriebsberatungen, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 7 66 36

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 12)

Hessen Nord

Erbarmen, zu spät, die Hessen kommen!

Verbandsgründung

Nach langem Zaudern hat sich am 4.10. der „Verband der selbstverwalteten Betriebe und Projekte Hessen-Nord“ (bald „e.V.“) gegründet.

Bisher hatten wir Nordhessen dies nicht für nötig gehalten, weil wir der Ansicht waren, daß es auch ohne institutionellen Rahmen innerhalb Hessens, insbesondere in der sogenannten „Staatsknetekommission“, genügend Solidarität und Konsensbereitschaft gibt. Dies erwies sich, aus unserer Sicht, als falsch. Denn bei den Verhandlungen der Alternativen untereinander gab es schon zwischen den einzelnen hessischen Regionen entscheidende Differenzen.

Wir begreifen den nordhessischen Raum, ebenso wie das die etablierte Politik tut, als „strukturschwach“ in dem Sinn, daß alternative Betriebe hier mit wesentlich anderen Problemen zu kämpfen haben, als zum Beispiel Betriebe in den sogenannten Ballungsgebieten. Es bedeutet hier ein wesentlich höheres (ökonomisches) Risiko, einen Betrieb zu gründen und auch am Leben zu halten, als zum Beispiel in der Metropole Frankfurt. Um auch in Zukunft unsere spezifisch nordhessischen Interessen adäquat und autonom vertreten zu können, haben wir diesen Verband gegründet.

Wir wollen KEIN patriotischer Nordhessenverein sein, sondern mit allen (hessischen) Alternativbetrieben und Projekten ein Diskussions- und Entscheidungsforum schaffen, in dem die einzelnen Regionen paritätisch vertreten sind. Wir stellen uns das in Form eines „Dachverbandes“ vor, der aber nicht identisch mit dem bisher bestehenden südhessischen Verband, der sich inzwischen „Der Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen“ nennt, ist.

Untenstehender Artikel zum Thema erschien in der Kasseler

Stadtzeitung „Brennball“.

(Kerstin)

Seit die „Bewegung“ den etablierten Parteien über ihren parlamentarischen Arm (z.B. Grüne, AL, GAL...) in Wiesbaden und anderswo Gesellschaft leistet, ist einiges in Bewegung gekommen. Ob dies nur oberflächliche Verschiebungen der sowieso kaputten Erdkrumme ausmacht, oder ob hier schwere Erdbewegungen ausgelöst werden, wird die Geschichte zeigen.

Zumindest fassen in letzter Zeit immer mehr gesellschaftliche Randgruppen den Entschluß sich organisiert gegen ihre derzeitige Situation (z.B. finanzielle Misere, Anerkennung) aktiv zu verhalten. Ermuntert (Erfordert..) werden solche Aktivitäten sicherlich von den parlamentarisch ausgehandelten Fleischtöpfen der alternativen Funktionäre/innen. Wie alle Dinge haben auch solche Unternehmungen mindestens drei Seiten: zum einen könne man sich von der Staatsknete abhängig machen lassen, der Bewegung bricht das alles das Genick, zum anderen gehen sonst morgen die Betriebe ein, geschenkter Gaul... bis zu - wenn nur die Knete die Leute (in Verbänden) an einen Tisch, respektive Wasserbett, bringt, dann ist die Sache sowieso ziemlich weit verkommen.

Erfahrungen von verschiedenen Verhandlungsebenen (Ministerium, SPD, Grüne) oder Kooperations- bzw. Befriedungsaktionsversuche von Gruppen innerhalb Hessens (z.B. der selbstverwalteten Betriebe Süd-Mittel-Nordhessens und der autonomen Frauenprojekte) haben gezeigt, daß es nicht nur von Region zu Region (Nord-Süd-Gefälle) sondern auch innerhalb der Regionen sehr verschiedene Auffassungen gibt, wie, in welcher Form

a) miteinander was unternommen wird;

b) wie diese Betriebe/Projekte sich als Alternative zum derzeitigen kapitalistischen Produktions- und Staatsystem verhalten müssen.

Nach einhelliger Meinung der Vertreter/innen der Regionen und der Frauenprojekte ist es in 9 Monaten (Feb-Okt. 84) nicht gelungen, diese sog. Unterschiede, die letztendlich auf den verschiedenen Diskussionsebenen beruhen, die aus der verschieden langen (intensiven) Erfahrung mit der Alternativbereich oder der grundsätzlichen Einstellung zum Staatsapparat, dem Schweinesystem, herrühren, auf einen gemeinsamen Handlungsnenner zu bringen.

Der Versuch, die anstehenden Probleme der sozial-kulturellen-wirtschaftlichen Projekte des Selbstverwaltungssektors mittels einer übergeordneten Diskussion zu lösen, kann erstmals als gescheitert gelten. Der Zusammenschluß der Selbstverwalteten Betriebe und Projekte in Nordhessen ist für uns (Hessen-Nord) dazu ein Anfang. Nicht als milde belächelte Konkurrenz zu anderen Verbänden oder Zusammenschlüssen, sondern als Kooperationspartner für andere, dort wo es um gleiche Interessen geht, dort wo man/frau gemeinsame Felder der Selbstverwaltung ökologisch sinnvoll bestellen kann/muß.

Deshalb wird sich der Verband der Nordhessischen Betriebe & Projekte am Aufbau einer Dachorganisation beteiligen, die er für die „überregionalen“ Angelegenheiten sinnvoll und notwendig hält - und sich solche Zusammenschlüsse mit den Grundsätzen des Verbandes vereinbaren lassen. (so wäre z.B. die Mitgliedschaft des Verbandes im DGB unter den jetzigen Bedingungen unvereinbar, ebenso die Zusammenarbeit mit der Belegschaft eines selbstverwalteten Atomkraftwerkes).

Weiterhin wird der Verband wie bisher seine Vertreter/innen in die Verhandlungen mit SPD/Grüne, der Bonzenregierung/und. ...

Erbarmen, zu spät!!!

Der Sack ist auf:

Staatsknete für Alternativprojekte in Bremen

Auch wenn es den meisten schon bekannt sein sollte, halten wir es für sinnvoll, in Kurzform den Fond „Staatsknete“ und die Bedeutung von alternativen Projekten kurz zu skizzieren, In der Auseinandersetzung um Staatsknete haben wir nämlich die Erfahrung gemacht, daß einige Dinge durcheinander gehen. Das wird (manchmal auch von uns) nicht genau gesehen, welche Unterschiede beispielsweise zwischen einem selbstverwalteten Kultur- und Sozialprojekt und einem selbstverwalteten ökonomischen Projekt bestehen. Neuerdings kommen auch die Belegschaftsinitiativen der von Stilllegung bedrohten, bisher noch nach rein kapitalistischen Prinzipien geführten Betriebe dazu, die zunächst einmal wenig gemeinsames mit alternativen Projekten haben.

Und seitdem der Staat die Alternativen für seine Arbeitsmarktpolitik entdeckt hat, findet sich manches Projekt unter dem Etikett „unkonventionelle“ oder „örtliche Beschäftigungsinitiativen“ wieder. Angefangen hat's doch einmal anders.

Die Alternativbewegung in der Bundesrepublik war doch wohl u.a. zunächst die Antwort auf eine politisch verkrustete, langweilige, sich im Konsumrausch befindliche Industriegesellschaft die mehr Defizite schuf, als menschliche Bedürfnisse befriedigte. Die Suche nach anderen, physisch gesunderen Lebens-, Politik- und Arbeitsformen, die Kritik an Fabrikarbeit, Leistungsterror und Zerstörung der natürlichen Lebensumwelt ließ die „erste Generation“ der Alternativen entstehen: „Die Aussteiger“. Es handelte sich bei der ersten Generation der Alternativen in den 70er Jahren um einen bewußten Ausstieg und vagen Einstieg in eine neue Welt, die zunächst wie ein Experiment erschien, das auch noch verdächtigt wurde, nur von Utopien zu leben, die solange wirklichkeitsfremd seien, wie nicht die gesamte Gesellschaft umgekrempelt und der Sozialismus entwickelt sei.

Das Mutige an der Bewegung bestand und besteht immer noch darin, im Hier und Jetzt, in Konfrontation mit dem Bestehenden anders zu sein — und dies beispielhaft, wie sich noch zeigen wird. Die alternativen Gruppen haben den Anspruch auf Veränderung der Gesellschaft nicht aufgegeben. Im Gegenteil: sie beginnen bei sich selbst, begreifen ihre Projekte als notwendige Schritte, wenn auch nicht als umfassende und hinreichende Antwort auf die vielfältigen Krisen dieses Systems, jedoch als politische Ausgangsbasis für eine andere Zukunft.

Typisch für alternative Betriebe und Projekte ist:

Der Versuch, ihre Produkte und Dienste **nicht einem anonymen Markt anzubieten**, sondern sich an den **unmittelbaren Bedürfnissen** von Menschen und ihrer Umwelt auszurichten; d.h. auch Wiederbelebung des lokalen Wirtschaftsraumes.

Gemeinschaftliches Eigentum und **gleiche Verfügungsrechte** über das Vermögen. Stimmberechtigung pro Kopf und nicht pro Kapitalanteil.

Selbstverwaltung d.h. keine Betriebshierarchie; gemeinsame Entscheidungen darüber, was und wie produziert wird.

Menschlich-ganzheitliche Arbeits- und Lebensbedingungen zu versuchen, anstatt die Arbeit immer weiter zu verstückeln. Identifikation mit den Arbeitsergebnissen, und Arbeitsformen als Voraussetzung, Entfremdung zu überwinden, und als unverzichtbare Bedingung für persönlich bedeutungsvolles, engagiertes und effektives Arbeiten.

Vernetzung, statt Konkurrenz; Kooperation nicht nur im eigenen Betrieb oder Projekt, sondern auch mit anderen, sowohl in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht.

Nicht Profitmaximierung als Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens, sondern **langfristige Stabilität der Arbeitsplätze**, menschliche, **selbstbestimmte Arbeitsbedingungen** und **gesellschaftlich nützliche Produkte**.

Schwerpunkte der Arbeit liegen in folgenden Bereichen:

Soziale Dienste: (z.B. Kindergruppen, Drogenberatung, Schulen, Therapie, Gesundheit)

Bürgerinitiativen: (z.B. Umwelt, Verkehr, Ausländer, öffentliche Polizeikontrolle)

Produktion, Handwerk, Reparatur: (Druckereien, Bäcker, Fleischereien, Fahrräder, Kunsthandwerk, alternative Technologien)

Landwirtschaft: (Landbau, Gartenbau, Tierhaltung)

Handel, Verkehr: (Lebensmittel, Bücher, Kneipen, Taxi, Reisebusse)

Medien- und Kultur: (Film, Video, Zeitschriften, Theater, Musik, Verlage)

Alternative Betriebe und Projekte stellten sich nicht als vorübergehendes Phänomen heraus, sondern als qualitativ und quantitativ relevanter Bestandteil der Gesellschaft. In dem Maße, wie die wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Probleme in der Bundesrepublik (und auch in den benachbarten Ländern) von der herrschenden Politik nicht gelöst werden konnten, etablierten sich alternative Betriebe und Projekte als eigenständige und selbstbewußte Antwort auf diesen Zustand. Das zunehmende Bewußtsein in der Bevölkerung über den Zwang, mit problematischen Konsumgütern (z.B. Chemie in Lebensmitteln), bürokratischer Dienstleistung (Aufbewahrung von Kranken in Großkliniken) und umweltzerstörerischen Großprojekten (Flugplätze, Autobahnen, AKW's) leben zu müssen, gab den Alternativen ebenso Impulse wie der

Widerstand in Teilen der jüngeren Generation gegen Leistungsdruck, Konkurrenz und Entfremdung.

Schließlich – in den 80er Jahren, sozusagen in der zweiten Gründerphase - entstanden Alternativbetriebe und Projekte auch als eine Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit. Durch die Gründung von alternativen Betrieben und Projekten ist so mancher neuer Wirtschaftszweig entstanden und eine Vielzahl neuer sinnvoller Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Politiker entdeckten ein neues "Element für ihre bisher erfolglose Arbeitsmarktpolitik: den "Arbeitsmarkt von unten", den "zweiten Arbeitsmarkt", der recht wirkungsvoll arbeitet, und dies so gut wie ohne Subventionen. Das gefällt den Arbeitsmarktpolitikern: Die Menschen verharren nicht passiv in ihrer Arbeitslosigkeit und warten auf nicht vorhandene staatliche Angebote, sondern helfen sich selbst.

Ergänzt wird diese Entwicklung durch Initiativen von Belegschaften, deren Betrieb vor dem Konkurs steht, und diese vor die Entscheidung gestellt: Entweder Arbeitslosigkeit oder den Versuch zu wagen, den Betrieb in eigener, kollektiver Verantwortung weiterzuführen, sich für die kollektive Lösung zu entscheiden. Positive Beispiele dieser Art von Selbsthilfe sind in Bremen bereits bekannt: AN-Bremen (ex Voith-Heidenheim), Druckerei Geffken, weitere Betriebe werden demnächst sicher folgen. Neue, und produktive Verbindungen zwischen den Belegschaftsinitiativen und Alternativbetrieben entstanden immer dann, wenn die Belegschaftsfirmen sich ebenfalls auf die Suche nach sinnvollen anderen Produkten und humaneren Arbeitsbedingungen machten. Aus dem Nebeneinander und Gegeneinander entwickelte sich mancherorts ein Miteinander von „Latzhosen" und „Blaujacken", zumal in Fragen der Finanzierung ihrer Vorhaben, der „Selbstaussbeutung" etc.

Das Gerangel um Staatsknete in Bremen

Vorgeschichte/Sachbestand/Ausgangslagen

Für die Gründung und den Aufbau von Alternativbetrieben und Projekten wird Geld gebraucht. Der Geldmangel in der Bewegung ist leider chronisch. Um einen Betrieb einzurichten ist man auf Kredite und Finanzhilfen angewiesen. So wird versucht, über Freunde, Mäzene, Öko-Fonds, Netzwerke und ähnlichen Unterstützungsorganisationen das Gründungskapital aufzustocken, da die Vergabebedingungen der Banken alternative Betriebe von der Kreditvergabe so gut wie ausschließen. Uns sind bisher nur wenige wirtschaftlich arbeitende Betriebe bekannt, denen es ohne Tricks gelungen ist, an Gelder zu gelangen, die im Rahmen staatlicher Förderung von Klein- und Mittelbetrieben vergeben werden. Kultur- und Sozialprojekte haben, sofern sie sich nicht wirtschaftlich verstehen, überhaupt keine Chancen an Bankkredite zu gelangen.

Aufgrund der günstigen Konditionen sind gerade auch die staatlichen Darlehen für alternative Betriebe von großer Attraktivität. Exemplarisch soll die Eigenkapitalhilfe des Bundesministers für Wirtschaft zur Förderung der Gründung selbständiger

Existenzen erwähnt werden. Nach den Richtlinien des Ministeriums vom Januar 1983 werden folgende Hilfen angeboten:

Darlehen bis 3.000.000 DM (Berlin und Zonenrandgebiete bis 350.000 DM); Laufzeit 20 Jahre; 10 Jahre tilgungsfrei; 2 Jahre zinsfrei; Zinssatz 2% im 3. Jahr; 3% im 4. Jahr und bis zum 10. Jahr 5%; lediglich persönliche Haftung des Antragsstellers.

Diese Darlehen wie auch ähnliche staatliche Hilfsprogramme (ERP-Existenzgründungsprogramm von 1982 oder Investitionszulagen und Zuschüsse im Rahmen von regionalen Programmen der Wirtschaftsförderung) bleiben alternativen Betrieben allerdings verschlossen. Die selbstverwalteten Betriebe fallen durch die Raster der Vergabepaxis der mit der Durchführung betrauten (Haus) Banken. Die Banken prüfen nach Richtlinien, die von alternativen Betrieben nur unter (teilweiser) Aufgabe ihrer Identität erfüllt werden können. Eine Auswahl:

Forderungen der Richtlinien

a) Es wird Gewinnmaximierung verlangt oder:

Eine eindeutige Gewinnorientierung.

Alternative Betriebe und Projekte

Alternative Betriebe streben eine Kostendeckung an. Überschüsse werden wieder investiert, zur Senkung der Arbeitszeit und zur Unterstützung anderer Projekte verwandt, damit weitere Menschen einen Arbeitsplatz bekommen können.

Forderungen der Richtlinien

b) Persönliche und fachliche Förderungswürdigkeit wird verlangt.

Alternative Betriebe und Projekte

Es gibt nicht "einen Chef"; demokratische Entscheidungsstrukturen in alternativen Betrieben führen zum Zweifel an der ökonomischen und kaufmännischen Seriosität.

Forderungen der Richtlinien

c) Es wird ein oft zu hoher Eigenkapitalanteil gefordert.

Die eigenen Mittel sollen mindestens 12% betragen.

Alternative Betriebe und Projekte

Aufgrund der sozialen Lage (Arbeitslosigkeit, keine Spargelder), können die herrschenden Kriterien nicht erfüllt werden. Eine Eigenkapitalhilfe soll gerade dazu dienen, das Startkapital-Problem zu lösen.

Forderungen der Richtlinien

d) Pro Vollgesellschafter wird eine Investitionssumme von mindestens 40.000 DM verlangt.

Alternative Betriebe und Projekte

Bei einem selbstverwalteten Betrieb von beispielsweise 5 gleichberechtigten Mitgliedern, wären das 200.000 DM. Solche Größenordnungen werden oft gar nicht angestrebt.

Selbstverwaltete Betriebe können in der Regel keine neuen Maschinen kaufen, jedoch nur diese Investitionen gelten als förderungswürdig. Bei diesen Diskriminierungen ist es nicht verwunderlich, daß alternative Betriebe und Projekte den Staat direkt angehen und „Chancengleichheit“ reklamieren. Um in den Genuß dieser Mittel zu kommen, müßten die alternativen Betriebe ihre Ziele ändern, eine andere Kapitalstruktur haben und neben ihrer Selbstverwaltung auch das kollektive Eigentum aufgeben. Ähnliche Schwierigkeiten gibt es bei reinen Bankkrediten oder bei Anträgen auf Zuschüsse bei Investitionen, da die alternativen Betriebe es im Selbstverständnis des Staates, Mißstände anzugehen, und an diesen Anspruch will die Bewegung die Meßlatte anlegen. Das Gerangel um Staatsknete begann.

Die Argumente, die ins Feld geführt werden, würde man sie alle auf die materielle Diskriminierung beziehen, würden nur einen sehr verkürzten Eindruck hinterlassen. Selbstbewußt erklären Projekte den Staat zum „Gläubiger“. Schließlich von der alternativen Bewegung innovative Kräfte aus, die vom Staat aufgegriffen und verwertet werden sollten. Sei es

die kreative Art, Probleme anzugehen und dabei Defizite staatlicher, verkrusteter Bürokratie aufzuzeigen

Innovativ zu sein in Fragen der Stadtplanung, Energietechnologie, neuer Lebensformen, neuer Produkte

Angesichts der Kürzungen im Sozialbereich günstige und wirksame Lösungsmöglichkeiten mit großen Erfolgen zu präsentieren.

Die Arbeitslosigkeit mit „alternativen Preisen“ anzugehen und Arbeitsplätze ohne Subventionen zu schaffen, anstatt sie zu vernichten.

Und vieles mehr.

Auch das Steueraufkommen aus diesem „zweiten Arbeitsmarkt“ ist nicht zu unterschätzen. Geht man von ca. 30.000 Projekten mit insgesamt 100.000 Arbeitsplätzen aus, kommt ein recht ansehnlicher Betrag zustande. Darum auch in diesem Zusammenhang die Argumentation: wir holen uns das vom Staat, was wir ihm gegeben haben.

Die Projekte und Betriebe haben es satt, unterbezahlt für den Staat Arbeiten zu machen, die er eigentlich machen muß. Dieses Argument wird genauso vorgetragen wie die Forderung nach Wirtschaftsförderung, denn wenn die Alternativen was Neues auf

den Markt bringen, soll der Staat genauso bezahlen wie er Siemens, AEG oder Mercedes dafür bezahlt. Schließlich subventioniert der Staat mit Milliarden DM Unternehmen, die keine Arbeitsplätze schaffen, sondern sie durch Rationalisierungen vernichten. Dagegen dort, wo gesellschaftlich sinnvoll gearbeitet wird und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wird staatliche Finanzierung verweigert.

Staatsknete nach Bremer Art

In Bremen ist bekanntlich alles etwas anders als sonst im Land. Nicht nur, daß in diesem Bundesland seit zig Jahren die SPD eine satte Parlamentsmehrheit hat, nein im kleinsten Bundesland gibt's auch einen als links geltenden Jugend- und Sozialsenator, der nicht nur ein Herz für Kinder hat. Bevor die Bremer Alternativwelt überhaupt daran dachte, sich an die Regierenden in Sachen Staatsknete zu wenden, da hatte der Senator im Dezember 1982 bereits in einer Senatsvorlage im Rahmen eines Kurzzeitprogramms zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die „Qualifizierten Arbeitslosen der Alternativszene“ mit ein paar Millionen versorgen wollen. Es gingen Monate ins Land bis diese Absicht bei den Adressaten ankam und „ernst“ genommen wurde. Auf die ersten „Impulse“ aus den Behörden haben dann Netzwerk und Projekte (als AG Staatsknete“ im Netzwerk) prompt, wie gewünscht, reagiert und sich viel Arbeit und Gedanken gemacht (und sind dabei der ersten Illusion aufgesessen, ass bedeute ein Brief mit dem Briefkopf eines Senators schon, daß die Gelder bereitstünden). Es gab vermehrte Kontakte, Gespräche in großer und kleiner Runde zwischen Behördenleuten und Projektvertretern - und natürlich im Netzwerkrahmen die aus Berlin bekannten und wohl immer wieder von neuem notwendigen Diskussionen darüber, welche Fallstricke mit der Annahme von Staatsgeldern verbunden sein könnten. Einige Projekte wollten kein Geld, aber mit diskutieren, um der vorgedachten Umarmung der Alternativwelt durch SPD und Staat rechtzeitig entgegenzuwirken.. Die anderen wollten in Ruhe abwarten, um zu sehen, unter welchen konkreten Bedingungen die Kohle wohl kommen könnte.

Der „Annährungsprozeß“ verlief zwar relativ glatt, war aber auch nicht einfach. Ziel der AG Staatsknete war ursprünglich die Einrichtung eines autonom verwalteten Topfes, wobei sich die Vergabekriterien an denen von Netzwerk orientieren sollten.

Dieser selbstverwaltete Topf wurde gefördert, um zu verhindern, daß sich Projekte in dann notwendiger Konkurrenz zu anderen, einzeln an den Staat wenden, und es in der Akzeptanz von Zugeständnissen, Kontrollen etc. zu einem undurchschaubaren und in der Szene nicht mehr diskutierbaren gegenseitigen Auspokern käme. Außerdem wurde gefordert, keine Trennung in gewerbliche, kulturelle, soziale und politische Projekte vorzunehmen, sondern es den Gesamtanforderungen von Alternativprojekten entsprechend staatliche Gelder geben sollte.

Bevor dieses Konzept verwirklicht werden konnte, mußten die Senatsstellen zunächst erst einmal darüber informiert werden, was es mit Alternativprojekten überhaupt auf sich hat. Sie versuchten dann den Projekten die haushaltsmäßigen Strukturen eines

ausdifferenzierten Behördenwesens klar zu machen — mit mäßigem Erfolg — und wiesen darauf hin, daß im kulturellen und sozialen Bereich bereits einige Projekte mit staatlichen Mitteln unterstützt würden.

In den weiteren Gesprächen wurde deutlich, daß die Alternativszene nicht insgesamt mit neuen Finanzen bedacht werden sollte, sondern nur solche Projekte, die nachhaltig neue Arbeitsplätze schaffen würden. Nach staatlicher Logik konnten das keine sozialen und kulturellen und schon gar keine politischen Projekte sein, sondern nur gewerbliche, in Bremen überwiegend im Handwerks- und Handelsbereich. Heiße Diskussionen beim Netzwerk waren die Folge, ob man sich das bieten lassen könne, ob diese Spaltung der Projekte nicht rundum abzulehnen sei.

(Die Frage war lange offen. Jetzt wird das Geld genommen und möglicherweise werden vom Netzwerk verstärkt die sozialen und kulturellen Projekte gefördert, die keine Chance auf staatliche Gelder haben).

Ein Antrag von 25 Projekten über eine Gesamtsumme von 5,7 Mio. DM wurde gestellt, aufgeteilt nach Anlauf-, Sach- und Personalkosten. Der bremischen Verfassung entsprechend wurde der Antrag auch prompt im Senat behandelt. Die Behandlung stellte sich dann wie folgt dar:

Bei einem Gespräch unter anderem mit Vertretern aus dem Wirtschaftsressort wurde eine knallharte Meßlatte zur Diskussionsgrundlage gemacht, die die Kriterien für eine Förderung traditioneller Unternehmen auflistete. Diese Liste wurde diskutiert nach der Frage, wo „passen“ die Kriterien auf Alternativprojekte wie auf andere Unternehmen, und wo müßten sie umformuliert oder ganz gestrichen werden. Das Ergebnis war durchaus akzeptabel, es ließ sich verhandeln - nur nicht über die Förderung kultureller und sozialer Projekte aus diesem Topf.

Im Juni 1984 ließ der Senat die Katze aus dem Sack: er beschloß einen offenen revoltierenden Darlehensfonds in Höhe von 1,2 Mio. DM für 2 Jahre einzurichten. Titel des Fonds „Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen“. Ziel des Fonds ist es, mit DM 6.000 pro Arbeitsplatz 200 Arbeitsplätze in „Selbsthilfekooperativen“ zu schaffen. (Reichlich dreist wurde dabei die in den 5,7 Mio.-Antrag genannte Zahl von 200 Arbeitsplätzen beibehalten, bei Schrumpfung des Gesamtvolumens auf 1,2 Mio. DM - daher dieser völlig unrealistische Betrag von 6.000 DM pro Arbeitsplatz). Es werden nur wirtschaftlich arbeitende Projekte gefördert. (Arbeitsplatzargument, keine Dauersubventionierung beabsichtigt). Das kann Allerdings bedeuten, daß wirtschaftliche Teile von Kultur- oder Sozialprojekten förderungswürdig sein könnten. Der Vergabeausschuß ist ressortübergreifend und besteht aus je einem Vertreter der Ressorts Jugend und Soziales, Arbeit und Wirtschaft, die einvernehmlich zu entscheiden haben. Die Federführung liegt beim Sozial- und Jugendsenator. Die Geschäftsstelle des Vergabeausschusses soll dem Antragsteller beratend und projektbegleitend zur Verfügung stehen.

Richtlinien für die Förderung sollen erst noch bearbeitet werden, „ohne die Zielsetzung der Sicherung öffentlicher Mittel unter Verbesserung der

Wirtschaftsstruktur aufzugeben", d.h. die Projekte sind wie bei sonstigen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung im Einzelfall auf ihre Förderungswürdigkeit zu prüfen. Die in der Wirtschaftsförderung üblichen Kriterien sind in einigen Punkten an die besonderen Bedingungen von „örtlichen Beschäftigungsinitiativen“ anzupassen, ohne dabei auf grundsätzliche Ziele zu verzichten.

In der betriebswirtschaftlichen Bewertung ist die „untertarifliche Entlohnung in der Anlaufphase hinzunehmen als Finanzierungsreserve durch Einkommensverzicht der Beschäftigten, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberfunktionen in sich vereinen“.

Es wird kein bestimmtes Eigenkapital gefördert, sondern die Tragbarkeit der Belastungen, und die Fähigkeit, das Darlehen zurückzahlen zu können.

Die volkswirtschaftliche Bewertung bezüglich der örtlichen Beschäftigungsinitiativen ist zu modifizieren.

Das Antrags- und Begutachtungsverfahren soll von den Kreditinstituten wegverlagert werden (Behörde, Treuhänder).

Freude brach bei Bekanntwerden des Senatsbeschlusses nun nicht gerade aus. Aber was soll's, sagten die Projekte der AG Staatsknete, der berühmte Spatz ist doch mehr, als die rote Zahlen auf dem Bankkonto. Für die AG Staatsknete im Netzwerk ist als (Zwischen)bilanz festzuhalten, daß uns einiges nicht gelungen ist:

Unsere ursprüngliche Forderung von 5,7 Mio. DM für ca. 25 Projekte wurde auf 1,2 Mio. DM gestutzt.

Die Netzwerkförderungskriterien sind nicht als Maßstab der Vergabepaxis berücksichtigt worden. # Kulturelle, soziale und politische Projekte bleiben ohne Förderung.

Ein autonom verwalteter Fonds wurde nicht erreicht, ebenso keine Kompromißlinie eines paritätisch besetzten Gremiums.

Es gibt keine verbindlichen Richtlinien für die Vergabepaxis. Nach Vorstellung des Senats sollen erst Erfahrungen gesammelt werden und von Fall zu Fall entschieden werden, um auf diese Art und Weise sogenannte „Leitlinien“ zu entwickeln.

Wir müssen ferner deutlich machen, daß es sich bei dem Fonds für uns nicht um Sozialhilfe, sondern um eine Veränderung der bisherigen Wirtschaftsförderung handeln soll. Daß der Fonds beim Sozialsenator angesiedelt ist, weckt wieder falsche Vorstellungen über die Alternativszene.

Überhaupt hat sich der Senat zu keiner Zeit das Heft aus der Hand nehmen lassen. Erst nach massivem öffentlichen Protest auf einer Diskussionsveranstaltung zeichnen sich Konturen der Vergabepaxis ab, mit denen wir wohl leben können (müssen): # Netzwerkprojektberater sind den Netzwerkprojekten bei der Antragstellung behilflich und können bei allen Verhandlungen zwischen Antragstellern und der Geschäftsstelle dabei sein. Dafür hat Netzwerk mit Senatsunterstützung eine ABM Stelle erhalten.

Der Senat wird in der Regel die jeweilige Förderungssumme so gering wie möglich halten, denn die 1,3 Mio. DM sollen auf möglichst viele Köpfe verteilt werden. Für viele etwas, kann politisch besser verkauft werden als für wenige das Notwendige. Der Mangel wird also unter Umständen nur zeitlich versetzt fortgeschrieben.

Die Laufzeit der Darlehen soll im Regelfall zehn Jahre betragen, 3 Jahre zins- und tilgungsfrei, dann Rückzahlung in gleichen Monatsraten zum Diskontsatz. Zahlt das Projekt früher zurück, werden ihm die Zinsen erlassen. (Hintergrund: Da es sich um einen revoltierenden Fonds handelt, der auf zwei Jahre beschränkt ist, hat die Behörde größtes Interesse, möglichst schnell wieder Geld in die Kassen zu bekommen, um neu verteilen zu können).

Die Überprüfung der persönlichen Verhältnisse der Antragsteller, soll auf das Minimum einer persönlichen Erklärung beschränkt werden.

Der Vergabeausschuß wird sich die Erfolge der Netzwerkprojektberater zunutze machen.

Zum Stand der Antragslage

Bis heute (Ende September 1984) sind über Netzwerk bereits 11 Anträge gestellt worden, weiter 15 sind dem Senat definitiv angekündigt. Direkt beim Senat sind ca. 15 weitere Anträge gestellt worden. Positiv beschieden sind bisher ein Netzwerkprojekt mit ca. 45.000 DM und zwei Projekte, die uns nicht bekannt sind. Die Namen werden von den Behörden aus Vertraulichkeitsgründen nicht genannt. Nach unserer Einschätzung (die Behörde sieht es in diesem Fall auch nicht anders) wird der Fonds Weihnachten verfrühstückt sein und dann die große Ratlosigkeit ausbrechen. Wir werden uns auf die Schultern schlagen können und sagen: „siehst Du, wie wir's doch gleich gesagt haben, der Fonds ist nicht einmal der `Tropfen auf den heißen Stein',“ und weiteres Geld fordern. Der Senat wird erklären „Experiment gelungen, Brückenschlag zu den Alternativen erreicht. Seid schön lieb, dann gibt's bald mehr“, usw.

Und die Projekte? Nach dem Windhundverfahren auf der verständlichen Jagd nach Knete, hier und da an der AG Staatsknete vorbei, üben sie sich in der neuen Rolle. Ungemein moderat (oder im Szenejargon „lieb“) begegnen sie dem Staat dem sie doch sonst so distanziert gegenüberstehen, und sind menschlich sogar ganz angetan, daß die behördlichen Besucher so nett und verständnisvoll sind. Ob da Weltbilder ins Wanken geraten sind? Nun ja, es wird sich zeigen. In der AG Staatsknete im Netzwerk Bremen/ Nordniedersachsen werden bald eine Reihe von Fragen neben der Auswertung der Erfahrung zu klären sein:

Welche Bedeutung/Wirkungen hat die Staatsknetediskussion für das Innenleben der Projekte?

Was ist mit einem Solidaritätsfonds für die Antragsteller, die nichts bekommen werden?

Wo bleiben die sozialen, politischen und kulturellen Projekte? Sollen die durch die Röhre gucken?

Wie soll reagiert werden, wenn die konkreten Darlehensbedingungen des Senats nicht akzeptiert werden können?

Gibt es noch nach Lage der Dinge überhaupt gemeinsame Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Fonds?

Welche weiteren Forderungen an die Politik sind u.U. vorstellbar/ notwendig?

Konkrete Forderungen an die Politik

Unbestritten ist die zu geringe Höhe des Fonds. 1,2 Mio. für zwei Jahre reichen bei weitem nicht aus.

Die Schaffung eines Arbeitsplatzes im Alternativsektor mit DM 6.000 anzusetzen, kommt einer Diskriminierung gleich. Wir sehen DM 30.000 als realistischer an.

Die Vergabebedingungen sind in einigen Punkten immer noch nicht günstiger als andere staatliche Gründungshilfen (Eigenkapitalhilfe, ERP-Darlehen) Beispiel: Laufzeiten, zins- und tilgungsfreie Zeiten.

Die Berücksichtigung der Besonderheiten von selbstverwalteten Betrieben in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung darf bei der Kreditvergabe nicht zu kurz kommen. Allein auf arbeitsmarktpolitische Interessen reduziert zu werden, entspricht nicht der Bedeutung dieser Projekte. Etiketten wie „örtliche“ oder „unkonventionelle“ Beschäftigungsinitiativen werden den Projekten und Betrieben nicht gerecht.

Leerstehende Gebäude, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, sollen kostengünstig zur Verfügung gestellt werden.

Es sollte verstärkt öffentliche Aufträge für selbstverwaltete Betriebe und Projekte geben.

Politiker haben die Möglichkeit auf die Vergaberichtlinien von staatlichen Darlehen bei den Banken Einfluß zu nehmen. Diese Richtlinien sind so zu verändern, daß auch alternative Betriebe und Projekte diese Darlehen in Anspruch nehmen können.

Es wird politischer Druck auf Boykottkartelle von Lieferanten und bürgerliche Konkurrenz gegen alternative Betriebe und Projekte notwendig sein.

Staatliche Zuschüsse für Innovationen muß es auch dann geben, wenn es sich nicht um neue Maschinen oder Anlagen handelt, d.h. in der Innovationsförderung müssen auch soziale Innovationen berücksichtigt werden.

Das Genossenschaftsrecht ist zu reformieren, damit auch alternative Betriebe und Projekte die Möglichkeit haben, sich in Genossenschaften zu organisieren.

Ferner: Reformierung/Ergänzung des Arbeitsförderungsgesetzes. (vgl. Gesetzesvorlage der . Grünen im Bundestag).

Aufbau/Ausbau von Beratungsmöglichkeiten wie Netzwerk in Deutschland oder die österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft in Wien für alternative Betriebe und Projekte bei der Existenzgründung und Weiterentwicklung.

Anerkennung und Aufnahme der Verbände selbstverwalteter Betriebe in Kammern mit staatlichen Institutionen.

Und was Euch sonst noch alles einfällt.

Netzwerk Bremen/Nordniedersachsen Günther Dey / Michael Grauvogel / Jürgen Sosna

Bremen-Nordniedersachsen

Projekt- und Betriebsberatungen

In letzter Zeit wollen sich immer mehr Menschen selbstständig machen, gemeinsam ein Projekt aufbauen, Ideen für ein ökologischeres Wirtschaften entwickeln und praktizieren - kurzum; mit neuen und alten Ideen versuchen (sinnvoll) zu arbeiten und zu leben. Oft werden diese persönlichen Entscheidungen durch Perspektivlosigkeit in den herkömmlichen Berufsfeldern, Arbeitslosigkeit oder unbefriedigende Tätigkeiten - aber auch über das Interesse an zukunftsorientierten und - ökologischen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten - herbeigeführt.

Ein Teil dieser Initiativen scheitert schon am Anfang: Von der Druckerei bis zur Tischlerei, vom Bioladen bis zum Wolladen, vom Tagungshaus bis zum Fahrverkauf - persönliche Probleme, Schwierigkeiten in der Projektgruppe bzw. mit Mitarbeitern, mangelnde Qualifikationen, fehlendes kaufmännisches Denken, zu geringes Kapital "zum Durchhalten", Verdrängungswettbewerb und Überangebot, sowie die allgegenwärtige Wirtschaftskrise und der Strukturwandel waren und sind Gründe für viele Betriebsaufgaben. Oft genug werden grundlegende Fehler schon am Anfang der Existenzgründung gemacht.

Die qualifizierte Beratungsgruppe von NETZWERK versucht u.a. über individuelle und kompetente Projekt- und Betriebsberatung, über die Einschaltung von Steuer- und Energieberatern, Rechtsanwälten und Versicherungsagenturen - sowie die Vermittlung von Kontakten und Initiierung von Branchentreffen und Vernetzungen - einen existenzsichernden Betriebsaufbau zu unterstützen.

Bei den Beratungen für und mit Leuten aus Betrieben und Projekten wollen wir nicht fertige Lösungen präsentieren, sondern gemeinsam nach Problemlösungen suchen. Neben der Hilfe bei Betriebsgründungen sind es aber auch Betriebserweiterungen und -umstellungen, die bei unserer Projektberatung dominieren. und u.a. folgende Arbeitsbereiche umfassen können:

- # Beratung bei Ideenfindung und Gruppenbildung
- # Anmeldeverfahren und rechtliche/behördliche Beschränkungen
- # Leistungsangebot - Marktsituation und Marktaussichten - Betriebsvergleiche
- # Beratung über mögliche Rechtsformen
- # Aufzeigen von günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und Kreditvermittlungen
- # Aufstellen von Wirtschaftlichkeitskonzepten und Standortanalysen
- # Assistenz bei Organisation und Verwaltung, Belegwesen und| Buchführung,

Kostenrechnung und Kalkulation

Chancen und Möglichkeiten von Kooperationen und Vernetzungen . # Herstellen von Kontakten und Vermittlungen

Assistenz bei Anträgen und Gesprächen

Selbstdarstellung, Kundenberatung und -service, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

NETZWERK SELBSTHILFE Bremen-Nordniedersachsen e.V.

Fonds • Projekt- u. Betriebsberatungen • Vernetzungen • Informationen • Stadt- u. Landbuch • Staatsknete • Kreditdirektvermittlungen • Seminare

Fehrfeld 60, 2800 BREMEN 1, Tel. 0421 - 704581

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 16)

NORDBADEN

Kultur-, Provinz-, Regionalfestival und oder Regionale Projektemesse?

Der Regionalzusammenschluß der selbstverwalteten Jugendzentren der Region Rhein-Neckar, das Projekttreffen (regionales Forum der selbstverwalteten Betriebe), die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise Heidelberg und einige Initiativgruppen aus den verschiedensten Bereichen planen für Juli '85 einen gemeinsames Festival/Arbeitstreffen/Messe auf dem Gelände der Läufermühle (Tagungshaus in Neckargerach).

Zweck ist, das gegenseitige Kennenlernen, der Erfahrungsaustausch, gemeinsames Feten und das Vorantreiben der Vernetzung in dieser Region.

Ein erstes Vorbereitungstreffen, zu dem alle interessierten Gruppen, Musik- und Theaterinitiativen, sonstige Kulturschaffende, Kollektive etc. eingeladen sind, wird am 25. November '84 um 15 Uhr im Jugendzentrum Neckargemünd stattfinden.

Weitere Information über:

AG SPAK Heidelberg, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1, Tel.: (06221) 1 34 02

PROJEKTE-TREFFEN in RHEINLAND PFALZ

Das erste PROJEKTE-TREFFEN in Rheinland Pfalz ist angesetzt für den 11.11.1984 (welch ein Termin) und findet statt bei der Lebensgemeinschaft im Dhrontal, auf der Dörrwiese, ab 15 h. Die regionale Messe für die Steueroase ist angedacht für den Spätsommer (!) 1985. Alles weitere ist unklar und kann an den folgenden Gesprächen mitgestaltet werden.

Sollten weitere Leute an dem Treffen teilnehmen wollen, bitten wir Euch dringend eine Anmeldung (tel. o. schriftl.) rüber zu schicken. Also telefoniert oder schreibt an:

Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid (im Herzen des Hunsrück)

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 16)

Schreinerei-Betrieb mit Zukunft?

Am Wochenende 19.-21.10.1984 trafen sich in Aachen ca. 60 Schreiner zum bundesweiten Schreinertreffen. Die regionale Zusammensetzung der Leute war recht bunt, es mangelte etwas an Vertretern aus dem hohen Norden, dem tiefen Süden und Berlin. Neben der regionalen Trennung wurden in der großen Gruppe noch eine andere deutlich. Nur etwa ein Drittel kam aus schon existierenden Betrieben, wenige waren gekommen in der Hoffnung auf eine selbstverwaltete Lehrstelle, die Mehrheit erwartete Tips und Hilfen zur Gründung eines Kollektives.

In 6 Arbeitsgruppen wurden folgende Themen besprochen:

Ausbildung, Serienfertigung, Gütezeichen, Zeitung, Kollektiv-Gründung, Betriebsorganisation, biologische Oberflächenbehandlung.

Es ist sicher erfreulich zu sehen, wie stark das Interesse an selbstverwalteten Betrieben wächst, angesichts der großen Zahl von gründungswilligen Menschen auf unserem Treffen, aber neben der Freude entsteht eben auch schnell das Gefühl der Angst: Können wir alle eine gemeinsame Zukunft - sprich sicheren Arbeitsplatz - haben, wo doch schon ein zweites Kollektiv am gleichen Ort ganz schnell einen mühseligen Kleinkrieg produziert. Solidarität und Zusammenarbeit entwickelte sich auf dem Treffen erst gegen Ende der Veranstaltung. Bis dahin waren die oben erwähnten Interessengruppen ziemlich unter sich.

Wenn wir täglich immer mehr werden sollen, müssen wir mehr für eine gemeinsame Zukunft tun:

Einige wenige Ansätze wurden in den Arbeitsgruppen diskutiert. Die Stichworte sind hier: Serienfertigung, Gütezeichen, eigener Vertrieb... Es geht eben auch darum, den Markt, den wir uns erarbeitet haben, auch zu behalten. Daß die Industrie nicht wieder unsere Idee tausendfach reproduziert, muß vermieden werden. Gegen IKEA aber anzustinken, kann wohl nicht mit Erfolg gekrönt werden. Einem großen Vorteil sollten wir doch mehr Rechnung tragen, unsere Produkte werden nicht in Knästen produziert - hier würde das Stichwort Gütezeichen seinen Platz haben.

Beim Stichwort Serienfertigung fällt sicher manchem Schreiner, der gerade sein massives Möbelstück mit echter Bienenharzsalbe behandelt, der 100% baumwollene Lappen aus der Hand. Konkret: Die Mannheimer arbeiten zur Zeit an einem Regalsystem, ein Klettergerüst, entwickelt von einer Hamburger Schreinerei, wird bereits bundesweit vertrieben. Serienfertigung heißt nicht nur Fließbandarbeit, sie kann, wenn sie sinnvoll unter Betrieben verteilt ist, neben der kostengünstigeren

Produktion zu besserer Zusammenarbeit beitragen. Die logische Konsequenz darauf wäre das dritte Stichwort: eigener Vertrieb. Ein erster Schritt in diese Richtung kann ein Katalog sein, der uns und unsere Kunden über die Produkte aus selbstverwalteten Betrieben informiert. Deswegen sammelt bis zum nächsten Treffen Zeichnungen und Fotos eurer Arbeiten.

Ein anderes Ergebnis der Arbeitsgruppe biologische Oberflächenbehandlung ist eine Broschüre mit Erfahrungsberichten über Oberflächenbehandlung, die ein Freiburger Kollektiv zusammenstellen will.

Weitere Ergebnisse:

In der auf der Projektemesse gegründeten Zeitung „Wandelsblatt“ wird demnächst eine Seite aus unserer Branche erscheinen, die monatlich rotierend von einem Kollektiv zusammengestellt wird. Wenn ihr Artikel für die Zeitung habt, schickt sie also immer an die Adresse, die als nächste Sammelstelle angegeben ist. Für die Schreinerseite in der Dezemberausgabe ist verantwortlich: Holzcoop, Brabantstr. 73, 5100 Aachen, Tel: 0241/504938.

Ein nächstes Treffen gibt es im März 85 in Freiburg. Das für die Februarseite verantwortliche Kollektiv wird das Treffen in der Zeitung inhaltlich vorbereiten.

Die Aachener haben ausnahmsweise gut kalkuliert. Es sind ca. 500 DM übrig geblieben. Wie besprochen, bekommen die Freiburger 250 DM. Der Rest geht an das Wandelsblatt. Ich hoffe in eurem Sinne.

Michael

Aus Wandelsblatt Nr. 2 (November 1984, Seite 16)

Traumjob ??? !!!

Für unseren Einzelhandel mit Naturprodukten (food und non-food) suchen wir einen qualifizierten Mitarbeiter, der sich vor allem im Lebensmittelbereich auskennt (auch in der Beratung!).

Wir sind ein 7 Jahre alter Naturkostladen, dem seit Anfang dieses Jahres auch ein regionaler Großhandel angegliedert ist. Wir arbeiten in verschiedenen Arbeitsbereichen, zum Einheitslohn und auf der Basis kollektiver Entscheidungen. Da sich unsere Gruppe vorwiegend aus Schwulen zusammensetzt, würden wir einen schwulen Bewerber bevorzugen. Wichtiger ist aber eine Qualifizierung im genannten Bereich.

Melde Dich beim LÖWENZAHN, Heeper Str. 48, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521 /17 80 69 + 60

Unser junges Kollektiv besteht zur Zeit aus 5 Leuten (1 w, 4m). Wir beschäftigen uns mit der Herstellung von Büchern (verlagsmäßig u. buchbinderisch) sowohl von bedruckter, als auch von unbedruckter Lektüre aus original Umweltschutzpapier und phantasievollen Einbänden. Wir suchen noch 2-3 Leute, die sich in mindestens einem der folgenden Bereiche auskennen: Buchbindertätigkeit (Falzmaschine, Fadenheftmaschine), Verlag, Vertrieb, Buchhaltung. Kapital keine Voraussetzung, wäre aber nicht schlecht.

Libellus-Verlag, Augustenstraße 82 A, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 /62 44 07

Wir, die „Freie Alten- und Krankenpflege e.V.“ in Frankfurt, suchen eine/n Mitarbeiter/in für unseren ambulanten Pflegedienst. Sie/Er sollte eine abgeschlossene Alten- und Krankenpflegeausbildung haben und noch 1984 bei uns anfangen können. Keine Teilzeitarbeit. Gehälter zahlen wir uns nach BAT/Kr III. Näheres bei: KONTAKT Freie Alten- und Krankenpflege e.V., Leibnitzstraße 5, 6000 Frankfurt/M-1, Tel.: 069/4391 60

Das Werkschul Elektrobau Kollektiv sucht ab sofort oder später 1 Elektroinstallateurin (Handwerk) Wir erwarten Engagement bei der Ausbildung und bei Arbeiten auf der Baustelle.

Werkschul Elektrobau, Alt Moabit 62/63, 1000 Berlin 21, Tel.: 030/3936688 (Erik oder Egon)